Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

17. Oktober 1977
Jg. 5 Nr. 42

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1 – Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Ausrottungsversuche gegen Indianer und Eskimos in Alaska

So wie sie die Indianer Nordamerikas durch die Ausrottung der riesigen Büffelherden im vorigen Jahrhundert in den Hungertod trieben, entziehen die US-Imperialisten heute den Eskimos und Indianern in Alaska (das sie sich 1959 endgültig einverleibt haben und zu einer Rohstoff- und Militärbastion ausbauen) systematisch die Nahrungsgrundlage. Wild und Fische sind unter Jagdschutz gestellt, um den Kolonisatoren und der internationalen Jagdsport treibenden Bourgeoisie zur Verfügung zu stehen. In einer gemütvollen Reportage der „International Herald Tribune" (3.10.77) wird geschildert, wie der 20jährige Eskimo George Tretikoff, der für sein Dorf fischen ging, „um zu überleben", wie er sagte, wochenlang in einem überfüllten Gefängnis in Anchorage ohne Urteil gefangen gehalten wurde. „Wir werden uns unsere Nahrung holen, wenn wir sie brauchen. Wundern Sie sich nicht, wenn dabei jemand erschossen wird", sagte er.

Eine wahre Perle für die Imperialisten ist der Beschluß der „Internationalen Walfangkommission", die von den imperialistischen Fischereimonopolen vor allem aus Japan und der UdSSR beherrscht wird, den Fang des Grönlandwals zu verbieten. Der Grönlandwal ist Hauptnahrungsmittel der Eskimos Alaskas. Der Entzug dieses Nahrungsmittels beseitigt die Eskimos und damit das entscheidende Hindernis für die imperialistische Ausplünderung Alaskas.

KP Burmas bildet Einheitsfront mit den unterdrückten Nationalitäten

Die Kommunistische Partei Burmas hat eine Einheitsfront mit den von dem Ne-Win-Regime unterdrückten Nationalitäten bilden können, die bisher vom Regime und von den Imperialisten zum Kampf gegen die Befreiungsstreitkräfte eingesetzt werden konnten. Dieser Sieg des Volkes war möglich im Kampf gegen die Unterdrückungskampagnen, mit denen das Ne-Win-Regime die nationalen Minderheiten unter der Fahne des „Kampfes gegen den Opiumhandel" im Auftrag der Imperialisten überzieht. Die Truppen der neugebildeten Einheitsfront haben in diesem Jahr große militärische Erfolge erzielt. Weite Gebiete entlang der östlichen Grenze des Landes sind befreit. Seit Frühjahr 1977 operieren mehrere tausend Mann starke Verbände im Zentrum des Landes in der Nähe der zweitgrößten Stadt Mandalay. Im April wurde die Garnisonsstadt Mongmit, 90 Meilen von Mandalay von den Befreiungstruppen erstürmt und für mehrere Stunden besetzt.

Sozialimperialistische „Rauschgift"schnüffler unterwegs

Kostprobe aus dem Organ der sowjetischen Auslandspropaganda, „Neue Zeit" (September 77): „In Bangkok, dem Venedig des Ostens" sei bereits jeder 15. rauschgiftsüchtig. Das habe nichts mit dem kolonialen Elend zu tun, nein: „Frustration und Unstimmigkeiten in der Familie treiben Menschen, die kaum ins Leben getreten sind, dazu, Trost in dem ... Gift zu suchen." Das Geschäft machten „Aufrührerbanden, die sich in den Bergen Burmas versteckt halten und ... davongekommene Kuomintangleute, die sich zum Teil zu ‚Auslandsbürgern der VR China' erklärt haben." Kein Wunder, daß die Polizei und die thailändischen Marionettentruppen „so gut wie machtlos" sind. „Die Brüsseler Polizei hat unlängst erklärt, ihr lägen Angaben über eine geheime Beteiligung Pekings am Opiumhandel in Europa und Amerika vor." – Sollte man da nicht sowjetische Unterstützung für die „Rauschgiftbekämpfung" anfordern?!

„Carter-Dayan-Papier": Freche Rechtfertigung

Der US-Imperialismus und sein Kettenhund Israel haben in einem „Arbeitspapier über die Vorschläge für die Wiederaufnahme der Genfer Friedenskonferenz" ihre Marschroute für die weitere Aggression gegen die arabischen Völker und die palästinensische Revolution festgelegt. Die Linie besteht in dem Versuch, die Anerkennung der PLO als Vertretung des palästinensischen Volkes zu verhindern und die Existenz des Besatzerstaates Israel festzuschreiben: „Die arabischen Teilnehmer werden durch eine einheitliche arabische Delegation, die die palästinensischen Araber einschließen wird, vertreten sein." Carter hat auch gleich gesagt, daß mit „palästinensischen Arabern" nicht die PLO gemeint sei, und der israelische Außenminister Dayan erklärte, daß sie gar nicht daran dächten, irgendwelches besetzte Territorium herauszugeben. Das aber wird nicht in Genf, sondern durch den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes entschieden.

Abenteurertum und Gebührenausplünderung für Monopolprofite

Imperialistisches Energieprogramm projektiert

Vor seinem Wechsel in den Vorstand der Deutschen Bank nach seiner größten Niederlage befragt, antwortete der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Friderichs: „Das Energieprogramm". In der Tat, ob dieses Programm nicht wie gewünscht hat durchsetzen können, trifft die Monopolbourgeoisie schmerzlich. Der Bau von Kernkraftwerken ist allerorten auf heftigen Widerstand der Volksmassen gestoßen und nicht vorangekommen. In die Enge getrieben und selbst noch uneins, ob das Energieprogramm tatsächlich die erwarteten Profite bringen könne, hatten die Bourgeoispolitiker das Manövrieren begonnen: erst müsse die Entsorgung, also die Beseitigung des radioaktiven Abfalls, geregelt sein, bevor weitergebaut werden könne; andere meldeten ihre Bedenken über den mangelnden „Berstschutz" an.

Mit derlei „Erwägungen", mit denen die Volksbewegung gegen das imperialistische Energieprogramm hingehalten werden sollte, ist jetzt Schluß: Auf verschiedenen Kongressen der Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD, der CDU und einem Kongreß von rund 1000 sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern und Betriebsräten wurde zum Angriff, zur Durchsetzung des imperialistischen Energieprogramms geblasen. Erstes Ergebnis: Nach langem Hin und Her hat in der vergangenen Woche Albrecht von Niedersachsen die Bundesregierung gezwungen, selbst die Probebohrungen in Gorleben, wo der radioaktive Abfall gelagert werden soll, einzuleiten. Gleichzeitig haben die Gerichte erneut begonnen, sich mit dem Baustop für Brokdorf zu befassen. Was dabei herauskommen soll, darüber läßt das Auftreten der Bourgeoispolitiker keinen Zweifel.

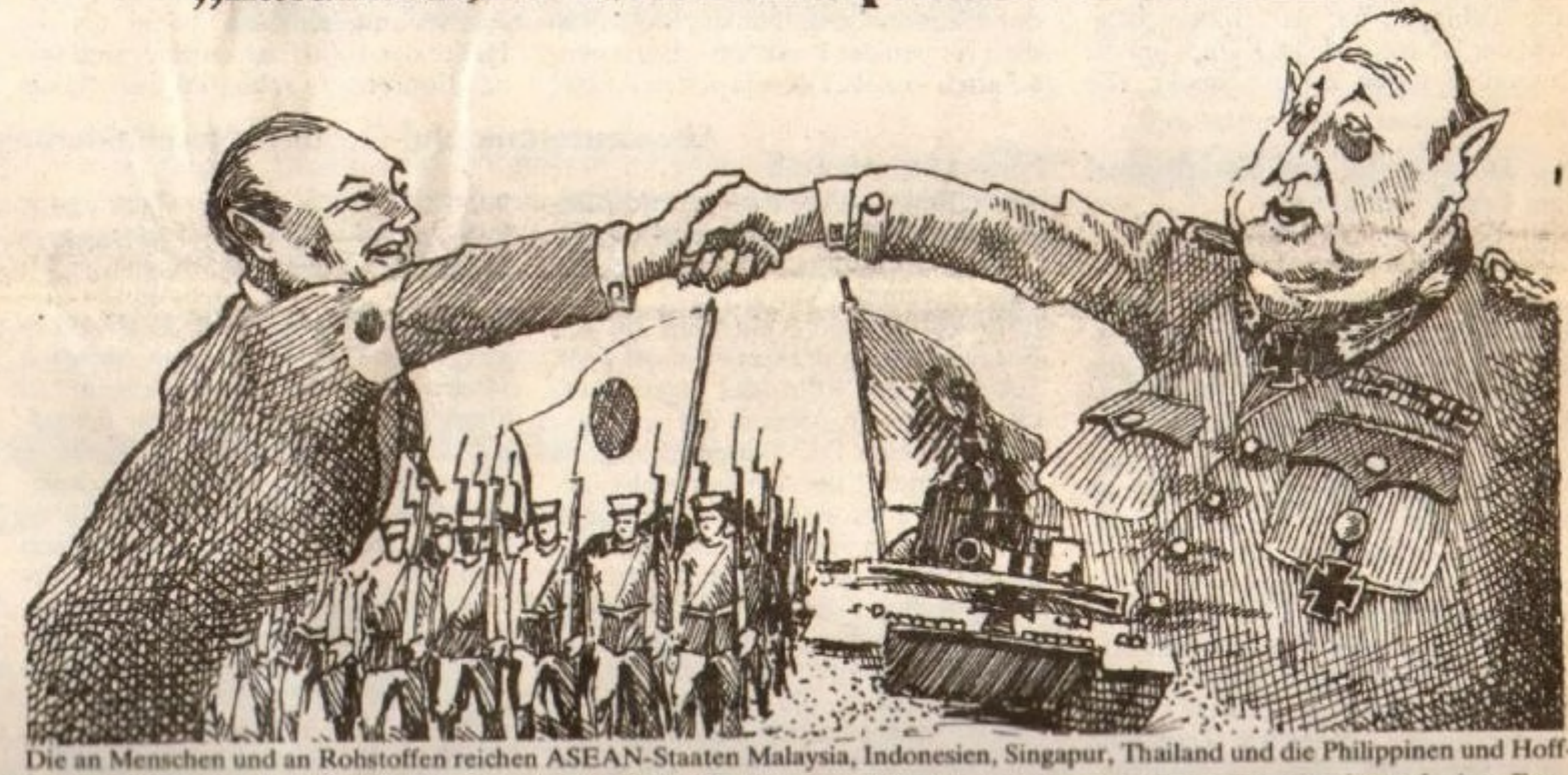
Die Ursache der gesteigerten Aktivitäten und konzentrierten Bemühungen der Bourgeoispolitiker: Die Monopolbourgeoisie kann sich ein weiteres Zögern gegenüber ihrer imperiali-
res Zögern gegenüber ihrer imperiali-
stischen Konkurrenz nicht mehr leisten. Der Siemens-Konzern, ein Hauptprofiteur des Energieprogramms, droht, daß – nach dem guten Anfang mit dem Brasiliengeschäft – der profitable Export weiterer Kernkraftwerke aufs höchste gefährdet sei und damit auch all die Aufträge, die solchen Exporten folgen und all die Möglichkeiten, die ökonomische Kontrolle über fremde Länder zu verstärken. Die imperialistischen Konkurrenten, die mit der Durchsetzung ihrer Energieprogramme teilweise ein gutes Stück voraus sind, stehen schon bereit.

Bundesforschungsminister Matthöfer führt in seinem Septemberbericht über „Chancen und Gefahren des Schnellen Brüters" einen weiteren Grund der Imperialisten an, ihr Energieprogramm jetzt unverzüglich durchzusetzen: „Der Einsatz Schneller Brüter kann ... die Bundesrepublik Deutschland von der Einfuhr von Energierohstoffquellen unabhängiger machen." Ihre bisherige Abhängigkeit von diesen Rohstoffquellen macht die BRD-Imperialisten verletzlich, der Schock über die Ölpreiserhöhungen im Jahr 1973 sitzt ihnen noch in den Knochen. Je ernsthafter sie an der Seite der US-Imperialisten ihre Kriegsvorbereitungen treffen, um den Kampf um die Weltherrschaft zur Entscheidung zu bringen, um so lauter wird ihr Ruf nach „Unabhängigkeit", um so dringender wird's ihnen, diese Unabhängigkeit mithilfe ihres Energieprogramms sicherzustellen.

Unterdrückung und Spaltung sind die Methoden, mit denen die Bourgeois ihre Absichten durchsetzen wollen. Am lautesten rufen Albrecht und Filbinger, die beide mit im Angriffszentrum des Kampfes gegen das imperialistische Energieprogramm stehen, nach der Verschärfung des Demonstrationsrechts und dem Verbot der kommunistischen Organisationen. Auf der anderen Seite ist die Gewerkschaftssozialdemokratie rührig, haben ihre Anstrengungen, die Volksbewegung gegen das imperialistische Energieprogramm zu spalten, die Arbeiterklasse abzuspalten und sie von den Bauern und anderen Teilen des Volkes zu isolieren, mit dem Betriebsrätekongreß ein neues Ausmaß erreicht. „Schluß mit der nicht endenden Debatte über Kraftwerke! Start frei für neue Investitionen und damit für neue Arbeitsplätze!", war die Losung, auf die man sich einigte. Wenn der Bau von KKWs weiter stocke, sei für 1990 mit 8 Mio. Arbeitslosen zu rechnen; diese Demagogie soll tausendfach in die Betriebe getragen werden, um die Arbeiter für das imperialistische Energieprogramm zu gewinnen. Es handelt sich um reinen Betrug: billiger Strom für die kapitalistische Rationalisierung, die den Arbeitern nichts bringt

Fortsetzung Seite 2

Alte Kameraden: Genscher entdeckt in Japan einen „natürlichen Partner mit parallelen Interessen"



Die an Menschen und an Rohstoffen reichen ASEAN-Staaten Malaysia, Indonesien, Singapur, Thailand und die Philippinen und Hoff-
Die an Menschen und an Rohstoffen reichen ASEAN-Staaten Malaysia, Indonesien, Singapur, Thailand und die Philippinen und Hoffnungen auf Spekulationsgeschäfte mit der Volksrepublik China reizen die Profitgier aller Imperialisten. Genscher hat auf seiner Fernost-Tour nach Tokio die „parallelen Interessen" mit den japanischen Imperialisten an der Ausplünderung dieser Länder bekräftigt. Während beide die Völker an der Gegenwehr gegen ihre imperialistische Räuberei durch „Verbot von Waffenexporten" zu hindern versuchen, erklärten die Außenminister der japanischen und der westdeutschen Imperialisten gegenüber den Supermächten, daß es „keiner Großmacht" gestattet sei, ihnen ins Geschäft zu reden. Unter der Flagge der „natürlichen Partnerschaft" betreiben die westdeutschen Imperialisten die Wiederherstellung dieser schon im zweiten imperialistischen Weltkrieg bewährten Räuberallianz.

Für Demokratie und Sozialismus! Die Front aufbauen!

Auf der Seite des Feindes hat die Demonstration und Kundgebung am 8.10., zu der KBW, KPD und KPD/ML aufgerufen haben, bereits ihre erste Wirkung getan. Fast 20 000 Arbeiter, Angestellte, auch schon einige Bauern, dann Schüler und Studenten haben an der Kundgebung teilgenommen. Eine der Losungen hieß: „Der Marxismus-Leninismus läßt sich nicht verbieten!" Daß das stimmt, ist der Bourgeoisie ein Stück klarer geworden. Am Montag nach der Demonstration und Kundgebung, nach der Propagandaaktion im ganzen Land, hat Report eine Sendung ausgestrahlt. Solche Sendungen dienen der schnellen Verständigung unter der Bourgeoisie, wie dem Versuch, die Massen ideologisch zu unterwerfen und ihnen die Sichtweise der Bourgeoisie aufzuzwingen.

Am Montag hatte es der Moderator Stephan von Report – „Moderator" heißt der Mensch, der die gemeinsame Linie der Bourgeoisie aus den einzelnen Beiträgen herauszudestillieren und die Nutzanwendung für die Bourgeoisie zu ziehen hat – am Montag hatte es der Moderator nicht sehr leicht. Vor Monaten war er von Zweifeln ungeplagt noch in den Schlachtruf eingefallen: Verbieten, auf jeden Fall verbieten. Jetzt hat er sich herumgewunden:

„Dieser Bericht, meine Damen und Herren, muß jeden nachdenklich machen, der heute ein Verbot der K-Gruppen befürwortet oder ablehnt. Wir sind in einer schwierigen Situation. Was hier gegen den größten Teil der Bürger unseres Landes gesagt wird (als wäre der ‚größte Teil der Bürger unseres Landes' Fabrikbesitzer und Kapitalist, Anm. KVZ), die Bourgeoisie stürzen, sie niederhalten, beseitigen, das fordert zur Abwehr heraus."

Dann ist die Sache ja ganz einfach, sollte man denken, dann muß man eben rasch verbieten. So einfach ist es aber auch wieder nicht. Zwar:

„Vom Grundgesetz her ist ein Verbot nicht nur zu rechtfertigen, das Grundgesetz verlangt geradezu ein solches Verbot."

Aber:

„Wie indessen würde es in der Praxis aussehen? Würde man damit mehr erreichen als die Agitatoren nur mundtot zu machen?"

Nicht einmal das würdet ihr erreichen! Der Kommunismus hat tausende von Agitatoren und die könnt ihr mit keinem Verbot mundtot machen. Aber den Hinweis mit „*nur* mundtot" machen werden viele verstanden haben und sich ausrechnen, auf was ihr in Wirklichkeit hinauswollt. Mancher wird sich den dicken Stephan wegen dieses Hinweises gemerkt haben. Der Moderator fuhr fort:

„Könnte man den Untergrund kontrollieren? Würde man den Untergrund widerstandsfähig machen oder den Widerstand brechen?"

Leere Spekulation. Die Kommunisten befinden sich bereits im „Untergrund" der Gesellschaft, in der Arbeiterklasse, unter den werktätigen Massen, auf deren Arbeit das ganze kapitalistische Gesellschaftsgebäude beruht. Diesen „Untergrund" muß die Bourgeoisie „kontrollieren" und „brechen", denn auf diesen Untergrund stützen wir Kommunisten uns.

Es wird der Bourgeoisie niemals gelingen, die Gespräche der Arbeiter an den Maschinen, in den Waschkauen, die Gespräche in den Supermärkten, in den Stadien und in Millionen und Abermillionen Wohnungen zu kontrollieren, und den „Untergrund" des Marxismus-Leninismus zu brechen. Jedermann weiß, daß die Bourgeoisie gegenwärtig eine heftige Debatte über Hitlers „Fehler" führt, um die Bedingungen für eine verbesserte Neuauflage des Hitlerfaschismus zu prüfen. Den „Grundfehler", daß die Bourgeoisie von der fremden Arbeit von Millionenmassen Proletariern lebt, die den Untergrund der bürgerlichen Gesellschaft bilden und niemals kontrollierbar sein werden, – diesen Grundfehler wird kein Bourgeoispolitiker überwinden können. Bang stellt sich der Moderator die Frage:

„Würde nicht gerade der Untergrund zur gewalttätigen Aktion treiben?" Zweifellos treibt der „Untergrund" zur „gewalttätigen Aktion", zum Klassenkampf nämlich und zur sozialen Revolution des Proletariats. Deshalb macht ja die Bourgeoisie an dem Verbot der Marxisten-Leninisten herum. Sie will die Vorhut für diese „gewalttätige Aktion" von Millionenmassen von Proletariern beseitigen. Es wird nicht gelingen. Die Vorhut ist schon nimmer so klein. Wie also soll es die Bourgeoisie mit dem Verbot halten?

„Wer immer diese Fragen redlich beantworten will, findet sich zwischen Prinzip (der Kommunismus muß verboten sein, Anm. KVZ), Erfahrung (der Kommunismus hat sich noch nie verbieten lassen, Anm. KVZ) und Vermutung (der Schuß kann leicht nach hintern losgehen, Anm. KVZ) gefangen. Und wie immer eine solche Entscheidung aussehen wird, sie dürfte kaum mehr als zur Hälfte richtig sein."

Da befinden sich die Marxisten-Leninisten, die Revolutionäre, die Arbeiter und Bauern in einer besseren Lage. Sie können Entscheidungen treffen, die vollständig richtig sind, den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrükkung voranbringen und die „schwierige Situation" der Bourgeoisie unbedingt vergrößern werden.

Seit der erneuten Regierungsübernahme durch die Schmidt-Genscher im letzten Jahr ist es der Bourgeoisie gelungen, eine ganze Serie von Schlägen

Fortsetzung Seite 2

„Bezüge zu den Werten". Oder: „Auslagerung, Strafanzeigen, Polizeieinsatz"

Die Bourgeoisie will im Wintersemester die Entscheidung an den Hochschulen suchen / Für 100 Mark mehr, 1500 Mark Elternfreibetrag, Koalitions- und Streikrecht können sich die Studentenmassen zusammenschließen

Seit Semestern stehen die Studentenmassen im Kampf gegen die imperialistische Dressur an den Hochschulen, gegen die Verelendung und die politische Rechtlosigkeit. Mit diesem Semester hält die Bourgeoisie den Zeitpunkt für die Zerschlagung dieses Kampfes für gekommen. Biallas, Hamburger Hochschulsenator, hat für die für diesen Zweck von ihm beabsichtigten Maßnahmen den Beifall der Bourgeoisie gefunden. Er will „... unter den Mitgliedern der Hochschulen einen Minimalkonsens zustandebringen, der Gewalttätigkeiten und systematische Störungen ausschließt". Wie anders als ein Zuchthaus für die besitzlosen Studenten soll so ein „Konsens" mit der Professorenreaktion und den Bourgeoisstudenten aussehen?

Dazu heißt es in dem der Bürgerschaft in drei bis vier Wochen zur Abstimmung vorliegenden Landeshochschulgesetz: „Ein Student kann exmatrikuliert werden, wenn er durch Anwendung von Gewalt oder durch Bedrohung mit Gewalt 1. den bestimmungsmäßigen Betrieb einer Hochschuleinrichtung ... oder die Durchführung einer Lehrveranstaltung behindert, 2. ein Hochschulmitglied von der Ausübung seiner Rechte und Pflichten abhält." „Bestimmungsmäßig" ist, daß man „die erforderlichen fachlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden für das berufliche Tätigkeitsfeld erhält" sowie „die Studien- und Prüfungsordnung beachtet". Die Studentenmassen will er vollständig unterdrücken, damit sie die „Fähigkeiten" zur Schweißauspressung und zur Unterdrückung der Kämpfe der Arbeiter und Volksmassen erhalten.

Auf der 500-Jahr-Feier der Universität Tübingen hat der Bundespräsident der Bourgeoisie im Kampf um die Studenten große Ziele gesteckt. Die Tübinger Meute von Professoren und Jubiläumsgästen hat gejohlt vor Begeisterung. Die Rede ist dann auch im Fernsehen gesendet worden. „Kritische Sympathie" zum Staat sollen die Studenten hegen, statt ihn „madig zu machen". „Die Neubewertung der Erscheinungen unseres gesellschaftlichen Lebens wird ... völlig neue Prioritäten setzen ... es ist eine Arbeit, die es wohl lohnt, daß sich die akademische Jugend daran beteiligt."

Neue „Bezüge" zu den „Werten" müßten gefunden werden. „Die Freiheit besteht in ihrem Kern in der freiwilligen Bindung an diese Werte." Welche Werte? „Für das Eigentum ist es ausdrücklich ausgesprochen: ‚Eigentum verpflichtet'."

Den Studenten, die nach dem Studium keine Arbeit finden, rät Scheel: „Wir müssen beweglicher werden." Beweglicher auf den Pfaden der imperialistischen Expansion. „Es gibt ... eine ganze Reihe von Ländern, die viel zu wenig Akademiker für ihren Bedarf haben." Denen soll mit Vorposten des westdeutschen Imperialismus geholfen werden. „Soviel Akademiker, wie da in der Welt gebraucht werden, können wir gar nicht ausbilden."

Daß aus der „freiwilligen Bindung" der Studentenmassen an die Werte der Bourgeoisie was wird, glauben die Bourgeois selbst nicht recht. Der Spaltung soll also mit dem Knüppel nachgeholfen werden.

„Auslagerung, Strafanzeigen, Polizeieinsatz", faßt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 10.10. in der Überschrift Biallas' Pläne für dieses Semester zusammen.

Im Streik des letzten Semesters mußte die Bourgeoisie erfahren, daß durch Zusammenschluß der Studenten die Truppen der Reaktion – Burschenschaften und RCDS – im ersten Anlauf überrannt wurden und keine Wirkung mehr entfalten konnten. Damit war auch die Grundlage für den Einsatz einer geheuerten 100-Mann-Schlägerbande entzogen. „Auslagerung gestörter Vorlesungen ins Hauptgebäude" und Sicherung dieser Veranstaltungen durch Polizeitruppen, das soll die Reaktion in den kommenden Kämpfen stärken. Gegen eine zusammengeschlossene Streikfront richtet das bekanntlich wenig aus. „Der Erfolg der Störtruppen ist nur möglich", so Biallas, „wenn Studenten und Professoren ihnen nachgeben. Dieses Zurückweichen beginnt bereits damit, daß ein großer Teil derjenigen Studenten den Lehrveranstaltungen fernbleibt, die den Boykott oder doch zumindest gewaltsame Störungen mißbilligen." Die Bourgeoisie setzt darauf, mit Spaltungsdruck Teile der Studentenmassen unter Führung der Reaktion gegen den Kampf zu gewinnen. Dazu müssen als erstes die Hochschullehrer spuren.

In Niedersachsen hat Kultusminister Pestel einen Runderlaß zum „Verhalten bei Störungen der Ordnung der Hochschule" an die Hochschullehrer geschickt, um sie vollends zu Polizisten auf der Jagd nach „Störern" zu machen. Gleich beigefügt ist der Erlaß „Erstattung von Strafanzeigen". Letzter Punkt: „Kommt ein Beamter ... der Pflicht zur Erstattung von Strafanzeigen nicht nach, ... so wird darin in der Regel eine strafbare Begünstigung zu sehen sein."

In Hamburg beginnen dieses Semester ca. 4000 Studenten mit dem Studium. Von den 820 Gymnasiallehrerstudenten, die beginnen, wird die Bourgeoisie 1984 235 einstellen. 590 werden im Verlaufe des Studiums sukzessive ausgeschieden. Mehr als die Hälfte der 4000 Erstsemester sind von der Bourgeoisie schon als ausschüssig verplant und nur da, um durch Entfaltung des Konkurrenzdrucks den Widerstand der verbleibenden zu brechen.

Wie elend die Lage der besitzlosen Studenten mittlerweile ist, zeigt die Verteilung des BAföG. 1974 haben wenige 0 bis 200 DM bekommen, die meisten 400 bis 600 DM. 1976 ist die Zahl derer, die zwischen 0 und 200 DM kriegen, um das doppelte gestiegen, die in der Gruppe 400 bis 600 DM um 16% gesenkt worden. Hinzu kommen jetzt einige, die über 600 DM kriegen. Die Masse der Studenten wird ins Elend gedrückt, einige erhalten etwas mehr. Die Methode der Spaltung ist ausgekocht. Daß sie wirkt und den Kampf gegen die Verwandlung der Hochschulen in Zuchthäuser für die besitzlosen Studenten spaltet, darauf setzt die Bourgeoisie.

Der Kampf gegen die Landeshochschulgesetze kann sich nur im Kampf gegen das Elend und sämtliche Studienbedingungen, die der Bourgeoisie alle nur Mittel zur Unterdrückung und zur Schürung der Konkurrenz sind, entfalten. Auf den Forderungen: 100 DM mehr für alle BAföG-Bezieher, 1500 DM Elternfreibetrag, rückwirkend zum 1.10. 1976! Anerkennung des Koalitions- und Streikrechts! ist erfolgreiche Zusammenschluß gegen die Absichten der Bourgeoisie möglich.

Um ihre imperialistischen Raubkriegspläne verwirklichen zu können, muß die Bourgeoisie die Ausbeutung der Arbeiterklasse und die Unterdrückung der Volksmassen ins Uferlose steigern. Gehen die Studenten davon aus, ist der Zusammenschluß gegen den imperialistischen Staatsapparat und die Überwindung der Spaltung möglich. Die Biallas'sche Polizeitaktik wird dann wenig nutzen.

Heimarbeit – Verwandlung von Lebenszeit in Arbeitszeit für den Kapitalisten

Ist es der Bourgeoisie gelungen, die Löhne insbesondere in den unteren Lohngruppen gewaltig zu drücken und die Ausbeutung im Verlauf der Krise weiter zu verschärfen, so hat das für Teile der Arbeiterfamilien zur unmittelbaren Folge, daß die Reproduktion bloß noch einigermaßen gewährleistet werden kann durch Flüssigmachung von Arbeitskraft sämtlicher Familienmitglieder für die Kapitalisten, und das zu den übelsten Schindermethoden.

Laut Angaben der amtlichen Statistik der Bundesanstalt für Arbeit über die Entwicklung der Heimarbeit ist die Zahl der Heimarbeiter in Niedersachsen-Bremen von 14321 im Jahre 1966 auf nur noch 9705 1976 beschäftige Heimarbeiter, davon 9186 Frauen, zurückgegangen. Diese Zahlen lassen bloß die Spitze des Eisbergs sichtbar werden, weil sie nur die Heimarbeiter ausweisen, die einen festen Arbeitsvertrag haben und sozialversichert sind. Die große Mehrheit der Heimarbeiter arbeitet ohne Steuerkarte, ist der Willkür der Kapitalisten unterworfen, von denen sie ausgebeutet werden und die die Sozialversicherungsbeiträge gleich ganz einsparen.

Die Kapitalisten nutzen die Lage auf dem Arbeitsmarkt, um die Zahl der Heimarbeiter auszudehnen. Über eine Masse von völlig entrechteten zu Hungerlöhnen schuftenden, zersplitterten und damit relativ widerstandslosen Arbeitern sollen die weiteren Schranken für die hemmungslose Ausbeutung der gesamten Arbeiterklasse eingerissen werden. So läuft es auch: Nur vier von 15 Heimarbeitern, die der Kapitalist Fröhlich in Bad Lauterberg ausbeutet, haben einen festen Arbeitsvertrag und sind sozialversichert.

900 Arbeiter und Angestellte beutet der Kautschukkapitalist Bädje der Meteor-Moosgummiwerke aus, darunter 150 Heimarbeiter, fast ausschließlich Frauen, aus Bockenem und den umliegenden Dörfern. Die Arbeit ist, von den bereits vulkanisierten Gummidichtungen für die Automobilindustrie den überflüssigen Kleber und Gummi abzuschneiden. Das Arbeitswerkzeug müssen sich die Heimar-

ber und Gummi abzuschneiden. Das Ar-

beitswerkzeug müssen sich die Heimarbeiter selbst beschaffen. Eine Schere kostet 9 DM; zwei braucht man im Monat, nach ein- bis zweimal schleifen sind sie verschlissen. Alles Kosten, die auf die Profitrate drücken, wenn sie vom Kapitalisten gezahlt werden müssen. Gearbeitet wird im Stücklohn. 100 Stück von einer bestimmten Dichtung bringen heute rund 7 DM. Vor fünf Jahren hat es für die gleichen Gummikaliber noch 12 DM pro 100 Stück gegeben. Seitdem hat Bädje durch seine REFA-Abteilung systematisch den Lohn drücken lassen. Eine Arbeiterin, Mitte zwanzig, der Mann ist Kraftfahrer, sie haben ein zweijähriges Kind, berichtete uns: Ein Jahr lang hat sie in Heimarbeit geschafft. Ihre Mutter mußte mitarbeiten, um 100 Dichtungen in drei bis vier Stunden zu schaffen. Bei einer täglichen Arbeitszeit von zwölfeinhalb Stunden pro Person gab das einen Monatsnettolohn von 800 bis 900 DM. Das aber auch nur die ersten drei bis vier Monate. Dann bekam sie aufgrund der ungeheuren Arbeitsintensität einen Tatterich in den Fingern. Sie schaffte die Stückzahl nicht mehr, und jeden Monat wurden es jeweils ca. 50 DM an Lohn weniger. Drei „Mahnungen" erhielt sie von der Moosgummi-Geschäftsleitung wegen „mangelnder Qualität". Nach der dritten Mahnung kam die Kündigung.

Tarifliche Lohnerhöhungen, bezahlter Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, diese grundlegenden Errungenschaften des gewerkschaftlichen Kampfes der Arbeiterklasse, gelten nicht für die Heimarbeiter. Bei Krankheit zahlt die Krankenkasse Krankengeld, und dies auch erst ab dem zweiten Tag.

Gemäß §§ 100ff Arbeitsförderungsgesetz bekommen Heimarbeiter bei Arbeitslosigkeit nur solange Heimarbeit vermittelt, wie sie Arbeitslosengeld beanspruchen können. Fallen sie unter Arbeitslosenhilfe, müssen sie sich der „allgemeinen Arbeitsvermittlung zur Verfügung stellen", was sie natürlich gar nicht können.

Die Arbeiterklasse muß sich auf große Kämpfe für einen ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag, für die Verkürzung des Arbeitstages auf sieben Stunden bei vollem Lohnausgleich rüsten und die Selbstverwaltung der Sozialversicherungen erkämpfen.

Für Demokratie und Sozialismus! Die Front aufbauen!

Fortsetzung von Seite 1

gegen die Arbeiter und Bauern, gegen die Volksmassen insgesamt zu landen. Man kann es schon nimmer an zehn Fingern abzählen: die Lohnkämpfe wurden mit Hilfe der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung niedergehalten, die Rentenversicherung wird durch die Beseitigung der Rentner saniert, die Arbeitslosen werden „mobil" gemacht, die Krankenversicherungskosten werden „gedämpft", indem das Leben der Versicherten verkürzt wird, die Mehrwertsteuern werden erhöht, damit die Zinsen für die Banken steigen können usw. Dazu eine ganze Serie von offenen Unterdrückungsgesetzen, Ausbau des Polizeiapparats, bewaffnete Straßenkontrollen als Alltagserscheinung usw. All das hat die Arbeiterbewegung nach den Bundestagswahlen überrascht. Es hat auch die Marxisten-Leninisten bis zu einem gewissen Grad überrascht. Jedenfalls ist die Arbeiterbewegung und die demokratische Bewegung vorübergehend in eine Situation der zersplitterten Abwehrkämpfe geraten. Das muß nicht sein. Es ist so: die bisherige Einheit, Einheit über diese oder jene Abwehrforderung reicht nicht mehr aus, um die Einheit der Massenbewegung im Kampf gegen die Dauerangriffe der Bourgeoisie zu sichern. Es ist eine Front gegen Imperialismus und Reaktion insgesamt notwendig und diese Front kann nur für positive Ziele, für Demokratie und Sozialismus geschmiedet werden. Da stehen wir jetzt. Das spürt die Massenbewegung, die sich in zahlreichen Zirkeln, um Stadtteilzeitungen, in Lese- und Studiengruppen zusammengeschlossen hat, die in den Gewerkschaften den Kampf führt. Teile der Bourgeoisie halten die Zeit für gekommen, die Marxisten-Leninisten zu verbieten und mit einem Generalangriff auf die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse zu beginnen. Wenn die Marxisten-Leninisten, wenn alle Revolutionäre erkennen, daß spätestens jetzt mit dem Aufbau der Front gegen Imperialismus und Reaktion, für Demokratie und Sozialismus begonnen werden muß, dann wird sich die Lage außerordentlich günstig entwickeln. An der Initiative und Unterstützung der Massen wird es nicht fehlen. Bereits werden erste Resolutionen gefaßt für einen Massenkongress. So ist es richtig. Ohne Entfaltung der Masseninitiative wird es nicht dazu kommen.

Abenteurertum und Gebührenausplünderung für Monopolprofite

Abenteurertum und Gebührenausplünderung für Monopolprofite

Fortsetzung von Seite 1

als verschärfte Ausbeutung und Massenentlassungen, den Kapitalisten aber dicke Extraprofite, darum geht's. Ob Adolf Schmidt, Vorsitzender der IG Bergbau, der mit Vehemenz für das Energieprogramm kämpft, ob ein Prof. Schneider aus Köln, der eigens dazu eingeladen war, oder ob der schwarze Kohl auf dem CDU-Wirtschaftstag, sie alle „erinnern" die Arbeiter scheinheilig an ihre produktiven Fähigkeiten und erpressen sie gleichzeitig mit Arbeitslosigkeit, um sie abzuspalten und die Gegner des imperialistischen Energieprogramms als Gegner des Fortschritts abzustempeln. Jawohl, die Arbeiter bauen die Kernkraftwerke und vollbringen große Leistungen dabei. Aber nicht sie, sondern die Bourgeoisie leitet die Produktion. Getrieben von ihrer Profitgier, setzt sie ein Kernkraftwerk nach dem anderen in die Welt, oder will es zumindest, aber ist unfähig, diese Produktion wirklich zu beherrschen und Lösungen für ihre Probleme zu finden.

Wohin mit dem radioaktiven Abfall? Ohne Skrupel erklärt Albrecht, und das unter ausdrücklicher Zustimmung von Adolf Schmidt, der die Unterstützung des DGB für diese „neue Sicht" zusichert, daß die Entsorgung ja gar nicht gelöst werden brauche. „*Zwischenlager*" für die abgebrannten Elemente seien völlig ausreichend, und es sei genug Zeit, sich in den nächsten Jahren dann „bessere Lösungen" zu überlegen. Albrecht ist kein Einzelgänger. Die „Zwischenlager" sollen in Bälde festgelegt werden. Der „Spiegel" deutet mit seiner „Ahnung" bereits an, daß diese Zwischenlager dann wohl zur „endgültigen Lösung" würden. Wer will dabei noch bestreiten, daß es sich bei dem imperialistischen Energieprogramm um ein Verbrechen und bei seinen Verfechtern, den Imperialisten, um eine Bande von kaltschnäuzigen Abenteurern handelt?

Und für dieses abenteuerliche Programm sollen die Volksmassen auch noch zahlen. Ohnehin zahlen sie mit teuren Strompreisen die Sondertarife der Monopolkapitalisten. Nach dem Motto: „Das Ziel ist klar. Die *Preiselastizität* der Energienachfrage ist zu erhöhen" (Staatssekretär Hauff, Bulletin der Bundesregierung vom 13.10.) werden mit dem Energieeinsparungsgesetz, das nach wohldurchdachter Planung der Bourgeoipolitiker am 1.11. in Kraft tritt, weitere drastische Strompreiserhöhungen zur Finanzierung des Energieprogramms direkt eingeleitet. Das soll teuer werden: Die Vereinigung Kommunaler Unternehmen rechnet bis 1985 mit Investitionen im Energiebereich von 250 bis 300 Mrd. DM. Allein der „Schnelle Brüter" in Kalkar kostet 2,6 Mrd. DM mindestens.

Die „Macher" der Reaktion von Bundeskanzler Schmidt bis Stoltenberg und Filbinger treten hervor. Leute wie Eppler, wichtige Stützen der Illusionen, die sich manche „Linke" über einen „Kompromiß" mit der Bourgeoisie machten, für solche Leute ist das Klima jetzt nicht günstig. Um so rascher die Reaktion und umso geschmierter die staatliche Unterdrückungsmaschinerie, desto sicherer winken Höchstprofite – das ist die Devise der Bourgeoisie.

Für die Arbeiterklasse heißt die Devise: Verstärkung des Kampfes um ihren Zusammenschluß und Einheit mit den Bauern, den Schülern und Studenten und den Soldaten gegen die Reaktion und ihr imperialistisches Energieprogramm.

„Sonderangebote"

Im September 1977 seien die Lebenshaltungskosten gegenüber September 76 um 3,6% gestiegen, die Preise für Nahrungsmittel um 2,14%, darunter die „Saisonwaren" sogar um 7,9% gefallen, sagt das Statistische Bundesamt.

Diese offiziellen Zahlen stimmen offensichtlich nicht mit den Erfahrungen der Massen überein, die täglich merken, daß das Loch im Geldbeutel immer größer wird. Wir haben deshalb diese Preissteigerungsrate untersucht und dazu die Anzeigen für Sonderangebote aus der „Frankfurter Rundschau" jeweils vom 1. bis 10. September 1976 und 1977 benutzt. Für einige wichtige, immer wieder als besonders preiswert angebotene Nahrungsmittel haben wir die Durchschnittspreise errechnet und diese den in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" am 5.10.77 veröffentlichten Zahlen des hessischen Statistischen Landesamtes für den gleichen Zeitraum gegenübergestellt:

	Sept. 76 DM	Sept. 77 DM	Anstieg in %	Angaben des Hess. Stat. Landesamts Sept. 77 DM	Anstieg in % geg.üb. 76
Äpfel (1 kg) Golden Delicious	–,86	1,99	131,4	3,17	47,5
Bananen (500 g)	–,49	–,79	61,2	.	.
Mocca (500 g)	8,48	13,11	54,9	16,56	42,5
Roggenmischbrot (1 kg)	–,69	–,88	27,5	2,34	5,5
Hähnchen (1 kg)	3,63	4,46	22,8	4,96	1,2
Margarine (500 g)	1,38	1,68	21,7	2,42	8,1
Hinterschinken gek. (100 g)	1,18	1,38	17,0	.	.
Preßsack (500 g)	3,28	3,78	15,1	.	.
Schweinekotelett (500 g)	3,90	3,99	2,2	6,60	0,8

Die Massen sind gezwungen, das Allerbilligste zu kaufen, um sich überhaupt noch reproduzieren zu können. Sie kaufen deshalb Sonderangebote. Die Einzelhandelskapitalisten machen mit den Sonderangeboten ihren Profit auf Grund der großen Masse der verkauften Ware. Sie nutzen den Preisabstand aber auch, um schnelle und hohe Preissteigerungsraten durchzusetzen. Das können sie, weil den Volksmassen gar nichts anderes übrig bleibt, als das jeweils Billigste auf dem Markt zu kaufen. Gleichzeitig eröffnen die Sonderangebote den Nahrungsmittelkapitalisten eine Unmenge von Möglichkeiten des direkten Betrugs durch Beimischung von wertlosen, zum Teil direkt schädlichen Stoffen zwecks Erhöhung des Profits.

Die offizielle Preissteigerungsrate für Nahrungsmittel drückt so verschleiert nur die Spaltung der Gesellschaft in Klassen aus. Während die Massen für schmackloses Roggenmischbrot überdurchschnittlich und in steigendem Maße zur Kasse gebeten werden, kann die Bourgeoisie ihrem Luxus zu relativ stabilen Preisen frönen.

Für die Volksmassen ein Grund mehr, sich nicht an die bourgeoisöffentlichen Preissteigerungszahlen zu halten und sich durch sie vom Kampf um den Lohn und gegen die Steuerausplünderung abhalten zu lassen. – (Z-Red.)

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 190240, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 19, Telefon 0611 / 73 02 36 – Gedruckt in Frankfurt – Redaktion: Hindenburgstraße 15, Postfach 3406, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 81 40 45 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 190240, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 19 – Jahresabonnement inc. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 42 / 1977: 32000

Kein Wunder, daß sie's satt haben!



Die Entwicklung der jungen Menschen
zu sozialistischen Persönlichkeiten
ist Bestandteil
der Staatspolitik
der deutschen demokratischen Republik
und der gesamten Tätigkeit
der sozialistischen Staatsmacht.
Sie wird gewährleistet
durch die Abgeordneten
die Leiter
und Mitarbeiter
der zentralen und örtlichen
staatlichen Organe,
die Leiter
der Betriebe,
Kombinate,
Einrichtungen,
die Vorstände
der Genossenschaften,
die ihnen unterstehenden
Leiter
und Mitarbeiter
(im folgenden
Staats- und Wirtschaftsfunktionäre)
sowie durch die
Lehrer
und Erzieher.

(Aus: Jugendgesetz der DDR, 31.1.74)

Am vergangenen Samstag, dem 28. Jahrestag der Gründung der DDR, kam es während eines Rockfestivals auf dem Ostberliner Alexanderplatz zu Auseinandersetzungen zwischen rund 1000 Jugendlichen und einigen hundert Polizisten. „Neues Deutschland" dazu: „Es kam – dies sei festgestellt – zu Handgreiflichkeiten seitens einiger Rowdys bzw. solcher Jugendlicher, die unter dem Eindruck der heißen Rhythmen nicht wußten, was sie taten." Richtig muß festgestellt werden, daß diese Jugendlichen nur *noch* nicht *genau* wußten, was getan werden muß, denn es geht um eine größere Aufgabe. Daß sie aber zum Schrecken der neuen Bourgeoisie in der DDR – Honecker hatte sich bei einem Empfang für das diplomatische Korps entschuldigen lassen und war zum Ort des Geschehens geeilt – schon recht wissen, gegen wen es dabei geht.

D-Mark wird zur zweiten Währung . . .

Die „International Herald Tribune", ein Blatt der US-Imperialisten, berichtete am 6.10., Arbeiter in der DDR hätten die Bezahlung eines Teils ihres Lohns in westdeutscher D-Mark gefordert. Die „Bild"-Zeitung schreibt unter der Überschrift: „Nur die Westmark macht das Leben etwas leichter" am 11.10.: „Die Westmark hat sich neben dem ‚Kosakenrubel', wie die ‚DDR'-Bevölkerung ihr eigenes Geld nennt, regelrecht zur zweiten Währung entwickelt." Zuvor schon hatte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) in einem langen Artikel gefordert, daß die Einschränkungen, denen die Verwendung von D-Mark in der DDR noch unterliegt, aufgehoben werden („Wann wird der Transfer für private Zahlungen zwischen beiden Teilen Deutschlands frei?") und festgestellt: „Die devisenhungrige DDR nutzt heute einseitig Vorteile aus einigen Lücken des innerdeutschen Wirtschafts- und Zahlungsverkehrsabkommens aus."

Die DDR nimmt jährlich über eine Milliarde D-Mark aus den Intershop-Läden, den Straßenbenutzungsgebühren, dem Zwangsumtausch von Besuchern aus der BRD, über ihre Handelsorganisation Genex, bei der man in Westdeutschland Waren für Bürger der DDR kaufen kann, ein. Sie braucht sie dringend, um ihr Defizit in der Handelsbilanz mit Westdeutschland und den übrigen westlichen imperialistischen Staaten zu bezahlen.

Durch die Unfähigkeit der neuen Bourgeoisien in den ehemals sozialistischen Staaten Osteuropas, die Produktivkräfte ausreichend zu entwickeln und die eigenen Volkswirtschaften aus eigener Kraft aufzubauen, und wegen der massiven Ausplünderung aller osteuropäischen Staaten durch die sozialimperialistische Supermacht Sowjetunion sind alle Staaten, die unter dem sowjetisch beherrschten „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW) zusammengefaßt sind, in hohem Maße von Warenimporten und Krediten aus dem westlich-imperialistischen Ausland abhängig. Das heißt, die neuen Bourgeoisien in diesen Ländern müssen ihre westlichen Konkurrenten an der Ausbeutung und Ausplünderung der von ihnen beherrschten Arbeiter- und Volksmassen beteiligen, wenn sie selbst ihre Ausbeuterherrschaft erhalten wollen.

Die Forderung der westlichen Imperialisten, den „privaten Zahlungsverkehr" vollständig „frei"zumachen, läuft darauf hinaus, sich die Märkte dieser Staaten vollständig zu unterwerfen und sie in ihren Herrschaftsbereich einzuverleiben. Dabei sind sie bereits recht erfolgreich. 80% der Geschäfte, die die Internationale Investitionsbank des RGW-Systems abwickelt, werden bereits jetzt in westlichen Devisen getätigt.

Die neue Bourgeoisie in der DDR ist von diesen Expansionsgelüsten besonders bedroht. Ihre Gier nach Devisen, die sie als Kapital zur weiteren Ausbeutung der ostdeutschen Arbeiterklasse verwenden kann, aber auch ihre Sucht, die aus den Massen gepreßten Reichtümer in entsprechendem Luxus verjubeln zu können, haben zum Beispiel zur Öffnung und Ausdehnung des Intershop-Systems geführt, die jedem offenstehen, der westliche Devisen besitzt. Dadurch ist nicht nur den westdeutschen Imperialisten ein gewaltiger Einbruch auf den Warenmarkt der DDR gelungen, sondern die D-Mark funktioniert auch bereits als parallele Währung, die auf dem Schwarzen Markt zum Kurs von 1:4 getauscht wird.

Die DDR-Bourgeoisie versucht ihre Abhängigkeit von den westdeutschen Imperialisten abzuschwächen. 1976 hat sie ihre Exporte in die BRD um 16% gesteigert, während ihre Importe aus der BRD nur um knapp 9% gewachsen sind. 300 Mio. DM bezahlte sie zur Schuldentilgung aus ihren DM-Beständen. Dennoch ist ihre Gesamtverschuldung wegen der auflaufenden Zinsen aus früheren Jahren weiter gewachsen und betrug Ende 1976 2,6 Mrd. DM.

Ihre Abhängigkeit von westlichen Devisen versucht sie durch „Kompensationsgeschäfte" zu mildern, das heißt durch Bezahlung mit Waren, die dann die westlichen Imperialisten selbst weiterverkaufen müssen. Dagegen sind die westdeutschen Imperialisten auf der Leipziger Messe im August dieses Jahres Sturm gelaufen. Sie wollen an die Devisen wieder heran, die die ostdeutsche Bourgeoisie in ihren Händen aufhäuft, und sie wollen die weitere Verschuldung der DDR und aller Staaten im sozialimperialistischen Lager. Sie wollen diese Staaten weiter von sich abhängig machen, um so den Machtbereich der sozialimperialistischen Sowjetunion auszuhöhlen, um dann im imperialistischen Krieg leichtes Spiel zu haben, die imperialistischen Konkurrenten auszuschalten. Dem dient die Propaganda von der Freiheit des Zahlungsverkehrs ebenso wie die Propaganda von der Freiheit des Verkehrs von Waren, Meinungen und Menschen, die ganze Menschenrechtsdebatte auf der KSZE-Nachfolgekonferenz in Belgrad. – (Z-Red.)

Die Streiks der englischen Automobilarbeiter zerbrechen die Lohnleitlinie der Regierung

„Bei Ford ist Callaghan machtlos", lauteten die Schlagzeilen der Zeitungen vor einer Woche, und der Premierminister sagte es selbst in einem Fernsehinterview: „Ich könnte das Inkrafttreten eines Verhandlungsergebnisses bei Ford nicht verhindern."

Die Ford-Arbeiter fordern eine Lohnerhöhung von 15%, Verbesserung bei der Bezahlung und Durchführung von Feiertagsschichten und die 37 1/2-Stunden-Woche. Die Labour-Regierung hat 10% als Lohnleitlinie ausgegeben. Das letzte Angebot der Ford-Kapitalisten betrug bereits 10,5 bis 14%. Das ist nicht die Großherzigkeit des US-Finanzkapitals, die Ford dazu bringt, die Lohnleitlinie zu brechen. Ford ist unter gewaltigem Druck und will mit allen Mitteln einen Streik vermeiden. Die Produktion ist für den britischen Bedarf nicht ausreichend. Gegenwärtig beträgt der Rückstand über 100000 Fahrzeuge; die Lieferzeit für „Cortina" beträgt 5 Monate. „Capris" und „Granadas" werden aus der BRD importiert, „Cortinas" in wenigen Wochen aus Irland und Belgien. Das ist eine ausgezeichnete Lage für die Ford-Arbeiter im Kampf gegen die fortschreitende Verelendung ihre Einheit zu festigen und gleichzeitig eine Lohnerhöhung von 15% und eine Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen.

Die Ford-Kapitalisten gehen gut vorbereitet in die Schlacht. Ford ist ein „geschlossener Betrieb". Wer bei Ford anfängt, muß im Bewerbungsbogen unterschreiben: „Ich erkläre, daß ich – als eine Grundvoraussetzung zur Beschäftigung bei der Firma – spätestens am Tag nach Ablauf von 4 Wochen Tätigkeit im Betrieb die Mitgliedschaft bei einer Gewerkschaft beantragen werde, sofern ich noch nicht Mitglied bin, und bestätige hiermit, daß ich dagegen keine Einwendungen habe."

Dieser Zwang zur Gewerkschaftsmitgliedschaft soll, so hoffen die Kapitalisten, die Position der reformistischen Gewerkschaftsführer stärken und die Kampfkraft der Arbeiter lähmen. Schon hatte Mossevans, Generalsekretär der Gewerkschaft TGWU, der größten der über 15 bei Ford vertretenen Gewerkschaften, auf dem Labour-Parteitag angekündigt, daß der Abschluß nur gering über 10% liegen werde. „Gewerkschaften haben ihre Forderung einer Erhöhung von 15% sorgfältig erarbeitet und wissen genau, daß die Firma die Forderung bezahlen kann", versicherte er. Er will die Bezahlung der Ware Arbeitskraft abhängig machen vom ausreichenden Profit des Kapitalisten. Doch Ford weiß, daß die Arbeiter nicht so rechnen. Die Ford-Kapitalisten sichern sich zusätzlich ab. Es laufen Vorbereitungen für die Versendung von Autoteilen nach Belgien zur Produktion für den Rückimport nach England. Für den Import von „Fiestas" aus Spanien existiert ein Notstandsplan, und die Ford-Kapitalisten versuchen dem Streik durch Spaltung vorzubeugen.

Dabei rechnen sie mit der verantwortungslosen Tätigkeit revisionistischer und trotzkistischer Vertrauensleute, die ähnlich wie bei Leyland vor Ort in kleinen Abteilungen Streiks für die Interessen kleiner Gruppen ausgerufen haben. Die Kapitalisten gehen jetzt mit gezielten Provokationen vor. So haben sie in Halewood bei Liverpool einen Arbeiter entlassen, weil er 9 Minuten zu spät zur Arbeit kam. – Im Großraum Liverpool streikten die Busfahrer für zwei Wochen – in der offensichtlichen Absicht, einen Abteilungsstreik zu provozieren. 150 Arbeiter traten in Streik, und 1500 waren ohne Arbeit. Das soll die Ausgangsposition der Arbeiterklasse schwächen, moralisch wie finanziell.

Der Streik dauerte nur eine Schicht, und die Kampfbereitschaft der Arbeiter ist nach wie vor groß. Ford und Labour spielen gegenseitig auf Zeit, und die Regierung bemüht sich nach Kräften, die Lohnrunde der staatlichen Leylandfabriken vor die Ford-Lohnrunde zu bringen, weil sie meint, dort die 10%-Lohnleitlinie durchsetzen zu können. Bisher hat die Regierung den Kapitalisten, die über 10% zugestanden haben, staatliche Aufträge oder Kredite entzogen. Bei Ford, der in Wales mit einem Motorenwerk die gegenwärtig größte Investition in Großbritannien durchführt und 38 Mio. Pfund Subventionen erhält, ist das nicht drin. Aber die Absicht der Regierung, Lohnerhöhung über 10% zuzulassen, die an ein Prämienlohnsystem gekoppelt sind, bei denen die Steigerung der Arbeitsintensität zwar höher ist als die Lohnerhöhung, ist bei Ford unmöglich. Sie würde eine Bandgeschwindigkeit bedeuten, die nicht durchzusetzen ist.



Streikende Arbeiter vor Leyland

Die Regierung versucht die Situation bei Leyland in den Griff zu bekommen. Nach Beendigung des Streiks einer Gruppe von Facharbeitern, der die Einheit der Belegschaft schwer erschüttert hat, läuft nun in 36 Leyland-Fabriken die Pkw-Produktion wieder. Der Streik hat Leyland in Zahlungsschwierigkeiten gebracht, und die Verwaltung hat einen 50 Millionen Kredit, der für die Vorbereitung der Produktion des Mini-Nachfolge-Modells gedacht war, zur Lohnauszahlung benutzen müssen. Die Regierung hat dem zugestimmt und dafür den Zinssatz für den Kredit auf 13,5% erhöht.

Um den Einfluß isolierter Abteilungsstreiks auszuschalten, hat Leyland mit der TGWU-Führung ein Abkommen ausgearbeitet, das die 58 Tarifkommissionen der 36 Fabriken durch eine einzige ersetzen, die Löhne aller Fabriken aneinander angleichen und den Ablauftermin der Tarifverträge einheitlich auf den 1. November festsetzen soll.

Das wird ein Pyrrhussieg werden. Angesichts der wachsenden Einheit der Arbeiter werden sich die Leyland-Kapitalisten bald zu den Zeiten zurücksehnen, wo jede Abteilung ihre eigenen Tarifverhandlungen führte und die Spaltung damit organisatorisch verankert war.

Die Lage in der Bus- und Lkw-Produktion zeigt bereits, daß der Plan der Regierung, über Leyland die Lohnleitlinie durchzusetzen, nicht durchgeht. Seit drei Wochen streiken 7000 Arbeiter der Leyland-Bus- und -Lkw-Werke gegen ein Angebot von 7,6% plus Prämien, „die weitere 15% bringen könnten" (Times). Sie fordern ausreichende Lohnerhöhung, 35-Stunden-Woche und Abbau der Zahl der Lohngruppen. Weitere 500 Leyland-Arbeiter sind am vergangenen Mittwoch in den Streik getreten, wodurch zusätzlich 4500 nicht arbeiten können. Die Lohnleitlinie ist am zusammenbrechen. – (M.T., Liverpool)

Gesetzentwürfe der schwarz-rot-goldenen Reaktion

1. Der Staat – ein Produkt der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze / 2. Besondere Formationen bewaffneter Menschen, Gefängnisse u.a. / 3. Der Staat – ein Werkzeug zur Ausbeutung der unterdrückten Klasse

(Lenin, Staat und Revolution)

Mit dem Grundgesetz verschaffte sich die westdeutsche imperialistische Bourgeoisie die Grundlage ihrer Herrschaft: Eigentum an den Produktionsmitteln für die Bourgeois, Ausbeutung und Ausplünderung für die Arbeiterklasse und die Volksmassen, freiheitliche demokratische Grundordnung für die herrschende Klasse, Unterdrückung der Arbeiterklasse und des Volkes, das ist die Quintessenz der kapitalistischen Verfassung. Alle Gesetzgebungstätigkeit des westdeutschen Staates beruht auf dieser Grundlage. 1951 erließ er das erste Strafrechtsänderungsgesetz, das alle wesentlichen Staatsschutzvorschriften der Weimarer Republik samt den Republikschutzgesetzen von 1930 wiedereinführte, die durch Kontrollratsgesetz aufgehoben worden waren. „Die demokratische Grundordnung ist noch nicht als Selbstverständlichkeit in die Vorstellungswelt aller deutschen Staatsbürger eingegangen" war ihre Begründung dafür. Mit Gefängnis sollte sie eingebleut werden. 1952 setzte die westdeutsche Bourgeoisie das Betriebsverfassungsgesetz und damit die Festlegung der betrieblichen Vertretungsorgane der Arbeiter und Angestellten auf die „vertrauensvolle Zusammenarbeit" mit den Kapitalisten und den Ausschluß politischer Betätigung im Betrieb durch. 1956 verbot sie die Organisation der Arbeiterklasse und mit ihr ihre Wissenschaft, den Marxismus-Leninismus, weil er nicht nur darin besteht, „durch die Erkenntnis der Gesetzmäßigkeit die Gesellschaft und die Welt folgerichtig zu erklären, sondern darin, die Erkenntnis der objektiven Gesetzmäßigkeit zur aktiven Umwandlung der Gesellschaft auszunutzen". Mit den Notstandsgesetzen verschafft sich diese äußerst „wehrhafte Demokratie" die Mittel ihrer Gegenwehr im Falle ihres Notstandes. 1976 folgen auf derselben Linie die Ergänzungen des 14. Strafrechtsänderungsgesetzes: Mit § 88 a verbietet sie die „Befürwortung von Straftaten" und mit § 130 a die Anleitung dazu. Der Massenbewegung gegen die Ausbeuter- und Unterdrückerherrschaft sollen die Mittel genommen werden, die sie braucht, um Einheit unter sich herzustellen, wie die öffentliche Erörterung ihrer Belange, nachdem ihr die Mittel, derer sie zur Durchsetzung ihrer Interessen bedarf, schon vorher gesetzlich entzogen waren. „Und sich durch die Begehung solcher Taten für Bestrebungen gegen den Bestand oder die Sicherheit der BRD oder gegen Verfassungsgrundsätze einzusetzen" ist die Floskel, die in diesen Strafgesetzen die Richtung markiert, die verfolgt werden werden soll. Eine absolute Verschärfung in dieser Richtung stellt das Kontaktsperregesetz dar, das Bundestag und Bundesrat am 29./29. September 1977 durchgezogen haben.

In dieser Woche wollen die bürgerlichen Parteien ein weiteres Bündel der verschiedensten Gesetzesverschärfungen verabschieden, um ihre Ausbeuterherrschaft mit Zähnen und Klauen vor den Massen verteidigen zu können. Nachfolgend sind verschiedene dieser Entwürfe dargestellt.

Kontaktsperregesetz

Die Bestimmung des §31 bezweckt die vollständige Isolation von Gefangenen. Er geht weit über den Fall hinaus, zu dessen Rechtfertigung die Bourgeoisie das Kontaktsperregesetz durchgezogen hat. Die einzelnen Voraussetzungen der Verhängung einer Kontaktsperre zeigen dies:

– Eine Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit der einen oder anderen Bourgeoisperson geht von einer revolutionären Organisation allemal aus.

– Das Gesetz setzt weiter voraus, daß eine „terroristische Vereinigung" der Ausgangspunkt der Gefahr sei: keine Schwierigkeit, zumal bei der terroristischen Vereinigung des § 129 a im Gegensatz zur kriminellen Vereinigung des § 129 kein Vorbehalt dergestalt gemacht ist, daß die Bestimmung keine Anwendung finde auf eine politische Partei, solange sie nicht verboten ist.

– Die Trennung jedes Gefangenen von jedem anderen Gefangenen und von der Außenwelt ist im Sinne der Bourgeoisie immer „geboten", um die Gefahr abzuwehren, weil nur die Einheit und der Zusammenschluß der Arbeiterklasse und der Volksmassen der Bourgeoisie Gefahr bringt.

Soweit also schon der „Normalfall" der Kontaktsperre. Die Formulierung des Gesetzes zeigt aber noch deutlicher die Absichten der Bourgeoisie: Nicht nur im Falle einer Verurteilung wegen einer Straftat nach § 129 a oder eines Haftbefehls wegen dringenden Verdachts einer Tat nach § 129 a soll die Kontaktsperre eintreten können, sondern auch dann, wenn Verurteilung bwz. dringender Verdacht wegen einer ganz anderen Tat besteht, diese aber ihrerseits „im Zusammenhang mit einer Tat nach § 129 a des Strafgesetzbuches" steht. Was aber steht nicht alles „im Zusammenhang mit einer Tat nach § 129 a des Strafgesetzbuches"? Was unmittelbar damit „in Zusammenhang" steht, hat ja der Strafgesetzgeber ohnehin schon in den verschiedenen Begehungsformen des Delikts nach § 129 a Strafgesetzbuch selbst erfaßt: „Wer eine Vereinigung gründet ... oder sich an einer solchen Vereinigung als Mitglied beteiligt, für sie wirbt oder sie unterstützt", alle die fallen nicht erst „in den Zusammenhang", sondern unmittelbar unter die Strafbarkeit einer terroristischen Vereinigung. Was heißt also Straftat „im Zusammenhang mit einer Tat nach § 129 a Strafgesetzbuch"? Das heißt schlicht Willkür, d.h. alles, was für die Bourgeoisie gefährlich wird und wegen der Gefahr in einem Zusammenhang steht. Damit sind die letzten Schranken gefallen.

Nach dem „Kontaktsperregesetz" stehen im Bundestag in dieser Woche weitere Verschärfungen des Strafrechts zur Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit der Bourgeoisherrschaft an. Mit welcher Hektik sie darangehen, zeigt, daß der Verteidigerausschluß seit 1975 jetzt bereits erneut ausgeweitet wird zur willkürlichen Handhabung der Strafprozesse gegen die Angeklagten.

Änderungen der Strafprozeßordnung

§§ 101 a, 105: Einrichtung von Kontrollstellen, an denen die Durchsuchung von allem und jedem möglich ist.

§ 112 Abs. 4: Führt die obligatorische Haft bei dringendem Verdacht eines Delikts gem. § 129 a (terroristische Vereinigung) ein. Die Möglichkeit einer Aussetzung des Haftbefehls unter Bedingungen soll ausgeschlossen sein.

§§ 163 b und c: Erweiterte Möglichkeiten der Polizei und der Staatsanwaltschaft zur Durchsuchung von Personen und Sachen an den einzurichtenden Kontrollstellen.

§§ 154, 154 a: Die Möglichkeiten, ein Verfahren einzustellen, sollen erweitert werden. Voraussetzung ist, daß wegen einer anderen Tat entweder ohnehin schon eine Strafe oder Maßregel der Besserung oder Sicherung rechtskräftig verhängt worden ist oder aber zu erwarten steht. Auf Verurteilung überhaupt soll also mitnichten verzichtet werden.

Eingestellt werden soll aber können, „wenn eine Verurteilung wegen dieser Tat in angemessener Frist nicht zu erwarten ist", d.h. wenn keine Beweise für die Anklage da sind oder wenn diese Beweise manche Unannehmlichkeit für die Bourgeoisie mit sich brächten.

§ 407: Der Erlaß von Strafbefehlen, also Verurteilungen ohne Hauptverhandlung, soll künftig nicht nur durch den Strafrichter, sondern auch durch den Richter des Schöffengerichts möglich sein. Der Entwurf bedeutet schlicht ein Mehr an Perfidie, weil er einzig und allein darauf abzielt, die Betroffenen durch die hinterfotzigen Fristvorschriften, die beim Einspruch gegen einen Strafbefehl zu beachten sind, hereinzulegen.

§ 29: Nach einem Ablehnungsgesuch soll, wenn sonst die Hauptverhandlung verzögert würde, bis zu zwei Tagen weiterverhandelt werden können, bevor über das Ablehnungsgesuch entschieden wird. Wo bisher sofort die Verhandlung abgebrochen werden mußte, bis über den Ablehnungsantrag entschieden war, wollen sie sich mit dem Entwurf aus dieser für sie taktisch ungünstigen Situation befreien und dem Angeklagten zumuten, noch ein paar Tage mit einem Richter weiterzuverhandeln, der eh schon mit aller Deutlichkeit herausgelassen hat, welches Urteil er vorhat.

§ 245: Die Möglichkeit der Verteidigung, eigene Zeugen und Sachverständige nicht nur durch Beweisantrag in das Verfahren einzuführen, dem das Gericht zunächst zustimmen müßte, sondern vom Recht der unmittelbaren Ladung von Zeugen und Sachverständigen durch die Verteidigung soll praktisch beseitigt werden.

Wo Rechtsanwalt Mahler 1968 Springer geladen hat oder in Prozessen gegen Gegner der Fahrpreiserhöhungen in Heidelberg der Heidelberger Oberbürgermeister Zundel durch die Verteidigung unmittelbar geladen worden ist, damit er zur Unverschämtheit der Fahrpreiserhöhung befragt werden kann, liegt eine große Gefahr für die Bourgeoisie. Sie soll mit dem Entwurf endgültig beseitigt werden. Damit soll gleichzeitig eine verbreitete praktische Vorwegnahme des Entwurfs durch die Gerichte, die bisher immer eine ziemliche politische Niederlage war, legalisiert werden.

§ 304: Beschwerde gegen Verfügungen des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof ist nur noch in bestimmten Fällen möglich. Der Entwurf vervollständigt die Isolationshaft, die durch das Kontaktsperregesetz legalisiert worden ist, indem er z.B. die Haftbedingungen regelnde Beschlüsse des Ermittlungsrichters der Beschwerde entzieht. Das ist das Idealbild des von jeder Beschwerde unabhängigen Richters.

§ 138 a: Der Verteidigerausschluß soll erleichtert werden. Ist nach dem bisherigen § 138 a erforderlich, daß der Verteidiger „dringend oder in einem die Eröffnung des Hauptverfahrens rechtfertigenden Grad verdächtig ist, an der Tat, die den Gegenstand der Untersuchung bildet, beteiligt zu sein ...", so sollen nach dem Entwurf „bestimmte Tatsachen" ausreichen, die „den Verdacht begründen", daß ...

Änderungen des Strafrechts

§ 86: Die Bestimmung enthält die Strafbarkeit der Verbreitung von Propagandamitteln einer verfassungswidrigen Organisation (nach ihrem Verbot). Abs. 3 der Bestimmung regelt, unter welchen Bedingungen dieses Propagandamaterial dennoch verbreitet werden kann (für Zwecke der staatsbürgerlichen Aufklärung, Kunst und Wissenschaft ...). Die CDU/CSU will hier noch den Zusatz „und durch sie nicht für den Inhalt des Propagandamittels oder für eine in Abs. 1 ... bezeichnete Partei, Vereinigung oder Organisation geworben wird". Dem Wortlaut nach handelt es sich nicht um eine erhebliche Veränderung. Der Entwurf verdeutlicht aber die Vorbereitungen der Bourgeoisie auf den Fall des Verbots. Für diesen Fall gibt sie sich alle Instrumente, um die verbotenen Organisationen auch tatsächlich unterdrücken zu können.

§ 110: Die Aufforderung zur Nichtbefolgung von Gesetzen ist ein alter Tatbestand des Reichsstrafgesetzbuches, der jetzt wieder aufgenommen werden soll. Er wurde früher „Aufreizung oder Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Obrigkeit" genannt. Das soll wieder eingeführt werden.

§ 113: Die Strafbarkeit von Widerstandshandlungen soll von zwei auf drei Jahre erhöht werden. Erhöhung der Strafbarkeit auch bei Führen von Waffen oder Körperverletzung des angegriffenen Polizisten usw.

§ 129 Abs. 6: Einführung des Kronzeugen, also der möglichen Straffreiheit desjenigen, der sich der Bourgeoisie unterwirft und auspackt.

§ 130 a: Hat bisher die Verbreitung von Schriften unter Strafe gestellt, die die Anleitung zur Begehung bestimmter Delikte enthielten. Nach den Vorstellungen der Christunion und nach den schüchternen Versuchen einiger Professoren soll auch die Verbreitung von Schriften verboten werden, die solche Gewalttaten „befürworten".

§ 194: Bestimmt das Strafantragserfordernis bei Beleidigung, auch bei Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener. Um den Witwen Bubacks, Pontos u.a. auch noch diese Mühe abzunehmen, soll in dem im Entwurf genannten Fall das Strafantragserfordernis entfallen, eine lex Bubackae.

Polizeigesetze

Bundestagsdrucksache 8/997 enthält den Entwurf der CDU/CSU für ein Bundespolizeigesetz, das dem in der Länderinnenministerkonferenz erarbeiteten einheitlichen Polizeigesetz entspricht und das auch für alle Sparten der Bundespolizei (vgl. § 1 des Entwurfs) gelten soll, also:

– Erweiterte polizeiliche Möglichkeiten der Personalienfeststellung an bestimmten, willkürlich festgesetzten Orten (z.B. Universitätsviertel).

– Erweiterte Möglichkeiten der erkennungsdienstlichen Behandlung „zur vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten".

– Erweiterte Möglichkeiten der Vorladung zur Polizei. Ein Grund der Vorladung *soll* angegeben werden, wird also nicht. Die Vorladung kann jetzt erzwungen werden, „wenn die Angaben zur Abwehr einer Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer Person erforderlich sind", sowie „zur Durchführung erkennungsdienstlicher Maßnahmen".

– Die Polizei soll einen Platzverweis aussprechen können „zur Abwehr einer Gefahr": Also wenn z.B. der Kommunistische Jugendbund sich vorgenommen hat, das Kommen und Gehen von Polizisten im 4. Polizeirevier zu Frankfurt zu beobachten, dann wird er einen Platzverweis nach § 15 bekommen.

– Die Durchsuchung von Wohnungen soll möglich sein, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, „daß Personen Straftaten verabreden, vorbereiten oder verüben".

– Der Todesschuß soll legalisiert werden (§ 45).

– § 46: Schußwaffengebrauch gegen Personen in einer Menschenmenge soll dann unzulässig sein, wenn die Gefährdung Unbeteiligter wahrscheinlich ist. „Unbeteiligte" im Sinne des Gesetzes sind nicht Personen in einer Menschenmenge, die Gewalttaten begeht oder durch Handlungen erkennbar billigt oder unterstützt, wenn diese Personen sich aus der Menschenmenge trotz wiederholter Aufforderung nicht entfernen.

– § 47: Maschinengewehre und Handgranaten dürfen nur gebraucht werden, um angriffsunfähig zu machen.

Änderungen des Versammlungsgesetzes

§ 2: Verbot des Waffentragens bei öffentlicher Versammlung und anderer Gegenstände, die dazu geeignet sein könnten (Transparentstangen). Verbot des Maskentragens (alles siehe Auflagen bei Demonstration gegen den § 218 oder jetzt bei der Demonstration gegen die Verbotsanträge gegen KBW, KPD und KPD/ML in Bonn).

§§ 5, 13: Erweiterte Eingriffs-, d.h. Verbotsmöglichkeiten, wenn der Leiter der Versammlung nicht freiwillig eingreift und derartigen Personen den Zutritt verwehrt oder sie ausschließt.

Personalausweisgesetz

§ 1: Einführung der Pflicht, den Personalausweis bei sich zu führen und ihn bei Übernachtungen in Hotels vorzulegen.

§ 2: In bestimmten Fällen soll im Personalausweis vermerkt werden können, daß er nicht zum Verlassen der BRD berechtigt.

Weitere Rechtsverordnungen sehen die Verpflichtung der Wirte vor, bei Übernachtungen sich den Personalausweis vorlegen zu lassen und die Meldeliste wieder einzuführen.

Er ölt den Rechtsstaat

Worte des Bundespräsidenten W. Scheel

Über das Grundgesetz, Hort der Reaktion

„Der Terrorismus ist ein schwieriges und weltweites Problem. Doch Angesichts solcher Probleme zeigt sich, so glaube ich, die demokratische Substanz eines Landes, eines Staates am deutlichsten. Sie können in diesen Tagen verfolgen, wie bei uns auf demokratische Weise darum gerungen wird, dieses furchtbare Problem zu lösen. Ein Patentrezept gibt es nicht. Manche Lösungsvorschläge mögen Ihnen, unseren ausländischen Gästen als ungenügend erscheinen. Und manche sind es wohl auch. Aber Sie werden keinen Vorschlag finden, der sich mit den Grundsätzen eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates nicht vereinbaren läßt."

Über die Fabrikausbeutung

„Die Demokratie aber geht davon aus, daß es das unveräußerliche Recht jedes einzelnen, seine ganz persönliche Angelegenheit ist, sein Ideal des Menschen zu verwirklichen – oder auch nicht. Nun wird gesagt: Das ist eine schöne Forderung. Aber können denn die Menschen, die Mehrzahl der Menschen, unter den gegebenen wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen Umständen das Ideal ihres Lebens überhaupt fassen und dann auch verwirklichen? Und darauf antworte ich: Sie können es – auf eine unvollkommene Weise."

Über die Pressefreiheit

„Gedanken dieser Art sind mir besonders heftig bei der Diskussion um den sogenannten ‚Buback-Nachruf' gekommen. Sie werden mir zustimmen, wenn ich sage, daß mir selten etwas Unappetitlicheres und Jämmerlicheres in die Hände gekommen ist. Gleichwohl bleibt festzuhalten, daß wohl noch kein Artikel des Theodor-Wolff-Preisträgers bei uns
Theodor-Wolff-Preisträgers bei uns
so intensiv in der Presse diskutiert worden ist wie dieses elende Machwerk. Mit der windigen Begründung, dergleichen müsse ‚zur Diskussion' gestellt werden, wird es wieder und wieder gedruckt, wird ihm eine Publizität verliehen, die in einem grotesken Mißverhältnis zu dieser schäbigen Auslassung steht."

Nur Mut, auch im Elend läßt sichs leben!

„In unserem Lande wird eine schon lange anhaltende kontroverse Diskussion geführt. Auch ich kann keine alle überzeugende Antwort geben. Ich meine jedoch, daß Lebensqualität nicht einfach, wie das lange geschehen ist, mit steigendem Wohlstand gleichzusetzen ist. Dies in einer Welt auszusprechen, in der soviel menschliches Leid, Krankheit, aber auch Aggression und Kriminalität durch Armut und soziale Not erzeugt werden, könnte wie eine Provokation klingen. Dennoch, dies wird immer deutlicher, wachsender Wohlstand ist kein Allheilmittel für menschliche Probleme. Die Frage nach Lebensqualität ist weitgehend eine Frage nach dem Selbstgefühl. Wer zu sich selbst ‚Ja' sagt, wer mit seiner Weise zu leben zufrieden sein kann, Lebenssinn erfährt, gewinnt eine positive Einstellung auch zum Mitmenschen und seiner Umwelt."

Entweder Unterwerfung oder Knute

„Sie haben sicher genau wie ich den Stammheimer Prozeß verfolgt. Was mich hier neben vielem anderem erschreckt hat, war, daß zwei völlig verschiedene Sprachen gesprochen wurden, zwischen denen keine Brücke mehr vorhanden war und zwischen denen keine Brücke mehr gebaut werden konnte. Gewiß, das ist ein Extremfall. Aber wenn ich mir bestimmte Reaktionen und Veröffentlichungen von Studenten und Professoren anschaue, dann kann ich die Gefahr nicht von der Hand weisen, daß sich die Wertsysteme in unserer Gesellschaft und damit auch die Sprache auseinanderentwickeln, so daß es immer schwerer wird, einander zu verstehen.

Wenn die Entfernungen zwischen den Wertvorstellungen ein bestimmtes Maß überschreiten, dann treten an die Stelle des Bemühens um Überzeugung die Feindschaft und der Haß. Und dann nützen auch die besten demokratischen Institutionen nichts mehr."

Verhandelt wird schon – Lohnforderung noch nicht aufgestellt

Die Stahlarbeiter müssen sich um die Forderung nach 220 DM mehr zusammenschließen

Am 11. Oktober hat die Tarifkommission der IG Metall für die Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens und Bremens getagt. Sie hat über eine Offerte des Kapitalistenverbandes verhandelt, umgehend Gespräche aufzunehmen. Diese gemeinsamen Gespräche sollen Ergebnisse beinhalten, „die der wirtschaftlichen Ausnahmesituation in der Stahlindustrie Rechnung tragen".

Was beabsichtigen die Stahlkapitalisten? Die Krise soll behoben werden. Die Krise, die „wirtschaftliche Ausnahmesituation", wie sie sagen, liegt darin, daß ihre Profitrate fällt. Sie liegt nicht darin, daß kein Stahl gebraucht wird auf der Welt, sondern darin, daß die kapitalistische Produktionsweise zur Überfüllung der Märkte geführt hat. Die Kapitalisten versuchen seit Jahr und Tag durch Preisabsprachen die Profite trotz stagnierender Produktion hochzuhalten. Kurz gesagt, es gibt zuviel Produktionskapazitäten für Stahl auf der Welt. Ein Teil der konkurrierenden Kapitale muß totgeschlagen werden, damit die verbleibenden wieder die steilen Profitsteigerungsraten von einst erreichen. Dies zu erreichen, das war die Absicht der Stahlkapitalisten das ganze Jahr über, das ist sie besonders in den anstehenden Lohnkämpfen.

Die Tarifkommission hat anstatt einer Forderungsaufstellung jetzt diesen Gesprächen zwischen Kapitalistenverband und IG Metall grünes Licht gegeben. Also wird vorderhand über die Behebung der Krise für die Stahlkapitalisten geredet werden durch die Sozialdemokraten. Sie haben ja auch in dieser Hinsicht Vorschläge entwickelt. Vorstandsmitglied Judith (zuständig für die Eisen- und Stahlindustrie) hält es für nötig, einer langfristigen Beschäftigungspolitik Vorrang vor allen anderen wirtschaftspolitischen Vorstellungen zu geben, auch wenn die Verluste der Stahlkapitalisten kurzfristig mit Subventionen gedeckt werden müßten.

Wohin wird das führen, wenn man sich auf diese Vorstellungen einläßt? Es wird dazu führen, daß die Stahlarbeiter einen beständig größeren Teil ihres Lohns zur Subvention der Profite der Kapitalisten aufbringen müssen. Einmal wird subventioniert, dann aus dem Lohnabzug der Arbeiter, den der bürgerliche Staat jeden Monat vom Bruttolohn einbehält. Die Geschenke, die der Staat den Kapitalisten durch Lohnabzug vom Arbeiterlohn vergibt, wird er sich zur Aufrechterhaltung seines Staatshaushalts wieder holen müssen, von wo sonst als vom Arbeiterlohn? Die Stahlkapitalisten haben auch schon die Höhe dieser Subventionen gegenüber den Ländern Nordrhein-Westfalen und Bremen angemeldet. Es müssen schon 150 Millionen sein, lassen sie verlauten, wozu die beiden Länder sich auch bereiterklärt haben. Nun sollen diese Subventionen Arbeitsplätze erhalten, sagen die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung. Wie aber handelt der Kapitalist: Was nützen 150 Millionen, wenn er sie lediglich dazu benutzen soll, die Arbeiter zu zahlen und Produktionsanlagen nicht verrotten zu lassen während der Zeit, in der kurzgearbeitet wird, weil er zu wenig Aufträge hat? Für ihn wären diese 150 Millionen nicht gewinnträchtig angelegt.

30% der Kapazitäten zur Stahlproduktion sind in Westdeutschland zuviel. Sie müssen brachgelegt werden ließen die Kapitalisten jüngst heraus. Das würde etwa 50000 Stahlarbeiter mit Rausschmiß bedrohen, sagen die Sozialdemokraten im IG-Metall-Vorstand. Und genau diesen Weg wollen sie gehen. Brachlegung von Produktionsanlagen, Entlassung des entsprechenden Teils von Stahlarbeitern bei gleichzeitiger Subvention. Dieses „Gesundstoßen" durch den Staat aus Lohngeldern, das ist der eigentliche Kern der Sache. Dies mitzumachen haben die Arbeiter der Stahlindustrie kein Interesse.

Jetzt finden die Gespräche zwischen Kapitalisten und IG-Metall-Vorstand statt. Die Sozialdemokraten werden die Forderung nach Subventionen unterstützen. Die Kapitalisten aber werden es nicht einsehen, warum die Stahlarbeiter hingegen Lohnerhöhungen bekommen sollen, die „diese Subventionen" wieder aufzehren. „Jedes Prozent ist zuviel", hat Spethmann vom Thyssen-Konzern schon frühzeitig bekanntgegeben. Die „Süddeutsche Zeitung" kennt die sozialdemokratischen Spitzenfunktionäre, sie hegt schon die Vermutung, wie es laufen wird: „Die IG Metall weiß natürlich, wie es mit Gewinn oder Verlust bestellt ist. Noch ist die Taktik der Gewerkschaft nicht zu erkennen. Wird sie sich die lohnpolitische Zurückhaltung durch Zusicherung der Arbeitgeber honorieren lassen, die Arbeitsplätze, soweit es irgend geht, zu erhalten?" Zusichern werden die Stahlkapitalisten sicher, solange auszubeuten, „soweit es irgend geht". Nur wird es irgendwann nicht mehr lohnen, und dann sind Entlassungen nicht mehr zu vermeiden. Einmal diesen Weg eingeschlagen, wird der Rausschmiß zur Schuld der Arbeiter selbst: denn die Subventionen waren zu niedrig, die Konkurrenz wurde mehr subventioniert, und die Löhne und Lohnnebenkosten sind immer noch zu hoch. Die Japaner hätten viel niedrigere, sagen die Kapitalisten. Eine Kette ohne Ende, auf die sich die Vertreterversammlung der IG Metall Dortmund eingelassen hat, wenn sie eine Entschließung fordert: „... Nachdem die bisher ergriffenen Maßnahmen der EG-Kommission zu keiner spürbaren Besserung geführt haben, ist nunmehr offenkundig, daß die deutsche Stahlindustrie dem Verdrängungswettbewerb staatlich subventionierter ausländischer Stahlindustrien nicht mehr auf sich allein gestellt standhalten kann. Die Vertreterversammlung der Verwaltungsstelle Dortmund, fordert daher von der Bundesregierung und der Landesregierung Nordrhein-Westfalen baldige und wirksame Unterstützung für die deutsche Stahlindustrie ..."

Die Stahlarbeiter müssen von den Interessen ihrer Klasse ausgehen. Die Profite der Kapitalisten stammen aus der Ausbeutung der Arbeiter selbst. Mit weniger Arbeitern mehr produzieren, das ist die Zielsetzung für die westdeutschen Imperialisten. Die Auffassung, dies sichere Arbeitsplätze, ist irrig und führt zur völligen Niederlage in dem anstehenden Lohnkampf. Sie muß bekämpft werden und kann nur bekämpft werden durch die Aufstellung der entsprechenden Lohnforderungen, mit denen die Stahlarbeiter die verlorenen Lohnsenkungen durch den letzten Tarifabschluß ausgleichen, um der Senkung des Lebensstandards entgegentreten zu können.

Die Sozialdemokraten und die DKP meinen, dies würde mit 10- bis 15-Prozent-Forderungen funktionieren. Funktionieren wird damit lediglich, daß die unteren Lohngruppen aus dem Tariflohngefüge noch weiter herausgedrängt werden und das Lohngefüge der Gesamtheit der Stahlarbeiter durch die stahltypischen Zulagen noch weiter zerklüftet wird, was die Spaltung noch mehr vertiefen wird.

Wir haben schon in der KVZ Nr. 39 dargestellt, daß diese Tendenz selbst bei einer Mindestforderung von 136 DM, wie sie in Bremen auf der Klöckner-Hütte von den Sozialdemokraten eingebracht worden ist, sich durchsetzen würde.

Gebraucht wird eine hohe Forderung, aber sie muß ein Festgeldbetrag in der Höhe von 220 DM sein, wenn sie die Spaltungen innerhalb der Belegschaften aufheben soll und den monatlichen Lohn einbringt, den die Arbeiterklasse braucht, um die Teuerung und den Lohnverlust durch den letzten Abschluß in der Stahlindustrie auszugleichen.

Möglich ist es in dieser Lage, sich auf den 220 DM zusammenzuschließen von der Arbeitsgruppe über die Halle und über den ganzen Betrieb. Daß es den Stahlarbeitern an den Hals gehen soll, haben die Kapitalisten das ganze Jahr über kein Hehl draus gemacht. Zu welchen Zugeständnissen die Sozialdemokratie bereit ist, hat sie den Stahlarbeitern 1967 offenbart, als vereinbart wurde, den Stahlarbeitern keine Erhöhung der Löhne für 12 Monate zuzugestehen. In diese Richtung marschieren die Kapitalisten mit den Gesprächen über „die wirtschaftliche Ausnahmesituation in der Stahlindustrie". Das kann schlimm ausgehen, wenn der Zusammenschluß nicht auf der Festgeldforderung von 220 DM organisiert wird. Gelingt der Zusammenschluß, dann kann dies zum Ausbruch großer Kämpfe führen gegenüber dem dreisten Vorgehen der Stahlkapitalisten, die Stahlarbeiter auf Gedeih und Verderb ihren Profitsteigerungen zu unterwerfen. Ohne Streik haben die Arbeiter der Stahlindustrie noch nie etwas erreicht. Wenn sie streiken, dann können sie sich durchsetzen. – (Z-Red.)

Wandzeitung gegen die Machenschaften der IGM-Führung

Bremen-Unterweser. Die Forderung des Vertrauensleutekörpers der Klöcknerhütte Bremen, 10%, mindestens 136 DM, wird strikt abgelehnt. Die Vertrauensleute und Kollegen, mit denen wir gesprochen haben, waren der Meinung, daß man unter solch einer Forderung keinen Kampf erfolgreich durchführen kann. Notwendig ist eine Festgeldforderung von 220 DM für alle. Nur so kann der notwendige Streik geschlossen und siegreich geführt werden.

Die Vertrauensleutebereichsversammlung im Kaltwalzwerk hat sich gegen die Taktik der IGM-Führung ausgesprochen, in der Tarifkommission keine Forderung aufzustellen, sondern auf das Angebot der Stahlkapitalisten zu warten. Ein Vertrauensmann machte den Vorschlag, sofort eine Resolution zu verabschieden, die sich dagegen wendet und klar macht, daß man sich das nicht gefallen läßt.

Im Kaltwalzwerk wurde von Arbeitern eine Wandzeitung gegen die Machenschaften der IGM-Führung aufgehängt. – (Betriebszelle Klöckner, Bremen)

Klöckner Osnabrück: Kapitalisten wollen Sozialplan und weitere Umbesetzungen durchsetzen

Osnabrück. Mit der Verabschiedung des Sozialplans zum 31.10. für Jahrgang 1918 werden 52 Arbeiter und Angestellte entlassen. Bereits im Dezember 1976 wurde über Sozialplan entlassen. Die Belegschaft wurde vom 31.8.76 bis 1.1.77 um 6,2% gleich 271 Arbeiter reduziert. Die Klöckner-Kapitalisten haben mit dem Sozialplan die Bedingung gestellt, daß weitere 22 Arbeiter von Osnabrück nach Georgsmarienhütte umbesetzt werden. Bereits über 100 Arbeiter sind in den letzten Monaten umbesetzt.

Mit Hilfe der Sozialdemokraten werden Spaltungslinien aufgebaut. Mit Argumenten wie „schlechte Lage, da kann man nichts machen" sollen die Arbeiter vom Kampf gegen die Kapitalisten runtergebracht werden. Bereits bei der letzten Aktion sollten fünf aus dem Elektrobetrieb umbesetzt werden. Überall wurde der Betriebsrat festgenagelt, dies zu verhindern. Es hatte Erfolg. Selbst der Betriebsleiter mußte eingestehen gegenüber der Werksleitung, daß jetzt schon zu wenig Leute da sind. Der Betriebsrat beschließt, daß keine weiteren Umbesetzungen erfolgen, bevor nicht der Stellenbesetzungsplan festgelegt ist.

bevor nicht der Stellenbesetzungsplan festgelegt ist.

Während der Verhandlungen über den Stellenbesetzungsplan stimmen die Sozialdemokraten dem Sozialplan mit der Bedingung der 22 Umbesetzungen zu. Der Betriebsrat erklärt, daß keine Arbeiter aus dem Maschinen- und Elektrobetrieb umgesetzt werden sollen. Eine Woche später stimmt er zu, daß zwei Elektriker umgesetzt werden. Zwischendurch wurden zwei wegen „Fehlzeiten" entlassen. Es wäre nicht mehr zu verhindern gewesen, er hätte sein Bestes getan, war seine Ausrede zur Entschuldigung. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht. Überall wurde der Betriebsrat sofort zur Rechenschaft gezogen. Die Debatten waren eindeutig. Fast alle haben sich dagegen ausgesprochen und es als große Sauerei bezeichnet, was gemacht wird. Für die betroffenen Arbeiter bedeutet es weniger Lohn und Dreischichtarbeit und für die anderen, daß die Arbeit gar nicht mehr zu schaffen ist.

„Aber wie und was dagegen unternehmen?", so stand die Frage in den Diskussionen. Der Betriebsrat stimmt ja einfach zu. Ein Arbeiter erklärte gegenüber dem Betriebsrat: „Man muß wieder auf die Barrikaden gehen." Ein Streik gegen die Maßnahmen der Klöckner-Kapitalisten ist das geeignete Mittel. Schnell kamen wir auf die Lohnrunde zu sprechen. Der Betriebsrat meinte: „Ist wohl nicht viel drin." Ein Arbeiter: „30 Pfennig in der Stunde soll dabei herauskommen, das ist zu wenig." „Es würde langsam Zeit, daß die Gewerkschaft mal wieder was tut, denn wofür bezahlen wir denn die Beiträge." Eine Lohnerhöhung ohne Streik wird es nicht geben, dies ist vielen klar. Die Maßnahmen der Klöckner-Kapitalisten können nur zurückgewiesen werden, indem man den Tarifkampf durch Streik vorbereitet. Festgestellt haben wir, daß es 200 DM mindestens sein müssen. Wir wollen einen Brief an die Tarifkommission verfassen. – (Betriebszelle Klöckner Osnabrück/Georgsmarienhütte)

60 Pfennig mehr gefordert

Westberlin. Im Siemens-Hausgerätewerk in Westberlin haben mehr als 200 Arbeiter eine Erklärung unterschrieben, in der sie die Forderung nach 60 Pfennig mehr Lohn in der Stunde für alle erheben und den Betriebsrat auffordern, eine Sitzung des Vertrauensleutekörpers einzuberufen, um über die Forderung und ihre Durchsetzung zu beraten. Der Betriebsrat hat jetzt die geforderte Vertrauensleutesitzung einberufen.

Kriegsproduktion ist Vorbereitung des imperialistischen Krieges

Seit 1866 Kriegsgeschäfte der MaK-Kapitalisten / Wer Panzer fährt, kann die Fahrtrichtung ändern – wer produziert, kann Schluß machen mit der Ausbeutung

Kiel. Bei der Maschinenfabrik MaK wird das Minensuch- und Abwehrsystem Troika gebaut. Einen Auftrag über 2 Milliarden DM erhielten die Kapitalisten neulich und 810 Panzer vom Typ „Leo 2". Von „Troika" ist die MaK Generalunternehmer, an der Leo 2-Produktion ist sie mit 45% beteiligt, die anderen 55% baut die Kraus-Maffei AG. „Von der Auftragsverteilung auf zwei Firmen verspricht sich das Bundesministerium für Verteidigung eine verstärkte Nutzung des im Norden wie im Süden der BRD vorhandenen Know-How", schreiben die „Kieler Nachrichten".

Die Entscheidung des Kriegsministeriums paßt sich ein in die Absichten der Bourgeoisie, Kiel erneut zum Kriegshafen als „Tor zum Osten" auszubauen:

- So baut HDW eine der bisher sechs Fregatten für die Marine.
- Der Kieler Hafen soll ausgebaut und vertieft werden auf 18 Meter.
- Zusätzlich zur Tirpitzmole soll die Stickenhörnmole, die bisher von der Marine und Privatschiffahrt benutzt wurde, vollständig zum Kriegshafen gemacht werden.

Die Anlieger haben den Kampf dagegen aufgenommen unter der Losung „Stickenhörn muß bleiben".

- Der Militärflugplatz Holtenau soll ausgebaut werden.

Die Rüstungsproduktion hat wieder die erste Stelle bei der MaK eingenommen, nachdem eine Zeitlang der Lokbau und der Maschinenbau dominierten. Der Anteil der Rüstungsproduktion am jeweiligen Auftragsbestand entwickelte sich von Dezember 74 30,4%, März 75 21,2%, Dezember 76 34% Februar 77 46,3%, September 77 67,3%.

Lange Tradition hat die MaK in der Rüstungsproduktion. Die Zeiten gleichen sich:

1866 Errichtung des Artilleriedepots in Friedrichsort, Ausrüstungs- und Reparaturwerkstatt, Entwicklung und Fertigung von Unter- und Überwasserwaffen
1891 Kaiserliche Torpedowerkstatt mit ca. 1000 Arbeitern
1918 Nach der Niederlage des deutschen Imperialismus im 1. Weltkrieg Umstellung auf Zivilproduktion
1919 Vereinigung der kaiserlichen Torpedowerkstatt mit 15 weiteren Staatsbetrieben zur „Deutschen Werke Kiel"
1922 Glühkopfmotoren und darauffolgend Dieselmotoren für die Küstenschiffahrt
1926 Wieder Entwicklung von Unterwasserwaffen
1936 Beginn der Konstruktion und Fertigung von Ausstoßrohren und Torpedos
1939 Vollständige Kriegsproduktion für die Hitlerarmeen: Dieselmotoren, Torpedos und Ausstoßrohre für Über- und Unterwasserschiff
1945 Demontage, Gründung der „Holnrog", Waggonreparatur für die Eisenbahn
1948 Gründung der MaK-Maschinenbau GmbH Kiel AG. Neubeginn der Lokomotiv- und Motorenproduktion
1958 Neuentwicklung und Rekonstruktion einzelner Torpedokomponenten. Entwicklung des Kampfpanzers „Leopard"
1961 Entwicklung des Torpedos „Nixe"
1964 Entwicklungsbeginn „Bergepanzer"
1968 Entwicklungsbeginn Brückenlegepanzer „Biber"
1970 Endmontage von ca. 1000 Schützenpanzern „Marder"
1973 Serienfertigung von „Biber"
1974 Fertigung des Kampfpanzers „Leopard A4"

Bisher wurden über 2000 Panzer für die Bundeswehr und die NATO-Armeen und über 80 Vordersektionen für westdeutsche und Export-U-Boote, die bei HDW produziert wurden, geliefert.

Insgesamt arbeiten in der Rüstungsproduktion 600 bis 800 Arbeiter von 3700. „Wir sind bei Auftragsschwankungen in gewissen Grenzen flexibel, weil ein sehr enger Austausch zwischen Marine- und Dieselmotorenmannschaft möglich ist. Das gleiche gilt für die Lokomotiv- und Panzerbauer wie auch für die Querschnittsabteilung." (Dr. Holtmeier, Geschäftsleitung MaK, in einem Interview mit „Wehrkunde" 11/76). Für die Arbeiter heißt das schon jetzt Umbesetzungen je nach Produktion und Auftragslage. Und zu gegebener Zeit läßt sich die gesamte Produktion vollständig auf Kriegsproduktion umschalten.

Die MaK-Kapitalisten berufen sich da stolz auf die Vergangenheit: „Ungeachtet ist das Werk an der Kieler Förde ständig gewachsen. Das Fertigungsprogramm ist nach wie vor auf Schiffahrt und Verkehr und Verteidigung ausgerichtet", verkünden die MaK-Kapitalisten in einer ganzseitigen Anzeige in den „Kieler Nachrichten" vom 18.6.77.

Kampf der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie und den 2. imperialistischen Weltkrieg

Dazu ein ehemaliger Arbeiter der „Deutschen Werke Kiel": „1932, in der Zeit der größten Arbeitslosigkeit, wurden die Panzerkreuzer A bei den „Deutschen Werken" und Panzerkreuzer B in Emden gebaut. Die Wohlfahrt wurde gekürzt. Ein Ehepaar bekam 11,80 RM pro Woche, eine alleinstehende Frau mit Kinde 3,50. Heute kürzt man wieder die Sozialhilfe und gibt Milliarden aus für die Rüstung.

Auch damals wurde die Lüge verbreitet, durch Rüstung würden Arbeitsplätze geschaffen und nicht der Krieg vorbereitet. Gleichzeitig wurden während des Baus des Panzerkreuzers A zu Weihnachten 1933 etwa 300 Arbeiter entlassen bei den ‚Deutschen Werken'. Es gab nur eine Partei, die KPD, die aufgedeckt hat, daß die Aufrüstung nur die Vorbereitung eines neuen Krieges war, und Demonstrationen der Arbeiter gegen den Bau der Panzerkreuzer und gegen den drohenden Krieg organisierte. Während des Krieges wurden von den Arbeitern Sabotageaktionen durchgeführt. Bei den ‚Deutschen Werken Kiel' machte ein russischer Zwangsarbeiter die Torpedogehäuse unbrauchbar und wurde von den deutschen Arbeitern gedeckt und vor den Nazis geschützt. So manches Torpedo wurde als Ausschuß produziert oder ging nicht los."

Auch heute wird uns die Aufrüstung wieder mit der angeblichen Sicherung von Arbeitsplätzen schmackhaft gemacht. Unterstützt werden die Kapitalisten dabei von den Sozialdemokraten. Zusammen mit anderen Betriebsräten von insgesamt zwölf Rüstungsbetrieben hat der sozialdemokratische Betriebsrat der MaK einen Appell an die Bundesregierung gerichtet, mehr Rüstungsaufträge zu vergeben und die Exportbeschränkungen bei Rüstungsgütern aufzuheben. Das soll der Sicherung der Arbeitsplätze dienen, sagen sie. Dies ist offensichtlich gelogen, wie der Rückgang der Belegschaftszahlen von 3819 im Dezember 1974 auf 3406 im Dezember 1976 deutlich zeigt.

Im Rüstungsgeschäft gelten die gleichen Gesetze wie in der Produktion von Motoren und Lokomotiven. Wer die Kunst der Schweißauspressung am besten beherrscht, kriegt die dicksten Profite und die staatlichen Aufträge. Daß die MaK-Kapitalisten die Verschärfung der Arbeitshetze bereits beim Ringen um die Aufträge einplanen, zeigt folgendes Schreiben an die Abteilungsleiter zur Aufnahme der Produktion „Troika":

„Der Terminplan weist für die wichtigsten Baugruppen die Ecktermine für die beteiligten Abteilungen und Betriebe aus. Als Durchlaufzeiten wurden Mindestzeiten verplant ..., daß auftretende Terminverzüge nicht mehr aufgeholt werden können und sich somit voll auf die Ecktermine auswirken würden ...!" Erhöhte Arbeitshetze und Entlassungen, so sieht die Lage auch in der Rüstungsproduktion aus. Alles andere sind Märchen der Kapitalisten. Die Bundesregierung hat sich von der günstigen Verteilung der neuesten Rüstungsaufträge viel versprochen wegen dem Know-How in Süden und Norden und setzt auf Spaltung der verschiedenen Belegschaften. Doch es gibt eine Weisheit der Arbeiterklasse: „Wer den Panzer fährt, kann die Fahrtrichtung ändern." – (Zelle MaK, Kiel)

BRD-Kapitalexport nach Österreich: Sprungbrett gen Osten

„Man kann ruhig behaupten: Österreicher und Deutsche kennen einander recht gut. Sie empfinden den andern eigentlich nicht als Fremdkörper. Sie hegen gewiß auch Affinität füreinander, wobei man in Österreich gelegentlich den Eindruck gewinnt, daß die Vorliebe der Deutschen für die Österreicher und für das ‚Österreichische' größer ist als umgekehrt." Dieser etwas hintersinnige Satz stammt aus einem Aufsatz in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ) über das Bild der Deutschen in Österreich. Er drückt etwas verquollen das Verhältnis von westdeutschem und österreichischem Imperialismus aus. Der westdeutsche Imperialismus sitzt dem österreichischen Imperialismus als Konkurrent, Gläubiger und Besitzer von großen Produktionsanlagen in Österreich im Nacken, und von Jahr zu Jahr steigt die Abhängigkeit des Landes vom BRD-Kapital. Bis zum 30.6.76 haben die westdeutschen Imperialisten für 1,552,2 Milliarden DM Fabrikgebäude, Grundstücke, Maschinen in Österreich gekauft. Das sind immerhin 3% aller westdeutschen Kapitalexporte. Insgesamt wurden in den letzten 20 Jahren 2700 deutsche Firmen in Österreich gegründet. Nach Angaben der Zeitschrift „Profil" beuten die westdeutschen Kapitalisten ungefähr 263000 österreichische Arbeiter direkt oder indirekt aus. Die geographische Lage des Landes ist für die westdeutschen Imperialisten günstig. Die Transportwege nach Westdeutschland sind kurz, so daß verschiedene Zulieferbetriebe errichtet worden sind, die Löhne in Österreich sind um knapp 30% niedriger als in der BRD, so daß die BRD-Imperialisten durch die Anlage von Kapital in Österreich der sinkenden Profitrate entgegenwirken wollen.

Andererseits nutzen die BRD-Imperialisten Österreich zum Ausbau ihres Ost-West-Handels, also ihres Versuchs, den Machtbereich des Sozialimperialismus ökonomisch zu zersetzen. Als Restteil der alten österreichisch-ungarischen Monarchie hat das Land noch verschiedene Handels- und Wirtschaftsbeziehungen insbesondere nach Osteuropa und in die Sowjetunion hinein, die trotz verlorener Weltkriege von Österreich erhalten und wieder ausgebaut worden sind.

Insbesondere nach der revisionistischen Entartung und der Machtübernahme der neuen Bourgeoisie in der Sowjetunion und anderen Volksdemokratien in Osteuropa hat sich Österreich zum Schnittpunkt für den „Ost-West-Handel" entwickelt. So gibt es kaum einen imperialistischen Konzern in Westdeutschland, der nicht seine Niederlassung oder Filiale hat in Österreich, über die zumindestens ein Teil seiner imperialistischen Expansion „gen Osten" abgewickelt wird.

Mittlerweile steht der BRD-Imperialismus offiziell an zweiter Stelle der Direktinvestitionen in Österreich, praktisch [illegible] aber wohl an erster. Nach offiziellen österreichischen Statistiken mit 35% aller ausländischen Direktinvestitionen, ein wenig davor die Schweiz und Liechtenstein und dahinter mit etwa 20% die USA.

Von den 100 größten Betrieben befinden sich 17 vollständig in deutscher Hand. Westdeutsche Monopole sind dabei vorherrschend wie zum Beispiel in der Elektroindustrie Siemens, AEG, Telefunken, Grundig. Die westdeutschen Chemiemonopole haben sich durch Firmengründungen in der Chemieindustrie Mehrheitsanteile gesichert, zum Beispiel an den Austria Faserwerken sowie Vianova Kunstharz AG.

Der Kapitalexport nach Österreich beschränkt sich keineswegs auf direkte Investitionen aus Westdeutschland. Der BRD-Imperialismus hat 4481 Mio. DM in der Schweiz investiert, wovon das wenigste dort angelegt wird, sondern über Holding-Firmen in anderen Ländern, zum Beispiel in Österreich. Mit Liechtenstein verhält es sich genauso, so daß der gesamte Kapitalexport des deutschen Imperialismus sich nochmals beträchtlich erhöhen dürfte und allemal die 50% überschreitet.

Grund und Boden wird von den deutschen Imperialisten nicht nur für Produktionsanlagen erworben, sondern oft auch, um die verschiedenartigsten Gelüste der Gattin und Söhne sowie des ganzen Lumpenpacks, was sie umgibt, zu befriedigen. Nach österreichischen Statistiken sind mindestens 10000 bis 12000 Hektar des Landes, also Wald und Seeufer, aufgekauft, nicht mitgerechnet die Aufkäufe durch Strohmänner und alten Adelsbesitz, zum Beispiel derer von Schaumburg-Lippe.

Der österreichische Markt wird von westdeutschen Waren überschwemmt, dazu kommen noch die Waren, die von Firmen in Österreich hergestellt sind, die in deutschem Besitz sind. Fast 40% der Importe kommen aus der BRD. Die Abhängigkeit des Landes vom BRD-Finanzkapital wird noch gesteigert durch die Vergabe von Krediten der BRD-Banken an die österreichischen Banken, Industriebetriebe und den Staat, im Jahre 1975 und 1976 15 Mrd. Schilling (das sind knapp über 2 Mrd. DM) – 30% aller Auslandskredite. Das BRD-Finanzkapital ist somit einer der Hauptgläubiger Österreichs. – (Z-Red.)

VW-Kapitalisten und Gewerkschaftssozialdemokratie: einmalige Abschlagzahlung von 75 bis 350 Mark

Die Große Tarifkommission der IG Metall tagt am Dienstag / Vertrauensleute sind gegen den Abschluß / Großbereichssitzung Nord am Montag

Am Donnerstag, den 12.10., hat die Verhandlungskommission der IG Metall mit dem VW-Vorstand den Paragraph 10 des Manteltarifvertrages über die Weihnachtsgeldzahlung neu ausgehandelt. Darüberhinaus wurde die Auszahlung eines einmaligen Abschlages zusammen mit dem Weihnachtsgeld vereinbart. Der Abschlag ist als Treueprämie nach Betriebszugehörigkeit gestaffelt und beträgt 75 bis 350 DM. Dies Ergebnis entspricht voll und ganz den Absichten der VW-Kapitalisten, den Lohnstandard der Arbeiter weiter zu senken. Einen Tag vorher noch hatten 60 Arbeiter aus der Halle 12 des Wolfsburger VW-Werkes einen Brief an die Verhandlungskommission der IG Metall verabschiedet und ihr auch zugeleitet, in dem die Forderung nach 600 DM auf den Tarif nochmals unterstrichen und die Bereitschaft bekundet wurde, für diese Forderung zu kämpfen.

Die 600 DM, also cirka 50 DM pro Monat, entsprechen in etwa dem Betrag, um den Schmücker die notwendige Höhe des letzten Tarifabschlusses hat drücken können. Die Auswirkungen des damaligen Abschlusses lassen sich deutlich ablesen: Allein aus der Halle 12 haben sich nach Angaben des Betriebsrates 200 Arbeiter „freiwillig" für die Nachtschicht gemeldet. Es fehlt vielen Arbeitern bereits am Nötigsten, das drückt sich darin aus.

Das jetzige Verhandlungsergebnis bringt den Arbeitern aber im Monat selbst mit Abschlag nur zwischen 14,40 DM in der niedrigsten Stufe und 29 DM in der höchsten Stufe mehr, ohne Abschlag gar nur zwischen neun und 24 DM. In einem Sonderdruck des „Wir Metaller" (Mitteilungsblatt der IG Metall) behauptet die Bezirksleitung, sie hätte wenigstens dem Wunsch der Arbeiter nach Einheit entsprochen: „Die bisherigen Gruppen I bis IV entfallen in Bezug auf Familienstand und Alter. Bestehen bleibt lediglich die Unterscheidung nach der Dauer der Werkszugehörigkeit. Mit dieser Änderung hat die IG Metall eine wesentliche Forderung durchgesetzt." Was auf den ersten Blick zu stimmen scheint, es gibt „nur" noch sechs verschiedene Weihnachtsgeldzahlungen nach dem neuen Manteltarifvertrag gegenüber neun nach dem alten, entpuppt sich auf den zweiten Blick als dreiste Lüge und zusätzliches Spaltungsmanöver, um das Verhandlungsergebnis auf der Großen-Tarifkommissions-Sitzung am Dienstag, den 18.10., unter Dach und Fach zu bringen: Die Spaltung unter den Arbeitern entsteht nämlich letztendlich nicht durch die verschiedenen Gruppen, nach denen das Geld ausgezahlt wird, sondern nach den verschiedenen Höhen dieser Auszahlungen. Hier ist die Spanne zwischen der höchsten und niedrigsten Weihnachtsgeldzahlung um 31 DM größer geworden, mit dem Abschlag gar um 275 DM. Man sieht gleich, die Zahlung des Abschlags ist extra darauf berechnet, die Spaltung der Arbeiter im Tarifkampf zu Anfang nächsten Jahres zusätzlich gewaltig zu vertiefen. Im nächsten Jahr, wenn der Abschlag nicht mehr gezahlt wird, zeigt sich, was die Sozialdemokraten unter Einheit der Arbeiter verstehen: Die verheirateten Arbeiter mit Kindern haben dann nämlich tatsächlich keinen Pfennig mehr Weihnachtsgeld als nach dem alten Tarifvertrag erhalten. Einheitlich elend soll es den Arbeitern gehen, denn die Kapitalisten haben bisher Familienzuschläge gerade deshalb gezahlt, um den Lohn der Arbeiter auf ein Niveau drücken zu können, daß vielleicht gerade noch seine Ernährung, nicht aber seine Reproduktion sichert. Jetzt, wo dieses Niveau erreicht ist, finden die Kapitalisten offensichtlich die Zeit für gekommen, auch diese Zuschläge noch zu streichen.

Unter den Arbeitern herrscht wegen dieses Verhandlungsergebnisses große Empörung. Die Vertrauensleute aus Halle 12 des Wolfsburger Werkes lehnen das Verhandlungsergebnis mehrheitlich ab. Für Montag, den 17.10., ist eine Großbereichssitzung Produktion Nord einberufen, um über das weitere Vorgehen im Lohnkampf zu beschließen. Über die Forderung, auf der dies geschehen soll, gibt es allerdings unterschiedliche Auffassungen. Welchen Grund aber sollte es geben, die Forderung nach 600 DM auf den Tarif für alle gleich aufzugeben? Sie entsprechen gerade dem, was nach dem Lohnraubabschluß vom März des Jahres nötig ist, nach wie vor ist die Lage in der Automobilindustrie so, daß Schmücker auf keinen Fall einen Streik gebrauchen kann. Wenn er ihn kriegt, wird er zahlen. Dies ist die Ausgangsposition, von der auch der Kampf um eine Tariferhöhung von 220 DM im Frühjahr erfolgreich geführt werden kann, weil die Einheit der Arbeiter so tatsächlich gestärkt ist. – (VW-Zelle Wolfsburg)

IG Druck-Gewerkschaftstag: Fünf Landesbezirke fordern 7-Stunden-Tag

Durch den Streik im Tarifkampf im letzten Jahr und die Streiks in diesem Jahr gegen die Entlassungen und Rationalisierung wie beim Bremer „Weser Kurier" ist die klassenkämpferische Linie in der IG Druck gestärkt worden. Das zeigen die Anträge an den 11. Gewerkschaftstag, der am Sonntag begonnen hat und eine Woche dauert. Die Landesbezirke Hessen, Niedersachsen, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Westberlin fordern die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich: „Die rasante technische Entwicklung, verbunden mit der ständig wachsenden nervlichen Belastung für die Beschäftigten, sowie die fortlaufende Entlassung von Arbeitskräften in unseren Industriezweigen verlangen zum Zwecke der Gesunderhaltung der Beschäftigten" die Einführung des 7-Stunden-Tages, heißt es in der Begründung des Landesbezirks Westberlin.

Neben den Anträgen, die auf die Einheit der Druckarbeiter im Kampf gegen die Druckkapitalisten zielen, wie der Forderung nach Streikrecht für Lehrlinge (Landesbezirk Niedersachsen), dem Austritt aus der Konzertierten Aktion und der Streichung der Hilfsarbeiter-Lohngruppen I und II in der Druckindustrie sowie V und VI in der Papierverarbeitung (Landesbezirk Baden-Württemberg), gibt es viele Anträge, die auf die Herstellung der Einheit des ganzen Volkes gegen den bürgerlichen Staat gerichtet sind: „Der Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier protestiert gegen die Verabschiedung des 14. Strafrechtsänderungsgesetzes durch den Deutschen Bundestag, weil mit diesem Gesetz zum ‚Schutz des Gemeinschaftsfriedens' literarische, wissenschaftliche und publizistische Freiheiten entscheidend eingeschränkt werden" (dju-Bundeskonferenz); „Der 11. ordentliche Gewerkschaftstag fordert die Aufhebung der Berufsverbote und die Beendigung jeder Bespitzelung von Arbeitern, Angestellten und Beamten. Alle Gesetze und Erlasse, die eine solche Praxis ermöglichen, sind zu beseitigen" (Bundesfrauenkonferenz); „Der Hauptvorstand wird aufgefordert, sich für die ersatzlose Streichung des § 218 Strafgesetzbuch einzusetzen" (Landesbezirk Baden-Württemberg); „Der 11. o. Gewerkschaftstag der IG Druck protestiert gegen die geplante Mehrwertsteuererhöhung von 11% auf 13%" (Landesbezirk Hessen).

Unter dem Druck der Bewegung der Druckarbeiter, den Kampf gegen die Kapitalisten bewußt zu führen, hat die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung nicht verhindern können, daß viele richtige Anträge die sozialdemokratischen Hürden auf den Landesbezirksdelegiertenkonferenzen genommen haben und auf dem Gewerkschaftstag zur Abstimmung stehen. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung ihrerseits will mit ihren Anträgen zur Mitbestimmung die Klassenversöhnung predigen und damit die Arbeiter weiter dem Lohnsystem unterwerfen.

Ein wichtiger Gradmesser für die Stärke der klassenkämpferischen Bewegung gegenüber der sozialdemokratischen Politik der Klassenversöhnung sind die Anträge der Bundesjugendkonferenz und des Landesbezirks Bayern nach Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse.

Die Stärkung des proletarischen Internationalismus als Bestandteil der Politik der Gewerkschaft fordert der Antrag des Landesbezirks Westberlin: „Der 11. o. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier erklärt sich solidarisch mit allen Völkern, die für ihre politische und ökonomische Unabhängigkeit und die Beseitigung des Kolonialismus und Imperialismus kämpfen. Wir unterstützen sie in ihrem Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrükkung. Wir fordern die Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten, deren unverzichtbarer Bestandteil die Legalisierung der Gewerkschaften ist." – (Z-Red.)

Einführung der Schreibnorm zurückgeschlagen

Westberlin. Der Westberliner Senat hat im Oktober letzten Jahres ein Programm verabschiedet, die „Giftliste", das die Streichung von 2600 Stellen im öffentlichen Dienst vorsieht. Allein 1000 Stellen davon sollen bei den Schreibkräften wegrationalisiert werden. Auch am Bezirksamt Kreuzberg sind Stellenstreichungen bei den Schreibkräften geplant. Durchsetzen will das Bezirksamt die Streichungen über die Einführung einer Norm von 30000 Anschlägen pro Schreibkraft und Tag, was durch eine Arbeitsplatzüberprüfung vorbereitet werden soll. Dabei sollen eine Zeitlang die tägliche Anschlagsleistung ausgezählt sowie die Pausen und Toilettengänge gemessen werden.

Maschinenschreiben, besonders über Phonoplatte, ist Schwerstarbeit. Ständiges Sitzen in unveränderter steifer Haltung vor der Schreibmaschine erzeugt Verkrampfungen der Muskeln im Genick und Rücken, Rückgratschäden sowie Deformationen und Abnutzung der Fingergelenke. Die Arbeit ist ungeheuer eintönig. Die auf Phonoplatten gesprochenen Texte werden über Kopfhörer abgehört und getippt, da gibt es keine Abwechslung, acht Stunden täglich.

Eine von einer ÖTV-Kommission am Bezirksamt Kreuzberg angestellte Untersuchung ergab für einen Schreibdienstbereich:

– Die Arbeitsbelastung ist zwischen 1970 bis 1976 um ungefähr 35% gestiegen, während die Zahl der im Schreibdienst Beschäftigten von 1967 bis 1976 von 172 auf 123 gesunken ist.

– Seit 1968 ist der Krankenstand um mehr als 50% gestiegen.

– Seit 1970 sind 10 Schreibkräfte aus gesundheitlichen Gründen ausgeschieden.

– Drei Schreibkräfte sind aufgrund der jahrelangen Schreibarbeit zu 50% schwerbeschädigt.

– Ungefähr 25% der Beschäftigten erhalten BAT IX, der Rest BAT VII. Für eine 30jährige Angestellte mit BAT IX sind das ca. 1100 DM netto monatlich.

Als die Senatspläne bekannt wurden, entwickelte sich unter den Schreibkräften sofort Widerstand. 35 Beschäftigte forderten vom Personalrat eine sofortige Teilpersonalversammlung, die auch einberufen werden mußte. Allerdings erklärte der sozialdemokratische Personalrat dort, die 30000 Anschläge seien schon zu schaffen, wenn nur die Arbeitsbedingungen verbessert würden, wie schallschluckende Wände, Türen und Dekken, Teppichböden und Schreibvorlagehalter etc. Das stieß auf einhellige Empörung bei den Anwesenden, 30 von ihnen schickten einen Brief an die beiden ÖTV-Zeitungen, in dem sie darstellten, daß sie die Rationalisierungspläne nicht hinnehmen werden. Die ÖTV wurde aufgefordert, Kampfmaßnahmen einzuleiten. Als der Bezirksvorstand den Kampf nicht entschieden unterstützte, wurde beschlossen, eine selbständige Plakataktion durchzuführen. 12 riesige selbstgemalte Plakate, die die Zustände im Schreibdienst enthüllten und die Senatspläne angriffen, wurden gegen den Widerstand des ÖTV-Betriebsgruppenvorstandes auf Beschluß des Vertrauensleutekörper überall im Bezirksamt aufgehängt. 10 Angestellte beteiligten sich mit einem Transparent „Gegen weitere Verschärfung der Arbeitshetze: Weg mit den geplanten Normen im Schreibdienst!" an einer Demonstration gegen die geplanten Bettenstreichungen.

Bis heute hat der Dienstherr es nicht gewagt, mit den Arbeitsplatzüberprüfungen zu beginnen.

Der Dienstherr ist zurückgewichen, die angestellten Schreibkräfte festigen ihre Einheit. Für die Personalratswahlen im Dezember steht ein Programmvorschlag gegen die kapitalistische Rationalisierung, für gewerkschaftliche und politische Freiheiten im öffentlichen Dienst. Eine eigene Kandidatin für die ÖTV-Liste ist aufgestellt. Die Forderung nach 200 DM mehr und 1500 DM Steuerfreibetrag wird erhoben. – (Zelle Kreuzberg 61, Westberlin)

Kapitalistische Rationalisierung im Büro – der Bourgeoisie schwebt Großes vor

„Für alle Bereiche der Büroarbeit stehen in den 80er Jahren gewaltige Veränderungen bevor, die die Arbeitsplätze nicht unberührt lassen", verkündet das „Handelsblatt" in der letzten Woche.

Wie diese Veränderungen aussehen sollen, darüber hat die Borgeoisie Anfang Oktober beraten auf einem Kongreß in Köln. Das Ergebnis: Erhöhter Kapitaleinsatz über Anwendung moderner Textverarbeitungsmaschinen und Schreibautomaten und „Taylorisierung" der Büroarbeit, d.h. Einführung von Akkordsystemen und Arbeitsplatzbewertung.

Die Kapitalisten bedrücken die toten Kosten, also der Zirkulation dienende Ausgaben, die ihnen das Kapital nicht vermehren helfen. In der Hauptsache handelt es sich dabei um Lohn. 80% mache der Lohn aus von den Kosten eines Schreibplatzes, empört sich die „Wirtschaftswoche". Änderung ist nötig. Zum Beispiel mit Hilfe der Textverarbeitungsmaschine 8815 von Nixdorf: „Wer das Nixdorf-Gerät für rund 50000 Mark kauft, kann durch die Entlassung von drei Schreibkräften schon im ersten Jahr der Anschaffung das Doppelte des Einkaufspreises sparen." Die von den Angestellten verplemperte Zeit für Kaffeekochen, Schminken, aber auch Fehlerkorrektur, Einspannen des Papiers entfalle. Die Lügenpropaganda von der „Gemütlichkeit des Bürolebens" soll die Angestellten in den Schreibbüros abspalten von den Arbeitern und die Erfahrungen der bereits enorm verschärften Auspressung der Arbeitskraft zuschütten.

Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Bereich Organisation/Verwaltung/Büro

	Arbeitslose insgesamt	Büro Verwaltung Organisation	in %
1969	178597	21448	12,0
1970	148846	16480	11,1
1971	185072	18725	10,1
1972	246433	28174	11,4
1973	273498	36846	13,5
1974	582481	61304	10,5
1975	1074217	119463	11,1
1976	1060336	178380	16,8
1977 Jan.	1248918	180038	14,4
1977 Juli	972624	169952	17,5

Quelle: Statistische Jahrbücher der BRD

Vor ca. zehn Jahren wurde das Diktat nach Band eingeführt. Dem folgte die Einrichtung der Schreibbüros. Kam vorher auf jeden Sachbearbeiter eine Schreibkraft, so erledigen jetzt 15 Schreibkräfte die Arbeit für 180 Diktanden. Die Anschlagszahl ist durch Antreiberei und verschärfte Überwachung um ein Drittel erhöht worden. In vielen Firmen wurden Prämiensysteme eingeführt – das heißt niedriges Grundgehalt, Prämie ab 35000 Anschläge – sowie die Briefe standardisiert. Tausende sind über diese Maßnahmen von der Bourgeoisie in die Reservearmee gestoßen worden. Von 1970 bis 1976 hat sich allein die Zahl der Maschinenschreiberinnen um ca. 40000 reduziert. Jetzt sollen die Schreibautomaten durchgesetzt werden. Sie ermöglichen die Erledigung mehrerer Arbeitsgänge zur gleichen Zeit. Die bürgerlichen Arbeitswissenschaftler preisen das an als Möglichkeit zur Aufgabenerweiterung (job enlargement), Kombination mehrerer Arbeitsvorgänge zu „einem sinnvollen Arbeitspaket". Es ist nichts anderes als Verschärfung der Arbeitshetze und weitere Degradierung des Menschen zum Anhängsel der Maschine. „Auf jeden Fall sei es falsch, von einer Million Arbeitsplätzen zu sprechen, die den bevorstehenden Rationalisierungsmaßnahmen der 80er Jahre zum Opfer fallen würden", konstatiert der „Tagesspiegel" als Kongressergebnis. Genau das schwebt der Bourgeoisie vor. Der Siebenstundentag, das Verbot der Akkordarbeit und der Überstunden können ihr Grenzen setzen. – (N-Red)

„Die 40-Stunden-Woche muß sofort erkämpft werden“

Interview mit einem ehemaligen Seemann

Die Seeleute kämpften für die 40-Stundenwoche. Was macht diesen Kampf so notwendig?

Du hast als Wachgänger eine volle Woche, d.h. sieben mal acht Studen, 56 Stunden. Wachegehen bedeutet, daß sich der Tag praktisch zweiteilt. Wenn du z.B. morgens von 8 bis 12 Uhr Wache gehst, machst du abends das gleiche, also von 20 bis 24 Uhr. Durch dies System wird aber der natürliche Rhythmus vollständig durcheinander gebracht. Du kannst nach der Wache nicht einfach schlafen. Man braucht durchschnittlich zwei bis drei Stunden, um in Schlaf zu kommen. Manche Kollegen machen's mit Alkohol. Du arbeitest, schläfst schlecht, arbeitest usw. Alle sozialen Kontakte gehen dir an Bord natürlich flöten. Mit allen Kollegen kommst du sowieso nie zusammen. Eine technische Notwendigkeit für diesen Schichtdienst gibt es an Bord nicht.

Der Wachablauf geht so weiter, solange ich auf See bin. Die bisherige Manteltarifregelung sieht dafür einen sogenannten Ausgleich vor. Für einen Monat Dienst bekommst du neun Tage bezahlten Urlaub. Wenn du bedenkst, daß in der Regel Sonnabend und Sonntag an Land arbeitsfrei sind, so kommst du pro Monat auf *einen* effektiven Urlaubstag. Aber das ist noch nicht alles. Diese Rechnung setzt voraus, daß alle Arbeit, die anfällt, innerhalb der Wachzeit erledigt werden kann. Das ist aber kaum der Fall. In der Regel mußt du zutörnen, weil ständig Reparatur- und Überholungsarbeiten anliegen. Dazu kannst du verpflichtet werden. Im Extremfall kannst du verknackt werden, wenn du wegen Übermüdung deinen Schlaf suchst. Da brauchst du nur ins Seemansgesetz reinzugucken. Hinzu kommt, daß du noch zusätzlich zu Manöverwachen herangezogen werden kannst. Z.B. werden bei Manöverfahrten von Elbe 1 nach Hamburg die Wachen doppelt besetzt, weil selbst die Schiffe, die sonst automatisch gefahren werden, z.T. mit der Hand gefahren werden müssen. Bei langen Manöverfahrten kann es passieren, daß du gar nicht mehr zu deinen acht Stunden Freizeit kommst, sondern in einem durcharbeitest. Ich hab das selbst erlebt auf dem St.Lorenz-Strom in Kanada. Im übrigen geht der Wachtörn auch im Hafen weiter. Du mußt sogar noch mehr zutörnen, weil im Hafen naturgemäß die großen Reparaturarbeiten gemacht werden müssen.

Neben dem mörderischen Arbeitsrhytmus hast Du an Bord weitere schwere Arbeitsbedingungen, z.B. Hitze, Lärm.

Du mußt wissen, der Klimawechsel erfolgt ungeheuer rasch. Im Winter gehts los, ein paar Tage später bist du in den heißen Tropen. Ich habe Wasseraußentemperaturen von 28 Grad C erlebt. Ein Wärmeaustausch kann da kaum mehr stattfinden.

Es gibt Zeiten, da steigt die Temperatur im Maschinenraum auf über 50 Grad. Hinzu kommt die Luftfeuchtigkeit. Der Lärm ist unerträglich. Zunächst der Lärm von 10000 PS-Maschinen, dann die Abgasturbinen, mit denen die Motoren dieser Größenordnung ausgestattet sind. Die Turbinen drehen 5000 U/Minute. Es ist bekannt, daß die ständigen Schwingungen von Gasturbinen dazu geführt haben, daß Maschinenraumleute nicht mehr gehen konnten, weil durch die hohen Schwingungen die Schmierschicht zwischen Kniegelenk und Pfanne im Knie durchgeschlagen worden war. Heute sind diese Kollegen Invaliden.

Hamburg. Die ÖTV-Bundestarifkommission der Abteilung Seehäfen hat ihren Vorschlag für die Lohntarifrunde 1978 vorgelegt. Sie schlägt vor, die Grundstundenlöhne um 8,5% zu erhöhen. Für die Verhandlungen zur Lohnstruktur wird die Reduzierung der unteren Lohngruppe II von einem Jahr auf drei Monate (Probezeit) gefordert, anstatt die völlige Streichung zu fordern. Die Lohngruppe VI (Vorarbeiter) soll jetzt aufgespalten werden in VI, VII und VIII. Die Bundestarifkommission wird auf ihrer Sitzung am 29.10. einen endgültigen Vorschlag an den geschäftsführenden Hauptvorstand machen unter Einbeziehung der „Stellungnahmen aus den Betrieben“.

Wie ist der Kampf gegen diese Auswirkungen zu führen?

Der Kampf für die 40-Stunden-Woche ist richtig. Es ist eine alte Gewerkschaftsforderung und es ist tatsächlich so, daß die gesundheitlichen Schäden, die durch die gegenwärtigen Arbeitsbedingungen hervorgerufen werden, durch mehr Geld nicht aufgefangen werden können, sondern nur durch Einschränkung der Arbeitszeit. Als erstes muß die 56-Stunden-Regelung abgeschafft werden. Das würde erforderlich machen, daß die Schiffsbesatzungen entsprechend höher werden. Ich kenne Länder, die mit doppelten Besatzungen fahren, etwa mit 60 Mann auf einem 10000 t-Frachter. Das sind Schiffe aus der Volksrepublik China. Die westdeutschen Reeder wollen den Weg gerade andersrum gehen. Die 33000 Seeleute, die gegenwärtig auf westdeutschen Schiffen registriert sind, sind der Rest einer gewaltigen Rationalisierungswelle. Vor zehn Jahren gab es mehr als doppelt soviel Seeleute. Die heute noch da sind, tun umso mehr. Dem müssen wir im jetzigen Tarifkampf Einhalt gebieten. Die 40-Stundenwoche muß sofort erkämpft werden. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe)

35-Stundenwoche gefordert

Bremerhaven. „Der ÖTV-Arbeitskreis Erziehung begrüßt den Beschluß des Gewerkschaftstages der IG Metall, die Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich zu fordern. Auch die Gewerkschaft ÖTV muß sich mit allen Kräften dafür einsetzen, daß die 35-Stundenwoche bzw. der Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich für alle Lohnabhängigen durchgesetzt und gesetzlich verabschiedet wird.“ Dieser Antrag wird auf der Personalversammlung gestellt, der ersten im Bereich Kindertagesstätten, die nur erzwungen werden konnte durch eine Unterschriftensammlung. Die Bedingungen in den Kindergärten werden unerträglich, seit dem 1.8. sind die neuen Heimrichtlinien in Kraft, die festlegen, daß nur eine sozialpädagogische oder pflegerische Fachkraft in einer Gruppe von 20 Kindern erforderlich ist. An bisher 190 Arbeitstagen in diesem Jahr haben in einem Kindergarten an 179 Tagen Erzieher gefehlt.

Lohnkampf in der Papierindustrie

Osnabrück. Am 14. Oktober hat für den Bezirk Niedersachsen/Schleswig-Holstein der zweite Verhandlungstermin im diesjährigen Papiertarifkampf stattgefunden. Die IG Chemie, Papier, Keramik hat eine Forderung von 9% und 60 DM Ausbildungsvergütung aufgestellt. Die Papierkapitalisten haben ein „Angebot“ von 3,7% vorgelegt. Sie jammern über die „schlechte Auftragslage“. Tatsache ist, daß es den Papierkapitalisten gelungen ist, die Auspressung der Arbeitskraft in der Papierindustrie weiter zu verschärfen. In den Monaten Januar bis Juli 1977 hat die Papier- und Pappeproduktion gegenüber dem Vorjahr um 3,1% zugenommen bei 3300 Beschäftigten weniger. 1976 ist in Niedersachsen der Umsatz pro Beschäftigten um 30,4% gestiegen, während die Zahl der Beschäftigten um 6% abgenommen hat. Die Taktik der Papierkapitalisten ist, mit Entlassungsdrohung und Ankündigung von Kurzarbeit die Belegschaften unter Druck zu setzen. Die Tariflöhne in der Papierindustrie sind äußerst niedrig. Bei Kämmerer, einer Papierfabrik in Osnabrück, liegt der Stundenlohn ohne Prämie und Schichtzulagen in Lohngruppe IV, in der die meisten Arbeiter eingestuft sind, bei 7,36 DM. Ein Papiermacher im Durchfahrbetrieb in Lohngruppe IV erhält durch Schicht und Sonntagszulagen ca. 700 DM mehr brutto bei einem Stundenlohn von 9,02 DM (Tariflohn plus 22% Prämie), im Schnitt 2200 DM brutto. Netto bleiben davon 1500 DM. Nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben erhält er also unter dem Strich ziemlich genau das, was er bei 168 Stunden Normalarbeitszeit brutto verdienen würde. Nicht nur, daß die Arbeitskraft in Nacht-, Schicht- und Sonntagsarbeit verschlissen wird, was über diese Zuschläge herausgeholt wird, zieht der bürgerliche Staat hinterher über Steuern und Sozialabgaben wieder ab. Diese Lage macht deutlich: Ohne einen Festgeldbetrag von 200 DM kann der Verelendung keine Schranke gezogen und die Einheit der Belegschaften nicht hergestellt werden.

Wie lang ist eine Stunde?

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung Ehrenberg hat in einem Schreiben an die Länderminister und Senatoren erklärt, daß eine Stunde 60 Minuten lang ist: „Bei der Definition der ‚Stunde‘ ist vom Begriff der Stunde im Sinne der DIN-Norm 1355 Blatt 1 auszugehen.“ Zu den Schwierigkeiten, was denn eine Stunde ist, sind die Länderminister in diesem Jahr getrieben worden, als sie an den Berufsschulen für die Auszubildenden die 5/7-Stundenregelung eingeführt haben, wobei die Jugendlichen nach dem fünfstündigen Berufsschultag wieder zur Arbeit gehen sollten. Dagegen hatte es Kampf gegeben. Die Bourgeois haben es jetzt schriftlich, daß ihre Aktion gegen die Jugendlichen laut Jugendarbeitsschutzgesetz rechtens gewesen ist.

Im Jugendarbeitsschutzgesetz heißt es: „(Der Arbeitgeber) darf den Jugendlichen nicht beschäftigen ... an Berufsschultagen mit einer Unterrichtszeit einschließlich der Pausen von mindestens fünf Stunden.“ Da jetzt geklärt ist, daß eine Stunde 60 Minuten, 5 Stunden also 300 Minuten sind, werden die Kapitalisten nachsetzen wollen, um in 299 Minuten den Unterricht und die Pausen absolvieren zu lassen, um anschließend den Jugendlichen im Betrieb für sich arbeiten zu lassen. Die Vereinheitlichung der Kapitalisten auf dieses Vorhaben ist eingeleitet: In der „Niedersächsischen Wirtschaft“, Zeitschrift der niedersächsischen IHKs, wird das klärende Wort Ehrenbergs entsprechend gewürdigt. Die Jugendlichen setzen den Kampf fort: Der Kreisjugendausschuß der ÖTV-Kreisverwaltung Osnabrück fordert für den neuen Manteltarifvertrag u.a. die Arbeitsbefreiung nach dem Berufsschulunterricht. – (N-Red.)

Gegen Besoldungsgesetz

Frankfurt. Die GEW-Schulgruppe am Abendgymnasium hat die Beschlüsse der Vermittlungsausschüsse über das 6. BBerhGG diskutiert. Nachdem die Bundesregierung die geplante Kürzung der Anwärterbezüge nicht durchsetzen konnte, liegt jetzt eine Allparteienempfehlung vor, die Anwärterbezüge auf die Höhe der Graduiertenförderung (800 DM) zu senken. Das sind Lohnkürzungen bis zu 400 DM. Alle Kollegen nahmen Stellung gegen diese Pläne und forderten den Bezirksverband der GEW Frankfurt auf, schnellstens eine Veranstaltung unter den Lehrerstudenten an der Universität durchzuführen.

Streichung der übertariflichen Zulagen: 500 DM weniger Lohn

Erneuter Versuch, die kampferfahrene Belegschaft zu schlagen / 19.10. ÖTV-Vertrauensleuteversammlung

Delmenhorst. Die Stadtverwaltung Delmenhorst ist entschlossen, den Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst Lohngelder zu rauben. Alle übertariflichen Zulagen sollen den Lohnabhängigen in den Bereichen Allgemeine Kommunalverwaltung, Stadtwerke und städtische Krankenanstalten gestrichen werden. Am 19. Oktober soll dazu eine ÖTV-Vertrauensleuteversammlung stattfinden.

Die geplanten Kürzungen am Beispiel der städtischen Krankenanstalten: Die Stadt hat eine Liste mit den Namen von über 50 Beschäftigten beim Personalrat eingereicht, bei denen sie Kürzungen vornehmen will. Zurückstufungen nach Ausbildungsstand sollen vorgenommen werden. Das bedeutet etwa für einen Krankenpflegehelfer, der bisher Examiniertengehalt bezog, eine Lohnkürzung in der Grundvergütung von 1197,20 auf 992,96 in der Altersstufe 1. In der Altersstufe 10 von 1581,83 DM auf 1250,12 DM. Der Bewährungsaufstieg soll auch abgeschafft werden, d.h. die Beschäftigten sollen nicht mehr nach fünf Jahren Dienstzeit eine Lohngruppe höher gestuft werden, Lohngruppe 6 kann damit nur noch als höchstes erreicht werden. Das hat weiter die Kürzung der Zulage zur Grundvergütung von 100 DM auf 67 DM und Kürzung des Ortszuschlages um rund 30 DM zur Folge.

Die Pauschalzulage für Bereitschaftsdienste soll gestrichen werden. Das betrifft die Beschäftigten in der Röntgenabteilung, im Labor und im OP. Das macht rund 100 DM aus. Weiterhin sollen Schmutzzulagen, Desinfektionszulagen und Milchzulage gestrichen werden bzw. sind schon gestrichen worden. Das macht nach Angaben eines Beschäftigten zwischen 15 DM und 45 DM aus.

Schon der letzte Lohnraubabschluß hat die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu Überstunden und Zusatzdienst gezwungen. Diese Maßnahmen sollen den Prozeß beschleunigen. Schon geht eine Pflegedienstleitung immer öfter an einzelne Kollegen heran, um sie für Zusatzdienste zu gewinnen. Sitzwachen sollen sie machen. *Acht* DM auf die Hand kriegt man ausgezahlt. Mit der „Nächstenliebe“ wird hantiert und die absolute Niedrigkeit des Lohns sorgt dafür, daß diese Zusatzdienste gemacht werden müssen.

Sind die Gewerkschaftssozialdemokraten in der ÖTV gezwungen worden, eine Vertrauensleuteversammlung anzusetzen, und sind sie weiter gezwungen worden, gegen diesen dreisten Angriff des Staates auf die Lage der im öffentlichen Dienst beschäftigten Arbeiter und Angestellten Schritte zu unternehmen, so setzen sie jedoch auf Verhinderung eines einheitlichen Kampfes und auf Spaltung. Ihre Maßnahmen bestehen darin, für einzelne Beschäftigte den Arbeitsvertrag zu untersuchen und zu klagen, wenn die Kürzung danach vertragswidrig ist. Spalten müssen die Sozialdemokraten, denn sie wollen die Einheit der Belegschaft gegen den staatlichen Dienstherrn zersetzen. Einheitlich ist die Belegschaft gegen die neue Dienstzeitregelung aufgetreten, die für die Beschäftigten Verlängerung und Verdichtung des Arbeitstages bedeutet hätte. Der Dienstherr mußte erst vor wenigen Wochen klein beigeben und über die örtliche Presse verkünden, daß die Gespräche über die Neuordnung der Dienstzeit endgültig abgeschlossen seien. Seit Monaten versucht die Stadt, den Betriebskindergarten zu schließen. Auch das ist durch den Widerstand der Arbeiter und Angestellten nicht gelungen.

Bitter kommt es den Herren in der Stadtverwaltung hoch, wenn sie sich an die letzte Tarifauseinandersetzung erinnern: Die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten hatten sich für einen Festbetrag für 170 bis 180 DM ausgesprochen. Im November 1976 sprach sich der Vertrauensleutekörper noch für den 8%-Vorschlag des ÖTV-Hauptvorstandes aus. Durch die geschaffene Einheit im Betrieb wurde dieser Beschluß gekippt. Am 19.1.77 noch schickte die Mehrheit des Vertrauensleutekörpers einen Eilbrief an die Große Tarifkommission, in dem sie die Aufstellung der Festgeldforderung unterstützt.

In den Abteilungen wird man sich jetzt auf folgendes einigen und die Vertrauensleute mit einem klaren Auftrag in die Vertrauensleuteversammlung schicken können: Keine Kürzungen der Zulagen. Um die Spaltungsmöglichkeiten durch Zulagen zu verringern und um die Beschäftigten in den unteren Lohngruppen nicht dem Elend preiszugeben, muß der tariflich abgesicherte Grundlohn einheitlich für alle Beschäftigten erhöht werden. In der nächsten Lohntarifauseinandersetzung können sich die Arbeiter und Angestellten, die kleinen und mittleren Beamten auf 200 DM bis 220 DM für alle einigen. – (Bezirk Weser-Ems)

Die beschlossene Rückstufung der Lehrer kann nicht hingenommen werden

In der letzten KVZ haben wir über den Beschluß des Vermittlungsausschusses zum 6. Bundesbesoldungserhöhungsgesetz berichtet. Für die beabsichtigte BAFöG-Regelung setzen sich nun alle Parteien ein. Die Staatsfraktion in der GEW unter Frister hat sich dagegen noch nicht geäußert. 40 Millionen will der Staat durch diese Anwärterregelung abpressen. Staatssekretär Hartkopf vom Innenministerium sprach von einem „bahnbrechenden Beschluß“. Ob sich dieser Beschluß bahnbrechend auswirkt, liegt an den Lehrern. Frister hat bisher nur mit Manövern gearbeitet. Am 11.10. hat der Hauptausschuß mit Streik gedroht, wenn die hessische Landesregierung bis zur Eröffnung des Gewerkschaftstages sich nicht gegen die Lohnkürzung ausspricht. Telefonisch ist diese Zusicherung dann andersherum von Börner gegeben worden, daß Hessen sich gegen den Beschluß des Vermittlungsausschusses ausprechen wird. Mit solchen Manövern wird man den Angriff des Staates nicht zurückschlagen können, die Lehrer in der GEW bereiten dagegen die richtigen Kampfschritte vor:

Holstein. Am Montag fand eine Veranstaltung des AjLE Kiel statt für Referendare an den Seminaren. Erschienen waren insgesamt etwa 15 Kollegen und Vertreter des Landesvorstandes. Bei der Debatte um die Anwärterbezüge wanden sich diese Herren Sozialdemokraten hin und her. Vertuschen wollten sie, daß der staatliche Dienstherr einen neuen Angriff plant auf die Referendare, nämlich die Neuregelung und damit Kürzung der Bezüge auf Graduiertenförderung (800 DM). Das ist ihnen nicht gelungen. Unter den Kollegen herrschte Übereinstimmung darin, daß man diesen Angriff des staatlichen Dienstherrn zurückschlagen muß. Der Landesvorstand der GEW Schleswig-Holstein hat dazu folgenden Beschluß gefaßt: „Der Landesvorstand bekräftigt seine Ablehnung jeglicher Neuregelung der Anwärterbezüge, die ein irgendwie geartetes Ausbildungsstipendium zur Grundlage haben.“

Westberlin. Die Personalversammlung der Studienreferendare an 7.6.1977 hat die Gewerkschaften und die Lehrerverbände aufgefordert, noch vor den Sommerferien eine öffentliche Kundgebung gegen das 6. Besoldungsanpassungsgesetz zu veranstalten. Die Gewerkschaft hat bisher nicht darauf reagiert. Ein Komitee zur Vorbereitung dieser Veranstaltung wurde gegründet, es hat bisher keine inhaltlichen Festlegungen getroffen.

Die Mitgliederversammlung der GEW Spandau hat sich gegen den Entwurf eines „Regierungsabkommens zur Vereinheitlichung der Arbeitszeitregelungen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland (Stand 18.4.1977)“ ausgesprochen. Der Entwurf enthält Regelstundenzahlen, die zur Folge hätten eine Arbeitszeitverlängerung zum Beispiel für Grundschullehrer von 26,5 auf 28 Stunden, für Hauptschullehrer von 25,5 auf 28 Stunden.

Unterer Neckar. Mit dem Beschluß des Vermittlungsausschusses ist eine neue Lage für die Auszubildenden eingetreten. Man erinnert sich, die Sprecherkonferenz der Auszubildenden (Lehrer- und Rechtsreferendare, Fachschüler) hat eine Aktionseinheit gebildet, um aus Anlaß der geplanten Gehaltskürzungen von über 200 DM für die Anwärter gegen die unverschämten Angriffe seitens der Regierung auf alle Auszubildenden zu demonstrieren. Die Demonstration war am 22.10. in Stuttgart angesetzt, zu dem Zeitraum also, wo der entsprechende Beschluß des Bundesrates laut Information vom Innenausschuß zu erwarten war. Jetzt hat am 5.10. der Vermittlungsausschuß getag – der Bundesrat hat am Tag darauf bereits dessen Beschlüssen zugestimmt, Hektik läßt vermuten, daß viel auf dem Spiel steht.

Der Vermittlungsausschuß hat zwar alle Kürzungen, die der Bundestag bereits für die Anwärter beschlossen hatte, zurückgenommen, er hat aber gleichzeitig die Aufforderung an die Bundesregierung beschlossen, im Frühjahr 1978 für eine Neuregelung der Anwärterbezüge zu sorgen: Rechtsstatus für die Anwärter wie die BAFöG-Empfänger, Bezahlung nach Graduiertenförderung, das sind 800 DM. Auf einer Veranstaltung des Heidelberger Koordinationsausschusses zur Vorbereitung der Demonstration wurde das eingeschätzt: „Die wollen uns einlullen und dann um so härter zuzuschlagen“, „erst sollen wir wieder ruhig werden und dann kommt der Überraschungsangriff“. „Wir dürfen jetzt auf keinen Fall nachlassen, wir machen unsere Demonstration“.

Die Auszubildenden haben sich zusammengeschlossen und machen Fortschritte beim Aufbau einer Front gegen diese Angriffe – entscheidend ist dabei, ob es gelingt, die Gewerkschaften GEW und ÖTV in diese Front zu zwingen. Für die Demonstration am 22.10. war dies nicht gelungen. Dementsprechend groß waren die Zweifel, ob die Aktionseinheit selbst stark genug sein wird, die Demonstration zu tragen.

In dieser Situation hat der Koordinationsausschuß Heidelberg beschlossen, allen Vertretungsorganen der Auszubildenden und der Studenten sowie der GEW und ÖTV zur Beschlußfassung vorzuschlagen, die Teilnahme der Aktionseinheit an der Demonstration der Studenten am 9.11. in Stuttgart zu unterstützen.

Auf der Veranstaltung des Koordinationsausschusses haben die Auszubildenden zu den Verbotsanträgen Stellung genommen. In ihrer Resolution heißt es u.a.:

„Diese Verschärfung der Reaktion und Unterdrückung durch die Verbotsanträge soll die Durchsetzung eines ganzen Programms von Maßnahmen absichern, die die Lage der Arbeiter, der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst und der übrigen Lohnabhängigen enorm verschlechtern wird. Bei den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst sind die geplanten Kürzungen der Anwärterbezüge der Ansatzpunkt, um dies zu erreichen. Gleichzeitig soll im Öffentlichen Dienst eine Lage geschaffen werden, die uns zur straffen Ausführung der Funktionen des Staates gegen die Arbeiter und übrigen Lohnabhängigen zwingen soll. Dagegen haben wir uns bereits in einer Aktionseinheit zusammengeschlossen. Es ist richtig und notwendig, wenn wir uns mit allen Beschäftigten im Öffentlichen Dienst und der Arbeiterbewegung zusammenschließen und wenn wir uns für die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse einsetzen. Die politische Organisation der Arbeiterklasse wird auch uns entscheidend nützen.

Wir fordern:
Die Verbotsanträge gegen KBW, KPD und KPD/ML müssen vom Tisch!
Das KPD-Verbot muß fallen!
Wir werden uns an der Demonstration gegen die Verbotsanträge beteiligen.
Die Demonstration am 9.11. muß für diesen Zusammenschluß genutzt werden.“

Programmvorschau, Sonntag, 23.10., 22 Uhr, 1. Programm

Weiterleben und gewinnen. Niki Lauda.

„Der Österreicher erweist sich als kaltblütiger Techniker und rationeller Ökonom. Lauda kam öfter ins Ziel als seine Rivalen", schreibt der „Spiegel" in seiner 40. Ausgabe dieses Jahres.

Der Rennfahrer Lauda, „ein Sohn aus bestem Hause", wie die Bourgeoisie den Stall nennt, dem ihre eigene verkommene Brut entstammt, hatte 1976 45 Sekunden lang in seinem Ferrari gebrannt, stieg danach wieder ins Rennen ein und ist jetzt auf dem besten Wege, wieder Weltmeister der Formel I-Rennfahrer zu werden.

„In meiner Klasse muß ich alle niederbügeln", ist seine Maxime. Es ist die seiner Kapitalistenklasse, deren einzige Verkehrsform die der Konkurrenz ist, wo jeder Kapitalist den anderen „niederbügeln" muß bei Strafe seines eigenen Untergangs. Er hat dazu aus seinem „guten Hause" die richtige Einstellung und Haltung mitbekommen: „Ich kann ungeheuren Egoismus entwickeln, sogar Brutalität." Die ist nötig, um in der Konkurrenz zu bestehen. Sie wird regelmäßig und gesetzmäßig in kriegerischen Auseinandersetzungen entschieden, wenn die verschiedenen Methoden des Handelskrieges und des Kampfes um Einflußsphären bis zur Liquidierung des Konkurrenten, durch Ruinierung unter Zuhilfenahme von Verleumdung, Mordversuch usw. – um nur die gebräuchlichsten zu nennen – nicht zum Ziel geführt haben.

Dieses Fleisch von ihrem Fleische baut die Bourgeoisie in letzter Zeit zum Helden auf. Der „Spiegel" widmet ihm Titelblatt und Titelgeschichte, jetzt will das Erste Deutsche Fernsehen ihn groß rausbringen.

Natürlich macht er mit seiner Rennfahrerei riesige Geschäfte. Aber wer tut das nicht unter seinesgleichen? Es wäre nicht weiter erwähnenswert. So unmittelbar für die westdeutschen Bourgeoiszwecke zu nutzen wie Didi Thurau, der Radfahrer, ist er auch nicht. Denn Lauda ist nicht Deutscher, sondern Österreicher. Aber was die Bourgeoisie an Lauda fasziniert, das soll auch die Volksmassen faszinieren: die Unerbittlichkeit in der Konkurrenz, die Tatsache, daß er in eine Krise und in Rückstand gegenüber der Konkurrenz durch seine Verbrennungen geraten war und trotzdem: er lebt weiter und gewinnt. Erst ohne Rücksicht auf Verluste seine Runden drehen, heißlaufen, in lodernde Flammen aufgehen und doch – gewinnen. Das sei spannend und seit frühgeschichtlicher Zeit so, also unveränderlich, meint Lauda. Die kapitalistische Konkurrenz als ewig gültiger Zustand, ihre Krisen als Schicksalsschläge, die man durchsteht.

1,2 Millionen im Jahr lassen sich verschiedene Firmen (Raiffeisenbanken, Marlboro, Agip, Champion, Ferrari, Goodyear usw.) die Werbung mit Niki Lauda kosten. Sie schätzen ihn als gutes Zugpferd für ihre Geschäfte. Warum soll er nicht ein ebensolches für die ideologische Zersetzungsarbeit unter den Massen werden? Auto- und Motorradrennen faszinieren. Diejenigen, die gewinnen, beweisen, daß sie ein hochentwickeltes, industrielles Produkt und Produktionsmittel vollkommen beherrschen, im Gebrauch, nicht in der Produktion.

Die Produzenten der Rennwagen und Motorräder sind die Arbeiter. Sie sind mit Recht stolz darauf, daß sie solche Maschinen nicht nur fahren, sondern bauen können.

Aber deshalb lassen die Bourgeois sie keine Rennen fahren. Sie behängen den Sieger mit Coca-Cola, Magermilch und Zündkerzen, um sie besser verkaufen zü können und benutzen ihn als Idol. Während für die Arbeiterklasse Einheit und Zusammenschluß notwendig ist, um ihre Interessen gegen die Kapitalistenklasse durchsetzen zu können, lassen sie Lauda predigen: „Für Leistung und Lohn gibt es keine Grenze." Nur kräftig durchstarten, die anderen niederbügeln, aufsteigen über Formel 3 nach Formel 2 bis zur Formel 1. Da oben erwartet er dich, der unbegrenzte Lohn. Es bleiben welche auf der Strecke, aber einer kommt bestimmt durch.

Der Versuch, an die ideologische Masche der fünfziger Jahre anzuknüpfen, als die Rennfahrer Fangio und Kling mit Mercedes den Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus symbolisierten, trifft auf eine völlig veränderte Situation im Klassenkampf. Damals konnte die Bourgeoisie die Kommunistische Partei zerschlagen und die Arbeiterklasse über Jahre hinaus ihrer revolutionären Führung berauben und ihre Einheit mit „Jeder ist seines Glückes Schmied" zersetzen. Heute kämpft die Arbeiterklasse um die Überwindung der Konkurrenz in den eigenen Reihen und weiß, daß die „Grenze für den Lohn" durch den Klassenkampf festgesetzt wird.

Für die Bourgeoisie verkörpern Typen wie Niki Lauda die Idee ihrer eigenen Produktionsweise. Diese wird aber bestimmt nicht „weiterleben und gewinnen", sondern enden mit der proletarischen Revolution. – (Z-Red.)

Bullenterror gegen Arbeiterjugend

Die haben schon gemerkt, daß sie mit uns nicht machen können, was sie wollen, wenn wir uns einig sind

Bremerhaven. „Im Sommer treffen wir uns am Deich, da laufen dann die zivilen Spitzel rum, um uns zu kontrollieren, in die Jugendheime der Stadt kommen wir erst gar nicht rein, weil da nur Vereine und so was zugelassen sind, oder wir werden von den Angestellten da genau beobachtet und bevormundet, was man tun und lassen darf – können also auch da nicht machen was wir wollen – also treffen wir uns nach Feierabend in der Kneipe, und da sind dann des öfteren Razzien." So berichtete uns ein Jugendlicher, als wir in einer Jugendkneipe zur Demonstration nach Bonn mobilisierten.

Verschärfter Leistungsdruck an den Schulen, in den Betrieben werden die Jugendlichen als billige Hilfsarbeiter bis aufs Blut ausgebeutet. Da hat die Jugend ein großes Interesse, sich zu treffen. Schließen sich die Jugendlichen zusammen, z.B. in einem Arbeiterviertel, geht es schnell, und sie haben die Polizei auf dem Hals. So haben sich Jugendliche in Bremerhaven-Lehrheide z.B. immer vor einer Bibliothek getroffen. Schon nach einigen Treffen tauchte die Polizei auf und wollte es den Jugendlichen verbieten, sich dort zu treffen.

Die Jugendlichen, mit denen wir in dieser Kneipe gesprochen haben, hassen die Polizei wie die Pest. Sie berichteten uns, daß sie, wenn sie mit mehreren zusammenstehen, schikaniert werden. Auf dem Nachhauseweg werden sie mit ihren Motorrädern angehalten und kontrolliert, und es wird ihnen hinterhergefahren.

Bei uns in der „Bremerhavener Nordseezeitung" ist dann von Verfolgungsjagden der Polizei zu lesen. Bei einer dieser Verfolgungsjagden – der verfolgte Jugendliche soll nach Meinung der Polizei angetrunken gewesen sein – hat sich die Polizei mit ihrem Auto quer über die Strasse gestellt. Der Fahrer des Motorrads – ein junger Arbeiter – ist frontal draufgefahren und nach einigen Tagen an seinen schweren Verletzungen gestorben. „Die haben den umgebracht. Wir waren so sauer, daß wir uns vorgenommen haben, es den Bullen mal so richtig zu zeigen. Wir sind 30 Mann in der Clique, die haben schon gemerkt, daß sie mit uns nicht machen können was sie wollen, wenn wir uns einig sind. Die Kneipe haben wir zusammengeschlagen, als die Bullen kamen, haben wir sie mit Mörder begrüßt, viel machen konnten sie nicht. Aus einem der oberen Stockwerke, in dem die Kneipe liegt, hat ein Polizeiauto einen Blumentopf aufs Dach gekriegt. Jetzt versuchen sie, uns einzeln fertig zu machen. Sie lauern uns auf, bestellen uns einzeln auf die Wache, schlagen uns da zusammen." Dies berichteten uns die Jugendlichen, als wir zu der Veranstaltung „Ohne bewaffneten Aufstand kann die Arbeiterklasse die Herrschaft der Bourgeoisie nicht stürzen" mobilisierten.

Diese Jugendlichen, mit denen wir gesprochen haben, haben der Polizei den Krieg erklärt, das sagen sie auch. „Die haben doch nichts weiter zu tun, als uns zu bespitzeln und zu schikanieren", ist ihre Meinung.

Wir haben dann dort in dieser Kneipe diskutiert, wo die Ursachen dafür liegen. Nämlich in der Ausbeutung der Arbeiter durch die wenigen Kapitalisten. Und um diese Ausbeuterordnung aufrechtzuerhalten, hält sich die Kapitalistenklasse ihren Staatsapparat. Will man sich von Ausbeutung und Unterdrückung befreien, muß man diesen Staatsapparat zerschlagen. In diesem Kampf kommt man nicht voran, wenn wir als einzelne und spontan kämpfen. Voran kommt die Arbeiterjugend und damit die gesamte Arbeiterklasse nur, wenn sie sich zusammenschließt und die Kommunistische Partei aufbaut.



Unter dem Vorwand der Bekämpfung von Alkoholismus, Drogen und Kriminalität soll die gesamte Jugend der Volksmassen unterdrückt und bespitzelt werden. Die Lumpenjournalisten vom „Stern" berichten zufrieden über einen Modellversuch „Street-Worker" – gemeint sind Sozialarbeiter, die sich bei den Jugendlichen einschmuggeln, um sie für die Ziele der imperialistischen Bourgeoisie auszurichten und dort Reservetruppen für die Konterrevolution zu bilden.

Die Bourgeoisie startet die verschiedensten Manöver, um die Jugend für ihre Ziele zu gewinnen. Sie will ihnen einreden, sie wären Nichtsnutze. „Ihr braucht nicht auf der Strasse rumzugammeln, es gibt ja schließlich die Jugendheime der Stadt und die Jugendgruppen der Kirche", das war gemeinsame Meinung der Pfaffen, bürgerlichen Politiker und Kapitalistenvertreter auf der Veranstaltung „Jugend ohne Zukunft?" der evangelischen Kirche in Bremerhaven. Nicht so aufsässig sollten die Jugendlichen sein, dann könnten sie auch Arbeit finden, es gibt ja genug, nur wären die Jugendlichen arbeitsunwillig, war die Meinung des Leiters des Arbeitsamtes. Er konnte seine Rede nicht zu Ende halten, weil er von Pfiffen unterbrochen wurde. In den darauffolgenden Redebeiträgen wurde er heftig angegriffen. Mit solchen Veranstaltungen wollen der bürgerliche Staat und die Kirche die Jugendlichen ködern, ihnen einreden, es läge nur an ihnen selber.

Die herrschende Klasse fürchtet den Zusammenschluß. Ihn zu verhindern ist das Ziel, wenn sie ihre Pfaffen einsetzt und den Jugendlichen was vom individuellen Versagen oder Erfolg vorfaselt. Die Erfahrungen der Jugend sind da ganz anders. Sie schließt sich zusammen, und dabei spürt sie, daß sie eine große Kraft entwickeln kann. Die Kommunisten müssen diese große Kraft für den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung mobilisieren. Für Sieg oder Niederlage in der Revolution ist es wichtig, wer die Jugend auf seiner Seite hat. Die Bourgeoisie kämpft um die Jugend, und wo es nicht mehr mit der Ideologie geht, unterdrückt sie sie oder sperrt sie ein. Die Jugend hat ein Interesse, da schnell rauszukommen. – (KJB Bremerhaven)

Die Arbeiterjugend organisiert den Kampf, die Gewerkschaft muß ihn führen

IGM-Jugendmonat: Rummel soll statt Kampf organisiert werden

Westberlin. Die besondere Art der IGM, die Jugend auf ihren Berufseintritt vorzubereiten: ihr traditioneller Jugendmonat. In dessen Mittelpunkt „stehen zwei Aktionen zum Thema Jugendarbeitslosigkeit und ‚Zerstörung des Jugendarbeitsschutzes'. Die Berufsneulinge sollen durch Broschüren, Flugblätter und Versammlungen, bei Feten, Film- und Literaturveranstaltungen über ihre Rechte informiert werden." (Berliner Morgenpost, 5.10.)

Rummel organisieren können die Sozialdemokraten und Revisionisten, darin haben sie sich „bewährt", sie kommen immer wieder auf diesen Dreh, bestimmt dann, wenn Kampf ansteht.

Auf der Eröffnungsveranstaltung zum IG Metall-Jugendmonat in Westberlin klagte der IG Metall-Funktionär Ziems über „zunehmende Fälle von Ausbeutung jugendlicher Arbeitskraft", die tagtägliche Ausbeutung gibt es für die Sozialdemokraten – treu dem KPD-Verbot folgend – nicht. Wenn jegliche Schranken offensichtlich eingerissen werden, dann können sie es nicht mehr übersehen. Dann greifen sie es auf, um gegen die Auswüchse zu wettern und mit den Verhältnissen auszusöhnen. Ziems und sein sozialdemokratischer Sproß Kuchenbecker (Vorsitzender des Ortsjugendausschusses) sind für das Recht der Arbeiterjugend auf Ausbeutung, sie nennen es „Recht auf Arbeit", eingetreten. Den Zusammenschluß gegen die Zustände wie bei Siemens-Mariendorf wollen sie damit im Ansatz unterdrükken. Gemeinsame Diskussion über die Aufgaben im Jugendmonat der IG Metall sollte, wie der OJA beschlossen hätte, hier nicht stattfinden, sondern dies solle geschehen bei Bier und belegten Brötchen an den einzelnen Tischen.

Arbeiter wollten eine Resolution von einem IGM-Zeltlager vortragen, in der es zum Kampf gegen die Jugendausbeutung bei Siemens-Mariendorf u.a. heißt: „Wir sind dafür, daß dieser Akkord und diese Taktzeiten gesetzlich verboten werden, wie es insgesamt nötig ist, das Verbot der Akkordarbeit zu erkämpfen, ist die Akkordarbeit doch eine widerliche Methode, wo die Kollegen sich selbst antreiben müssen. Dieser Kampf muß verbunden werden mit der Forderung nach Streichung der unteren Lohngruppen. Richtig ist es, daß die Gewerkschaft diesen Kampf organisiert. (...) Eine Veranstaltung zu diesem Thema im IG Metall-Jugendmonat halten wir für erforderlich."

Schnell wurde das Mikrophon abmontiert. Und im übrigen, es gibt ja so viele Punkte, warum da einen rausgreifen?!

So gefällt es den Kapitalisten, sie haben nichts gegen Feste, auch nichts gegen große, sie haben aber was gegen den Kampf gegen die Ausbeutung. Die Sozialdemokraten auch. Der Betriebsrat, gefragt, warum er die Akkordarbeit von Jugendlichen dulde, frech: Die Jugendlichen arbeiten keinen Akkord. Derweil planen die Kapitalisten, die Schichtarbeit für Jugendliche von 5.30 Uhr bis 22.30 Uhr einzuführen. Ob das dann auch keine Schichtarbeit ist?

Die Lage in den Betrieben ist gespannt, die Jugend organisiert den Widerstand gegen das Niederreißen der letzten Schranken des Arbeitsschutzes, und sie bekommt Unterstützung bei den erwachsenen Arbeitern und den Volksmassen. 69 Lehrer und Erzieher, 41 Ärzte, Sozialarbeiter, Professoren usw. und 25 Arbeiter haben eine Anfrage an die Siemens-Geschäftsleitung geschrieben. In der Anfrage heißt es:

„Wir fordern Sie auf, uns mitzuteilen, ob es zutrifft, daß ... unter 18jährige ... zu Akkord genötigt werden ..., über die ... jungen Arbeiterinnen sog. Leistungskurven angelegt werden ..., daß ... Taktzeiten tatsächlich angewendet werden: Vorspannen 6 Sekunden, in der Wickelei 56, Staub ausblasen 5, Verkerben 9, Verdrücken 8, Anker einhängen 3 Sekunden ... Daß fast alle infolge der Art, des Tempos der Arbeit über Rückenschmerzen, ... Kopfschmerzen, geschwollene Beine und Augenschmerzen klagen, daß bei vielen Magenschmerzen, Verdauungsstörungen, Schwindelanfälle und nervliche Zusammenbrüche ... die Regel sind, daß man Befürchtung haben muß, daß Teile der Frauen ... wahrscheinlich keine gesunden Kinder mehr gebären können, ... daß in hohem Maß Beruhigungstabletten ausgegeben werden ...".

In dieser Woche erscheint diese Anfrage als Wandzeitungsplakat zusammen mit dem fünften Plakat der Serie zur verbrecherischen Geschichte der Siemens-Kapitalisten. Die Arbeiter freuen sich über die Wandzeitungsplakate. Aufkleber, die in die Betriebszeitung eingelegt wurden, konnte man an mehreren Stellen des Werkes finden. – (Siemenszelle Westberlin/N-Red)



Am 11.10. haben die Bauern der Wilstermarsch eine Treckerdemonstration zum Bauplatz des Kernkraftwerks Brokdorf organisiert. 49 Traktoren und 39 PKWs beteiligten sich an der Demonstration. Die Bauern haben den Kampf gegen das geplante Kernkraftwerk nicht aufgegeben, und sie lassen sich auch nicht durch die Manöver der Bourgeoisie irre machen, die ihre Gerichte einsetzt, um die Bewegung zu spalten. Die Demonstration fand zwei Tage vor dem Erörterungstermin des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg in Schleswig statt, wo unter dem Mantel von „Neutralität" und „Gerechtigkeit" an der Aufhebung des Baustopp-urteils gearbeitet wird.
Auf der Abschlußkundgebung sagte ein Bauer spontan: „Wenn der Stoltenberg die Wilstermarsch kaputt machen will, dann müssen wir Bauern das machen, was wir immer gemacht haben, und ihm mit der Mistforke kommen."



Einen Tag nach der Treckerdemonstration demonstrierten in Schleswig 1200 Menschen vor dem Gericht unter den Forderungen: Kein Kernkraftwerk in Brokdorf und auch nicht anderswo! Nicht auf die Gerichte bauen, auf die eigene Kraft vertrauen!

Nichts fürchtet die Bourgeoisie so sehr wie die Einheit von Arbeitern und Bauern im Kampf gegen das Kernkraftwerk und das imperialistische Energieprogramm. Zwei Tage vor dem Baustoppurteil des OVG Lüneburg fand in der Wilstermarsch ein Propagandamarsch statt. Die Bourgeoisie hatte diesen Marsch mit Auflagen belegt und bestimmte Routen verboten. Die Herstellung der Einheit von Arbeitern und Bauern wird sie nicht verhindern können. Die Forderung bleibt: Das Kernkraftwerk wird nicht gebaut!



Ein Paar Schuhe für einen Soldaten der Volksbefreiungsarmee anfertigen! (aus „Tüchtige Kinder". Verlag für fremdsprachliche Literatur Peking, 1974)

Kinderarbeit – im Kapitalismus Zwang und Qual – im sozialistischen China allseitige Entwicklung der Fähigkeiten

Auf dem Hof der kleinen und mittleren Bauern muß jeder Hand anlegen, um die Arbeit zu bewältigen und die Versorgung der Bauernfamilie aufrechterhalten zu können.
Während der Ferienzeit im Herbst, wo die Kartoffel- und Rübenernte ansteht, arbeiten die Kinder teilweise von morgens 5 bis 19 Uhr.
Die Bourgeoisie hetzt gegen diese Kinderarbeit. In der neuesten Ausgabe von „Land und Garten" (Nr. 41, 13.10.77) werden wegen der Unfälle in der Landwirtschaft die ‚brutalen' Eltern angegriffen: „Söhne zahlen für den Leichtsinn der Väter." Nicht die Bedingungen, unter denen produziert werden muß und die mangelnde Maschinerie sind schuld, sondern die mangelnde „Sorgfaltspflicht" der Eltern. Was die Bourgeoisie so wütend macht, ist, daß nicht ihnen die Kinder zu Ausbeutung zur Verfügung stehen, wenn sie auf dem elterlichen Hof mithelfen. Ihr Ziel ist, den kleinen bäuerlichen Betrieb auszumerzen und die materielle Lage der Bauern so zu verschlechtern, daß sich die Kinder beim Großbauern verdingen müssen. Im Jugendarbeitsschutzgesetz ist Kinderarbeit ab 13 Jahren erlaubt, für Jugendliche über 16 „finden die Vorschriften über die Arbeitsdauer, die Freizeit, die Nacht-, Samstags- und Sonntagsruhe keine Anwendung (bei) vorübergehenden und unaufschiebaren Arbeiten in Notfällen, soweit erwachsene Beschäftigte nicht zur Verfügung stehen – also immer."
Unter kapitalistischen Verhältnissen ist Kinderarbeit eine Qual, stellt sich eine frühzeitige Ruinierung der Arbeitskraft- und Lebenskraft der Kinder dar. Daß Kinderarbeit eine Befreiung ist, die Kinder frühzeitig lernen, für die Arbeiterklasse und die Volksmassen nützliches zu tun, sie ihre Fähigkeiten allseitig entwickeln und früh zu selbständigen und bewußt handelnden Mitgliedern der Gesellschaft werden, zeigt das sozialistische China. Arbeit ist der erste Lebenszweck – und so wird in der Schule, im Kindergarten und zu Hause das Spiel mit der nützlichen Tätigkeit verbunden.

Preisdiktat der Konzerne für die Bauern
Packungspüree statt Kartoffeln für die Lohnabhängigen

„Die Bauern können zufrieden sein: Bei trockenem Herbstwetter und für die Jahreszeit verhältnismäßig milden Temperaturen konnten sie in den letzten Tagen einen großen Teil der Kartoffel- und Rübenernte einbringen", schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 10.10.1977. In diesem Jahr ist die Kartoffelernte gut, aber allein vom Sonnenschein und den Kartoffeln in der Scheune können die Bauern auch nicht leben.

Vertuscht werden soll mit solchen Meldungen die tatsächliche Lage der Bauern, die mit auf ein Achtel der Vorjahrespreise für Kartoffeln gesenkten Preisen ruiniert werden. Die Kartoffelpreise sind von 30 bis 40 DM je Zentner im Jahr 1976 auf 3,50 bis 6 DM je Zentner sortierte 1a-Kartoffeln gesunken.

1976 wurden 19,8 Tonnen pro Hektar produziert, 1977 20,5 Tonnen pro Hektar. Die kleinen und mittleren Bauern, die aufgrund der guten Erträge trotz der hohen Saat- und Anbaukosten 1976 in diesem Jahr wieder Kartoffeln angebaut haben, erhalten kaum mehr die Saatkosten durch den Verkauf ihrer Erträge.

1975 ist der Kartoffelpreis auf 14 bis 20 DM je Zentner gestiegen, 1976 auf 30 bis 40 DM. Diejenigen Klein- und Mittelbauern, die daraufhin die Kartoffelproduktion wieder aufnehmen konnten, werden jetzt vollständig zerstört. Haben sie keinen Vertrag mit einem Kartoffelkonzern, erhalten sie höchstens 3,50 bis 6 DM für einen Zentner vom Händler.

Der Verbrauch der Industriewaren aus Kartoffeln ist von 1960 bis 1975 von 0,5 auf 1 Million Tonnen gestiegen. Auf der anderen Seite der Verbrauch von Speisekartoffeln auf 5,4 Millionen Tonnen um 2 Millionen Tonnen gesunken. 1975/76 war es der Kapitalistenklasse gelungen, frische Kartoffeln aus dem Speiseplan der Arbeiterklasse und der Volksmassen weitgehend zu streichen. Nudeln und Fertigprodukte der Kartoffelfabriken mußten sie ersetzen. Durch steigende Akkordhetze, Überstunden und Mehrarbeit ist die Arbeiterklasse gezwungen, „Schnellgerichte" aus Kartoffelpulver als Grundlage für ihre warmen Mahlzeiten zu benutzen. Dazu kommt, daß in den Arbeitersiedlungen keine Möglichkeiten zur Einlagerung von Kartoffeln bestehen. So verkauft heute nur noch ein geringer Teil der Bauern seine Kartoffeln direkt an die Arbeiter und die Volksmassen.

Hatte der Druck auf die Kartoffelpreise etliche Bauern gezwungen, den Kartoffelanbau, wenn nicht gar den ganzen Hof aufzugeben, so beseitigte er gleichzeitig die relative Selbständigkeit der Bauern durch den direkten Verkauf der Produkte an die Verbraucher. Die Preisschwankungen zwingen die Bauern, Verträge mit den Verarbeitungsfabriken zu schließen, die ihnen erstens eine Abnahmegarantie sind und zudem subventioniert werden. Unfreiwillig geraten die Bauern so unter das Preisdiktat der Kapitalisten. Die Bundesregierung beabsichtigt, in Brüssel eine „Vermarktungsordnung" für Kartoffeln durchzusetzen, in der Normen für die Verpackung der Kartoffeln u.ä. festgelegt sind. Die Anbindung an die und Abhängigkeit der Bauern von der Verarbeitungsindustrie wird so perfekt.

Den Löwenanteil der produzierten Kartoffeln müssen die Bauern so an die Konzerne wie Pfanni, Knorr, Maggi und die Frittenfabrik abliefern. Professor Reich von der Universität Hohenheim „rät" den Bauern in der „Landpost" am 30.7.77, wie sie die „Kartoffelkrise" meistern können: „Beibehaltung und Pflege des Vertragskartoffelanbaus für die industrielle Veredelung. Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch Erzeugergemeinschaften und Absatzorganisationen. Stärkere Spezialisierung des Anbaus nach dem vorgegebenen Verwendungszweck." In der Praxis sieht das dann so aus: Ein Kontrolleur von den Maizena-Werken Wittingen stellt den Bauern auf ihren Äckern nach, um den vorgegebenen Verwendungszweck zu sichern. Er kontrolliert, ob der Boden richtig gedüngt und die richtige Kartoffelsorte angebaut wird. Dieser Bauer, er kommt aus Nordburg bei Celle, hat mit der Saatzucht Flettmer einen Vertrag über die Höhe des bei Maizena abzuliefernden Ertrags, diese wiederum mit der Hauptgenossenschaft Hannover und die mit den Kartoffelkonzernen. Kunstdünger, Maschinen und Ersatzteile kauft der Bauer bei der Saatzucht Flettmer. Zahlen kann er sie erst nach Erlös des Ernteertrages. Um die Felder bestellen zu können, muß der Bauer Schulden machen. Im Herbst wird der Bauer dann ausgezahlt von Saatgut Flettmer. Für die Kartoffeln, die er bei Maizena abliefert, erhält er rund 9 DM pro Zentner unsortierte Kartoffeln.

Eine Handvoll imperialistischer Konzerne haben den Kartoffelmarkt monopolisiert. Sie diktieren die Preise, ruinieren die Kleinbauern, die mit ihren Erträgen in diesem Jahr kaum die Anbaukosten decken können, und verwandeln die übrigen Klein- und Mittelbauern in ihre Zulieferer. Um die Profite der Kapitalisten zu sichern, hat die Hauptgenossenschaft Hannover die Bauern durch diesen „Vertragsanbau" in die direkte Knechtschaft bei den imperialistischen Konzernen gebracht. Diese planmäßige Politik der Imperialisten zur Ruinierung der Klein- und Mittelbauern und zur Verschlechterung der Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse kann nur im gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse und der Bauern gegen Ausbeutung, Ausplünderung und Knechtschaft unter Führung der Arbeiterklasse zerschlagen werden. – (Z-Red.)

„Das Gute bewahren – Besseres schaffen!"

Hamburg. Das verspricht die SPD Hamburg in ihrem Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl 1978. Unter den Schwerpunkten: Arbeitsplatzsicherung, Bildungspolitik und Innere Sicherheit wird den Bestrebungen der Kapitalisten genüge getan, billige, ja kostenlose Arbeitskraft zur Verfügung zu haben und Absicherung der Profitproduktion durch Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates. Arbeitsplatzsicherung – das sind die Millionen für die Verschärfung der Ausbeutung mittels „Zukunftsinvestitionen": Bildungspolitik – 10. Schuljahr, Freisetzung der Jugendlichen von einer Ausbildung, stattdessen ABM-Maßnahmen; Innere Sicherheit – das sind z.B. die KOBs – die Kontaktbereichsbeamten in Tradition des Blockwarts aus dem Hitlerfaschismus.

Die Jugend und die Arbeiterklasse sind dafür nicht zu gewinnen, das schwant dem Bürgermeister Klose auch, deshalb verkündete er, daß sei ein Wahlprogramm „zugeschnitten gerade auf die älteren Wähler". So werden sie umworben mit „Bürgerstolz", „Fürsorge", „Solidarität". Rechtzeitig erscheint im „Hamburger Abendblatt" der Artikel: „Ich bin durch die Seniorenkarte ziemlich verwöhnt worden". Eins ist sicher, es kostet die Bourgeoisie nicht viel, z.B. die Fahrkarten für die alten Arbeiter für die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel während ganz bestimmter Zeiten zu vergünstigen, es kostet sie auch nicht viel, von Fürsorge und allerhand anderer schöner Dinge zu reden, denn die Bourgeoisie rechnet ja schon eifrig: „Wie lange werden wir uns überhaupt noch mit den Rentnern belasten müssen",und betreibt das Ehrenbergsche Rentnerbeseitigungsprogramm umso schneller.– (N-Red)

Krokodilstränen über das Elend der Völker

„In den Gastreden der traditionellen Veranstaltung (anläßlich des Ibero-Amerika-Tages zur Feier der Entdeckung Amerikas, Red.) klang immer wieder die enge Abhängigkeit Lateinamerikas von Europa und der Bundesrepublik Deutschland an ... Das Wirken deutschen Geistes habe tief in das Geistesleben Amerikas hineingewirkt ... Bedeutende Aufgabe des Ibero-Amerika-Tages sei es nun, seinen Einfluß auszuüben, damit eine nach Lateinamerika weiter geöffnete Europäische Wirtschaftsgemeinschaft entstehe." (Weser-Kurier, 13.10.) Lateinamerika der EG unterworfen mit Westdeutschland an der Spitze. Absichten, die die westdeutschen Imperialisten verfolgen, das eröffnet ihnen direkten Zugang zu den Rohstoffen.

Die Länder der Dritten Welt schließen sich gegen die Ausplünderung der Imperialisten zusammen, sie haben die Rohstoffpreise erhöht, z.B. bei Kaffee. Seit April sind manche Kaffeepreise wieder um mehr als die Hälfte gedrückt worden. „Röster und Importhandel haben sich gut eingedeckt ... solange stehen die Zeichen am Rohkaffeemarkt auf ‚Schwäche'." (Weser-Kurier, 6.10.) Dies ist nur ein zeitweilig wirkendes Mittel gegenüber dem Zusammenschluß der Völker. In den letzten Tagen hat Brasilien den Export beschränkt, um die Preise zu stabilisieren. Kriegerische Unterdrückung wird die Antwort der Imperialisten sein, sobald es für sie günstig ist. Darauf bereiten sie sich vor. Krokodilstränen vergießen sie über das Elend der Völker, das sie ihnen aufzwingen und das sie aufrechterhalten wollen. Die „Kindernothilfe" wirbt für Patenschaften in Brasilien: 40 DM im Monat reichen aus, „das Kind unterzubringen, zu ernähren, zu kleiden und zu betreuen". „Die ‚Diaconie' hat Gilmar zur Patenschaftsunterstützung empfohlen, die Begründung dafür: Armut. Erste Informationen zu dem Kind selbst: Schwarz, traurig, ruhig, selbstsüchtig und aufmerksam, ißt gut und ist sehr gesund." (Braunschweiger Zeitung, 12.10.) Also gut ausbeutbar. Das Volk so aussaugen, daß es die Kinder nicht großziehen kann, und das dann nutzen zur chauvinistischen Hetze gegen dieses Volk, ist die Rechnung der Kapitalisten. Wir müssen die Tatsache verbreiten, daß nicht humanitäre Hilfe den Völkern nützt, sondern die Unterstützung ihres Kampfes gegen den Imperialismus. – (N-Red.)

Ehrenbergs „Gesamtlösung für die Sozialversicherungen"

„Der „Gerechtigkeit" wegen gegen „Überversorgung"

Unter der Fahne „Gleichberechtigung der Frau" hat sich am 6. Oktober in Bonn die „Kommission für die soziale Sicherung der Frau und die Hinterbliebenen" gebildet, berufen vom Bundesarbeitsminister Ehrenberg, um einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1975 nachzukommen. Dieses „fordert, die Gleichbehandlung von Mann und Frau vorzubereiten, Vorschläge zur Neuordnung der sozialen Sicherung der Frau auszuarbeiten und zu untersuchen, wie unter dem Gesichtspunkt der Beitragsgerechtigkeit bestehende Ungereimtheiten beseitigt werden können" (Frankfurter Allgemeine Zeitung 7.10.).

Die „Ungereimtheiten" Ehrenbergs bestehen in „Ungerechtigkeiten der sozialen Sicherung ... insbesondere sollen Unter- und Überversorgung bestimmter Personengruppen beseitigt werden." Das „Handelsblatt" vom 7./8.10. kündigt dazu an:

„In einer weitreichenden Reform der gesamten Altersversorgung mit verteilungs- und steuerpolitischen Konsequenzen wird vermutlich die Arbeit enden, zu der sich die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission für die soziale Sicherung der Frau und der Hinterbliebenen am Donnerstag in Bonn in Anwesenheit von Bundesarbeitsminister Herbert Ehrenberg konstituiert hat." Man stutzt, eigentlich sollte das doch eine Reform zur sozialen Sicherung der Frau geben. Ehrenberg erklärt: „Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts selbst ließe sich zwar durch verhältnismäßig geringfügige Korrekturen am bestehenden System der Hinterbliebenenversorgung berücksichtigen. Doch sei dies fragwürdig. Man solle die Chance nutzen, zu weitergehenden Lösungen zu kommen" (Handelsblatt, 7./8.10.). Der Mann hat mehr vor: „Ehrenberg hob in seiner Ansprache hervor, daß die bis 1984 anstehende Reform je nach Modellvorschlägen zu grundsätzlichen Änderungen des derzeitigen Systems der gesetzlichen Rentenversicherung führen könne und Rückwirkungen auf Versorgungssysteme außerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung zu erwarten seien."

Um zwei wesentliche Dinge geht es Ehrenberg: zum einen eine „Überversorgung" bestimmter Gruppen müsse bereinigt werden, damit geht er mit der CDU einig, die bereits vor einem Jahr auf dieses Problem durch ihren sozialpolitischen Sprecher Franke im Bundestag hingewiesen hat: „Neben Rentnerhaushalten mit unzureichendem Einkommen" gebe es „auch eine nicht unbeträchtliche Zahl von Rentnerhaushalten mit hohem Einkommen" und „daß wir uns der mühevollen Arbeit unterziehen müssen, uns auch dieser Probleme" (der „Überversorgung", im Bundestagsprotokoll fettgedruckt) „anzunehmen und sie zu untersuchen." Das beträfe zum Beispiel nach den Vorstellungen der CDU die Rentner, die „Mehrfachrenten" beziehen; also zusätzliche Renten zur gesetzlichen, die sie sich in der Zeit, als sie noch gearbeitet haben, durch zsätzliche Zahlungen vom Munde abgespart haben, und Frauen, „bei denen sich sehr hohe Rentenansprüche ergeben, wenn sie aufgrund einer langen eigenen Berufstätigkeit und des Todes ihres Mannes sowohl eine eigene Rente als auch eine Witwenrente beanspruchen können. Die Versorgung der Frauen ist also vom Gesetzgeber nur mit differenzierten Regelungen zu sichern" (FAZ, 7.10.77).

Ehrenberg will, sagt er, zur „sozialen Sicherung der Frau" beitragen. „Sachlich vertretbare und sozial zufriedenstellende Regelungen werden aber wohl zu einer Mehrbelastung der Rentenversicherung führen müssen." Das hat Ehrenberg unbedingt nicht vor, schließlich geht er mit Strauß zusammen, der der Meinung ist, daß „jahrelang die Sozialversicherungen einer der größten Kapitalgeber der Wirtschaft" waren und das auch weiter bleiben sollen. „Deshalb wird es auch die Aufgabe der Kommission sein, zu prüfen, ob zusätzliche Leistungen an bestimmte Gruppen von Frauen nicht durch die Kürzung von Ansprüchen anderer versicherter Gruppen ausgeglichen werden können oder müssen." (FAZ, 7.10.)

Der eine Punkt war, daß Renten gekürzt werden sollen, als zweite wichtige „Neuerung" kristallisiert sich heraus, daß die Frauen als besondere Gruppe der Rentner zu betrachten sind und ihre Altersversorgung, weil einmal wegen zur kurzer Tätigkeit im Beruf zu niedrig und zum andern durch eigene lange Berufstätigkeit und durch die Rente des Mannes zu hoch, ganz besonderer Gesetze bedarf. Wäre da nicht die logische Konsequenz, die Frauen aus der Rentenversicherung herauszunehmen und sie der besonderen Sorgfalt des bürgerlichen Staates zu unterstellen, etwa im Sinne einer Altenfrauenhilfe? Dies würde doch „zur eigenständigen Sicherung" der Frau beitragen. Man versteht jetzt die Beteuerung, daß die „tragenden Prinzipien" der „Rentenversicherung nicht in Frage gestellt werden sollen". Genau die Zerschlagung der Rentenversicherung hat Ehrenberg mit seiner Reform vor, durch Herausnehmen der Frauen aus der Rentenversicherung und Unterstellung unter Almosen vom bürgerlichen Staat soll schließlich die Rentenversicherung, wie bei der Arbeitslosenversicherung schon weit vorangetrieben, unter die staatliche Zwangsverwaltung.

Zugegeben, hier steht Ehrenberg noch am Anfang. Aber in bezug auf die Arbeitslosenversicherung und ihren Ausbau zum staatlichen Zwangsarbeitsamt hat er für die Rentenversicherung ein Übungsfeld. Sind über das Arbeitsförderungs- und Erleichterungsgesetz praktisch die Arbeiter, sind sie nicht mehr in Arbeit, zur Zwangsarbeit zu jedem Lohn verpflichtet, soll jetzt – vorgestellt als Vorschlag von zwei Wissenschaftlern – durch eine „Bewegungsstatistik" der Zugriff auf die industrielle Reservearmee zu Niedrigstlöhnen verschärft werden.

Während Ehrenberg unter der Fahne der „Gleichberechtigung der Frau" die Zerschlagung der Solidarkassen der Arbeiterklasse vorhat, will er gegenwärtig unter Androhung praktisch des Hungertodes für die Rentner die Arbeiter dazu erpressen, mehr für die Rentner zu zahlen. „Im Eilverfahren schloß Ehrenberg zum zweiten Mal eine Finanzlücke in der Rentenversicherung", um „ein drohendes Rentendefizit von 8,9 Mrd. DM bis 1981" abzuwenden, berichtet die „Wirtschaftswoche" Nr. 42. Im einzelnen sollen diese Maßnahmen sein:

– Über das Finanzministerium werden bis 1981 rund 7,5 Mrd. DM bezahlt, das geht über die Steuern, man weiß also, was die Steuerreform bringen wird – Steuererhöhungen.

– Die Bundesanstalt für Arbeit, die ursprünglich nach dem Rentensanierungsgesetz am 1. Januar 1979 an Rentenversicherungsbeiträgen für Arbeitslose zahlen sollte, soll dies bereits vom 1. Juli 1978 tun, das soll 1,5 Mrd. DM angeblich für die Rentenversicherung bringen.

– Die fehlenden 1,4 Mrd. DM soll die Rentenversicherung aus ihren Rücklagen bezahlen. Dazu bemerkt die „Wirtschaftswoche": „Die Rücklagen schrumpfen freilich bis Ende dieses Jahrzehnts auf den Tiefstand. Bleiben als Alternativen: Krankenversicherungsbeiträge der Rentner oder eine Erhöhung des Beitragssatzes von 18 auf 19%."

Die „Gesamtlösung" Ehrenbergs und die „weitreichenden Konsequenzen" sind also: unter dem Mantel von „Gerechtigkeit" Verstärkung der Kontrolle des bürgerlichen Staatsapparates, um die Sozialversicherungen gegen die Arbeiter einzusetzen; unter dem Deckmantel von Ausgleich zwischen „Über-" und „Unterversorgung" Kürzung der Renten und Sozialversicherungsleistungen, um ihre Kassen der Plünderung weiter aufzuschließen; schließlich unter dem betrügerischen Vorwand der „Stopfung" aufgetretener „Finanzierungslöcher" Beitragserhöhungen, mit denen die Lohnabhängigen für den Betrug und Diebstahl der Kapitalistenklasse auch noch zahlen sollen. – (Z-Red.)

Kundgebung gegen den § 218

Hannover. Das Komitee gegen den § 218 Hannover führte am Samstag, 15.10.77, eine Kundgebung gegen die § 218-Prozesse in Hildesheim durch. Schon seit drei Tagen versuchte die Bourgeoisie, diese Kundgebung zu verhindern, gelingen konnte ihr das nicht. Mit brutalem Polizeieinsatz und Verhaftungen wollte sie die Bewegung gegen den § 218 einschüchtern. Das erste Mal wurden dem Komitee gegen den § 218 trotz Bestätigung der Anmeldung der Kundgebung Auflagen gemacht, wie: die Verwendung von Lautsprechern nur, wenn mehr als 70 Menschen an der Kundgebung teilnehmen, und gedroht mit „strafrechtlichen Konsequenzen", was einem Verbot der Kundgebung entspricht. Das Volk aber will sich von diesem Klassenparagraphen befreien. So konnte trotz Verbot die Kundgebung durchgeführt werden. Als über Megaphon enthüllt wurde, daß die Bourgeoisie mit der „Reform" des § 218 die Arbeiterklasse verschärft unterdrükken will, war es der Polizei nicht mehr möglich, die Kundgebung zu verhindern. Über 150 Menschen haben an der Kundgebung gegen den § 218, für einen Volksentscheid, in Hannover teilgenommen.

Wiederaufbau der Streikfront im PJ

Münster. Am 3. Oktober begann für 200 Medizinstudenten das PJ. 60 davon arbeiten im Lehrkrankenhaus in Münster. Damit sind so insgesamt 350 PJler zwangsverpflichtet, in den Lehrkrankenhäusern unentgeltlich zu arbeiten.

In der chirurgischen Universitätsklinik sind 20 PJler, auf jeder Station 4. Von den Oberärzten werden sie zu nervreibender Routinetätigkeit eingeteilt, Patienten sehen sie kaum, werden aber täglich 8 1/2 Stunden auf der Station gehalten. Ein Student muß mittwochs in eine andere Klinik arbeiten gehen, um über die Runden zu kommen. Der Oberarzt hat angekündigt, ihm diese Tage von der erlaubten Fehlzeit von 28 Tagen abzuziehen.

Die Studenten, die am 1.4. das PJ beginnen sollten, hatten sich geweigert, 17 Stunden nach ihrer viertägigen Prüfung anfangen zu müssen. Sie begannen geschlossen erst am 12.4.. Dafür sollen ihnen jetzt von ihren Fehltagen 8 abgezogen werden.

Über all das gibt es große Empörung und die Studenten beginnen den Streik neu aufzubauen. Die PJ Gruppe hat sich vorgenommen, das Semester einzuleiten mit einer Propagandakampagne gegen das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz. Geplant ist eine Veranstaltung.

Frankfurt. Bis zum 25.9. fehlten in Frankfurt 31 Plätze für die 160 PJ-Absolventen in diesem Jahr. Bereits in den Ferien hatten sich die PJler Sprecher gewählt und gefordert:

– Entweder alle einen Platz oder keiner tritt das PJ an.
– Keine Zwangsverschickung ausserhalb des Raumes Frankfurt

und beschlossen, bei Nichterfüllung dieser Forderungen in den Streik zu treten.

Bis zum 3.10. kamen weitere 20 fehlende Plätze hinzu, das Lehrkrankenhaus Hanau hatte kurzfristig den Vertrag gekündigt; Begründung: „Mit den Studenten käme eine zu große Unruhe ins Haus."

Tatsache ist, daß die Sprecher des 7. Semesters sich das Krankenhaus aus der Nähe inspiziert hatten und es ablehnten als Gäste 3,50 DM fürs Mittagessen zu zahlen, und dem „Angebot" des Verwaltungschefs, zusätzlich im Labor Wochenenddienste zu schieben, entgegneten, daß sie Ausbildungs- und Tarifvertrag, Bezahlung, gewerkschaftliche und politische Rechte fordern, einschließlich Streikrecht und dafür zusammen mit allen anderen Studenten in den Streik treten werden. Das ist die Unruhe, die die Klinikchefs zu Recht fürchten müssen. Mit der Taktik der Verknappung der Plätze sollte dem 7. Semester schon von vornherein das Kreuz gebrochen werden. Hanau z.B. forderte, die Studenten müssten „jederzeit bei groben Verstössen gegen die Hausordnung aus dem Krankenhaus verwiesen" werden können. Das wurde nicht hingenommen von den Studenten. Dann sollten sie unterschreiben, das sie mit den unzulänglichen Arbeits- und Ausbildungsbedingungen einverstanden sind und vom Kampf absehen. Das wurde auf einer Versammlung von 160 Studenten ebenfalls zurückgewiesen und Beschluß gefaßt: wenn bis 7.11. unsere Forderungen nach Ausbildungs- und Tarifvertrag nicht erfüllt sind, müssen sie durch den Streik durchgesetzt werden; weiter forderten sie die Frankfurter Fachschaft auf, sich für eine sofortige Fachtagung Medizin der VDS einzusetzen. Diese Erklärung wurde mit 130 Ja-Stimmen angenommen. Auf den Einführungsveranstaltungen wählten die PJ-Studenten erneut entlang der einzelnen Krankenhäuser Sprecher, die 1. verpflichtet wurden in der PJ-Gruppe mitzuarbeiten, 2. sich am Streikaufbau zu beteiligen und für den Zusammenschluß der PJ-Studenten mit den Krankenhausbeschäftigten zu arbeiten.

Köln. Zum chirurgischen Colloquium erschien am Donnerstag der Chef der Chirurgischen Universitätsklinik, Professor Pichelmair persönlich. Er wollte unbedingt durchsetzen, daß dort eine Anwesenheitsliste geführt wird; bisher haben die Studenten sich geweigert, diese Liste zu führen. Er hat angeführt, als PJ-ler habe man „Dienstzeiten wie jeder Assistent", und deren Einhaltung müsse kontrolliert werden. Damit ist er nicht durchgekommen. Er ist vielmehr angegriffen worden wegen der Zustände im PJ: daß die Arbeitskraft der PJ-ler ausgenutzt werde und keine Ausbildung stattfinde, daß manche nicht wissen, wovon sie leben sollen; daß Tarif- und Ausbildungsvertrag richtig sind und nicht die kleinliche Schikane und Kontrolle mit Testaten, Anwesenheitslisten usw.

Die Zelle Medizin der KHG hat unter den PJ-Studenten aus Köln eine Unterschriftensammlung begonnen für eine Vollversammlung aller PJ-ler, auf der der erneute Streik beraten und beschlossen werden soll. Die Semestergruppe des 6. klinischen Semesters, das im nächsten Frühjahr ins PJ muß, hat beschlossen, eine Broschüre über die Zustände im PJ zu machen, um so den Streik vorzubereiten.



Resolution des Kongresses der KHGs und KSBs vom 9.10.1977 in Frankfurt

1. Die Lage, in der die Studentenbewegung sich befindet, ist schwierig. Die Bewegung ist ins Stocken geraten. Sie hat im vergangenen Semester keine Fortschritte gemacht im Kampf gegen die Maßnahmen der Reaktion und im Aufbau einer Front für Bezahlung der Arbeitskraft und uneingeschränkte Koalitionsrechte.

Gegenwärtig geht die Reaktion daran, die Studentenbewegung zu zerschlagen, die Studentenmassen weiter ins Elend zu drücken und die Unterdrückung zu verschärfen und ihre Vertreter zur führenden Kraft in der Studentenschaft zu machen, um Truppen für die Konterrevolution rekrutieren zu können.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieses Vorhaben gelingt.

Vielmehr haben die Opportunisten und vor allem die offen bourgeoisen Politiker in der Studentenschaft Fortschritte gemacht und die Revolutionäre nicht.

Der Verband der Studentenschaften der BRD und Westberlins, die VDS, wurde unter Führung der Sozialdemokratie als Kampforgan entwaffnet und somit den Reaktionären Tür und Tor geöffnet.

Andererseits ist es so, daß die Stokkung sich aufzulösen beginnt, denn die Widersprüche zwischen den Studentenmassen und dem Staatsapparat verschärfen sich und das ist gut. Es ist sicher, daß mit Beginn des Semesters die Regierung und die Professoren nicht nur daran gehen werden, ihre Pläne wie Zerschlagung der ASten und ihre BAFöG-Pläne durchzusetzen, sondern versuchen werden, in den Seminaren und Instituten, in Lehrveranstaltungen und Prüfungen die Studentenmassen zu schikanieren, zu unterdrükken und zu demütigen, um ihre Kampfkraft zu brechen.

Dazu hat die Bourgeoisie auch die Professorenschaft ausgerichtet.

Dagegen wird es Kampf geben und gibt es bereits jetzt schon Kampf. Der Streik der Medizinstudenten, der beschlossen ist und den die Studentenmassen führen wollen, muß aufgebaut werden und der Streik der Studenten in Baden-Württemberg gegen die Zerschlagung ihrer ASten und Beraubung ihrer Vertretungsrechte muß aufgebaut und unterstützt werden. Wir haben die Aufgabe, alle Kämpfe mit aller Entschlossenheit zu unterstützen und in ihnen die Führung zu erringen, damit sie Erfolg haben.

Rasche Aufnahme aller dieser Kämpfe ist notwendig für die Beschleunigung des Aufbaus der bundesweiten Streikfront für 100 DM mehr für alle Bezieher des BAFöG, 1 500 DM Elternfreibetrag, rückwirkend ab 1.10.1976, für uneingeschränkte Koalitionsrechte, für das Streikrecht und gegen die Ordnungs- und Strafmaßnahmen. Es ist notwendig, diese Streikfront zu errichten, zu halten und zu gewinnen, wenn es der Reaktion nicht gelingen soll, die Bewegung zu zerschlagen.

Es ist notwendig, daß die ASten, Fachschaftsräte und Institutsgruppen diese Kämpfe führen, weil sie sonst nicht gewonnen werden können. Wir müssen von ihnen verlangen, daß sie ihre Untersuchungen zu solchen Ergebnissen treiben, die dazu nützen, alle Formen der Unterdrückung der Studentenmassen zu bekämpfen.

Es ist notwendig und es muß daran festgehalten werden, daß der Kampf um die ASten und Fachschaftsräte geführt wird, daß die VDS den Beschluß zum bundesweiten und einheitlichen Streik fassen und durchführen muß.

2. Daß die Studentenbewegung in diese gefährliche Lage gekommen ist, daß die Bourgeoisie Einbrüche erzielt hat und nicht wir Fortschritte, verantworten wir.

Die Stockung wird sich nur auflösen in einen politischen Fortschritt und den notwendigen Streik, wenn die Revolutionäre ihren Aufgaben nachkommen und alle Fragen des Klassenkampfes behandeln. Umfassende propagandistische Tätigkeit und Kampf gegen alle Erscheinungen der Herrschaft der Kapitalistenklasse ist notwendig. Das hatten wir auch im März beschlossen. Das ist aber nicht geschehen.

Vielmehr ist es so, daß die Unterstützung der Kämpfe der Arbeiter und der Volksmassen und auch die Kämpfe der Proletarier aller Länder und der unterdrückten Völker von den revolutionären Studenten und ihren Organisationen nicht ausreichend organisiert worden ist. Wird dies nicht gemacht, so müssen wir dies zweifach büßen.

Zum einen wird die Verbindung mit der Arbeiterbewegung, mit der demokratischen Massenbewegung nicht hergestellt, sondern geschwächt, was die Kämpfe der Arbeiter schwächt und gefährlich ist, weil es gelingen kann, die Arbeiterbewegung von der Intelligenz zu isolieren. Zum anderen werden *die* Kräfte in der Studentenbewegung, mit denen wir uns unbedingt verbinden müssen und die die entscheidende Kraft der Bewegung sind, nicht von uns mobilisiert, sondern wir von ihnen isoliert. Es sind dies die Studenten, die nicht an der Hochschule am „Studentenleben" teilnehmen, oft nicht einmal an Vollversammlungen, sondern die die Hochschule meiden und nur besuchen, um ihr Studium hinter sich zu bringen, weil sie arm sind und die Hochschulen verabscheuen. Sie müssen aber organisiert werden. Zugleich schaffen solche Fehler den Reaktionären Raum in der Studentenschaft.

Wollen wir die Stockung auflösen und die Verbindung der Studentenbewegung mit der Arbeiterbewegung herstellen, so muß die Propagandatätigkeit umfassend sein und die Kämpfe der Arbeiter entschlossen an den Hochschulen bekanntgemacht und praktisch unterstützt werden.

Unmittelbar ausdrücken muß sich das in der Kritik und Vernichtung von Positionen der imperialistischen Wissenschaft, die nicht vom Standpunkt der Besserwisserei geführt werden darf, was die Professoren oft noch nicht einmal stört, sondern eine Bereicherung für sie ist. Vielmehr muß sie sich von den Erfordernissen und Interessen der Massenbewegung leiten lassen wie die Professoren von den Interessen und Erfordernissen der Kapitalistenklasse geleitet werden. Den Kampf der Studenten gegen die Ausdehnung des Studienpensums ins Uferlose unterstützen wir und sehen ihn als Voraussetzung für die Erledigung dieser Aufgaben an. Das muß dann auch praktisch zur Verbindung und Stützung der Massenbewegung führen.

Insbesondere muß der Kampf der Arbeiterbewegung für mehr Lohn und gegen die verschärfte Ausbeutung, für den 7-Stunden-Tag so unterstützt werden; muß der Kampf der Jugend und der Volksmassen gegen die Schulunterdrückung, gegen die 5en und 6en, der Kampf für die Forderungen der Soldatenbewegung nach Lohnfortzahlung in der Armee und Recht auf jederzeitige Kündigung ebenso unterstützt werden wie der Kampf der Proletarier aller Länder und der unterdrückten Völker.

Nur wenn wir das organisieren und die Studentenbewegung dafür mobilisieren, ist die Wende, die in diesem Semester herbeigeführt werden kann, auch durchführbar.

3. Wir beschließen, daß folgende Maßnahmen von allen revolutionären Studenten jetzt sofort angepackt werden müssen:

– der Vertrieb der KVZ und der Vertrieb bis Montagabend ist entscheidend für die Organisierung der Bewegung und unsere Verbindung mit ihr;

– der Kampf gegen die Gesetzesmaßnahmen der Reaktion, gegen die absolute Verelendung, verschärfte Ausbeutung und Verwandlung der Gesellschaft in ein Militärzuchthaus für die Arbeiterklasse und die Volksmassen wird von der Studentenbewegung geführt und wir müssen das organisieren und führen. Deshalb werden wir bis Weihnachten eine Veranstaltungsreihe durchführen, die die Kritik an und den Kampf gegen diese reaktionären Gesetzesmaßnahmen mit der Untersuchung und Kritik der imperialistischen Wissenschaft und ihre Organisierung an den Hochschulen durch die Professoren verbindet;

– die Studienbewegung, die der KBW organisiert mit der Herausgabe der Bücher und der Durchführung von Wochenendschulungen muß entschieden unterstützt werden und die Studentenbewegung dafür mobilisiert;

– die Veranstaltungen zur deutschen Geschichte müssen ebenso unterstützt und genutzt werden;

– die KHGs und KSBs müssen darüberhinaus an den Hochschulen eine Studienbewegung zum Studium des Marxismus-Leninismus organisieren, die die Studentenbewegung braucht in ihrem Kampf und die notwendig ist zur Verbindung mit der Arbeiterbewegung;

– an den Hochschulen muß die Kampagne zur „Sammlung von Gewehren für Zimbabwe" breit eingeleitet und fortgesetzt werden.

(einstimmig verabschiedet)

Vertrauensmännerwahlen als Kampfmittel gegen verlängerte Dienste, für Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht

„Letzte Woche fanden in der 1./PzGrenBtl 131 in der Spilburg-Kaserne in Wetzlar die Vertrauensleutewahlen der Mannschaft statt. Der Kp-Chef und der Bataillonskommandeur hatten schon einige Vorbereitungen getroffen. Eine Woche vorher wurde von beiden eine Truppeninformation einberufen. Am gleichen Tage wurde einer der sechs Kandidaten zum Btl.-Kommandeur befohlen. Der Grund: Er hatte zur Vertrauensmannwahl den Arbeitern ein Programm vorgeschlagen. „Dies ist eine Frechheit, ein Pamphlet! Außerdem haben sie das Ding noch mit der Dienstmaschine getippt. Ich werde Sie disziplinarisch bestrafen, dann ist es sowieso aus mit dem Vertrauensmann."

Dies berichtet uns ein Soldat über die Lage in der Kaserne. Die Armeeführung beruft sich auf das Soldatengesetz. Dort ist zu lesen: „Der Vertrauensmann soll zur verantwortungsvollen Zusammenarbeit zwischen Vorgesetzten und Untergebenen sowie zur Erhaltung des kameradschaftlichen Vertrauens innerhalb des Bereichs, für den er gewählt ist, beitragen." (§ 35 des Soldatengesetzes)

Dies ist das Ziel der Armeeführung. Der Widerstand in den Kasernen findet an jeder einzelnen Auseinandersetzung statt. In Munster wollten die Stabsunteroffiziere unter direkter Anleitung eines Oberleutnants erzählen, daß die Sache mit der Judenverbrennung in München überhaupt nicht schlimm sei usw. Allein in dieser Diskussion, auf der 300 Soldaten versammelt waren, beteiligten sich an der Diskussion vierzig Soldaten. Viele traten auf und griffen die herrschende Klasse an und deren politische Ziele. Es waren junge Rekruten, die gerade zwei Wochen in der Armee sind. 17 Stunden Dienst mußten sie durchschnittlich in den letzten Tagen machen. Viele Soldaten werden fahnenflüchtig, sie ertragen die Unterdrükkung nicht, ein Fahnenflüchtiger hat sich das Leben genommen.

„Schwer mit den Schätzen des Orients beladen", müssen die neuen Rekruten in den Kasernen singen, gefallen lassen sie sich das nicht. Heftige Auseinandersetzungen finden statt. Politisch lassen sich die Soldaten nichts sagen. Das „Kriegsvölkerrecht" soll dazu dienen, die politischen Interessen des westdeutschen Imperialismus im ersten politischen Unterricht theoretisch zu belegen. Wie friedlich die Staaten der NATO seien! Mit der Antwort sind die Soldaten nicht sparsam: „Und was war Vietnam?" Dies sind oft Argumente, die sich die Herren Offiziere anhören müssen.

„Doch was völlig fehlt", stellt Dr. Hans Küppers bei der Erforschung des Vokabulars in der Armee fest, „sind Ausdrücke für Krieg, Front, Schützengraben, Schlachtfeld, Angriff, Hauptverbandsplatz, Verwundung, Soldatentod – alles umschrieben mit dem ominösen E-Fall."

Dies sind die politischen Verhältnisse in der Armee, Offiziere, die sich lückenlos in der Geschichte der Armee auskennen, wissen, daß die Vertrauensleute in der Geschichte der Arbeiterbewegung eine zentrale Bedeutung gehabt haben. Erstmals 1919 wurde das Recht auf Wahl von Vertrauensmännern durch einen Erlaß der Reichsregierung durchgesetzt. Sie standen zunächst in Verbindung mit den Soldatenräten. Ihre Aufgabe war, daß sie gemeinsam die Angelegenheit aller Soldaten ihrer Bereiche wahrnahmen. Die Vertrauensmänner waren keine Einzelorgane, sondern Kollektivorgane, die sich zusammenfinden und Beschlüsse fassen konnten. Die Vertrauensmänner hatten zu dieser revolutionären Zeit weitgehende Rechte. So hatten die Vertrauensmänner die Kontrolle über die Verwendung der Nahrungsmittel, Zubereitung der Speisen und die Kantinenbetriebe.

Die Vertrauensmänner hatten das Recht erkämpft, die Soldaten im Lohnkampf oder im Kampf um gerechte Forderungen mit den Massen zusammenzuschließen. All dies weiß die Bourgeoisie, und sie weiß, macht die Arbeiterklasse die Revolution, dann wird sie die Waffen durch die Gewinnung der Soldaten schon haben.

Die Vertrauensleutewahlen in diesem Quartal haben für die Arbeiterklasse einen bestimmten Zweck, den Zusammenschluß der Soldaten gegen die verlängerten Dienste, gegen die verfeinerte Schikane und Disziplinierung herzustellen. Der Kampf für Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht, den wir seit dem Soldaten- und Reservistentag ins Zentrum gestellt haben, ist entscheidendes Kettenglied, den Zusammenschluß der Soldaten herzustellen. Daß diese Taktik richtig ist, beweisen die laufenden Vertrauensleutewahlen, so ist uns allein bekannt, daß die Forderung nach Lohnfortzahlung in folgenden Kasernen in Programmen zu den Vertrauensmännerwahlen enthalten ist oder diskutiert wird: Delmenhorster Barbarakaserne, Raketenartillerie Btl. 112; Warendorf, 3./Inst. 120; Lorch, 4. PionierBtl. 5 Rheingaukaserne und in der 3./Leichtes PiBtl. 15 Köln.

Es werden aber noch in viel mehr Kasernen diese Forderungen aufgestellt.

Die Forderung nach Dienstausgleich für Zusatzdienste! Halber Tag wachfrei! bildet in diesen Vertrauensmännerwahlen ebenfalls einen Schwerpunkt und wird in vielen Kasernen aufgestellt.

Die Armeeführung will die Vertrauensleutewahlen rausschieben, verzögern und schikanieren. Hier dürfen sich die Soldaten nichts gefallen lassen. Sie müssen kämpfen für ihre Interessen. Politische und gewerkschaftliche Freiheiten in der Bundeswehr! werden die Offiziere sonst an vielen Wänden lesen können. – (Sprecherrat Nord)

chen. Viele Soldaten werden fahnenflüchtig, sie ertragen die Unterdrükkung nicht, ein Fahnenflüchtiger hat sich das Leben genommen.

„Schwer mit den Schätzen des Orients beladen", müssen die neuen Rekruten in den Kasernen singen, gefallen lassen sie sich das nicht. Heftige Auseinandersetzungen finden statt. Politisch lassen sich die Soldaten nichts sagen. Das „Kriegsvölkerrecht" soll dazu dienen, die politischen Interessen

Gewinnung der Soldaten schon haben.

Die Vertrauensleutewahlen in diesem Quartal haben für die Arbeiterklasse einen bestimmten Zweck, den Zusammenschluß der Soldaten gegen die verlängerten Dienste, gegen die verfeinerte Schikane und Disziplinierung herzustellen. Der Kampf für Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht, den wir seit dem Soldaten- und Reservistentag ins Zentrum gestellt haben, ist entscheidendes Kettenglied,

Vorschriften, die bei der Wahl der Vertrauensleute zu beachten sind (auszugsweise)

(Die Vorschriften können in jeder Einheit bei KpTrpFhr/BtrTrpFhr, in der Bataillinsbibliothek, beim S 2 oder beim KpFw/KpChef eingesehen und angefordert werden.)

Soldatengesetz
§ 35

Vertrauensmann

(1) ...Mannschaften ...
7. in der Grundausbildung
wählen aus ihren Reihen je einen Vertrauensmann und je zwei Stellvertreter.

(3) In Einheiten ..., die ... eine Grundausbildung durchführen, wählen die ausbildenden Mannschaften unabhängig vom Stammpersonal aus ihren Reihen je einen Vertrauensmann und je zwei Stellvertreter.

Vertrauensmännerwahlgesetz v. 26.7.57, zul. geänd. 25.4.75
§ 2

(4) ... in der Grundausbildung findet eine Wahl nicht statt, wenn die voraussichtliche Amtsdauer des Vertrauensmannes bis zur Beendigung der Grundausbildung weniger als 14 Tage beträgt.

§ 4

(2) Der Disziplinarvorgesetzte soll spätestens eine Woche nach ... Beginn ... der Grundausbildung ... eine Versammlung der Wahlberechtigten zur Wahl des Wahlvorstandes einberufen. Die Wahl erfolgt durch Handaufheben.

§ 5

Ort und Zeit der Stimmabgabe setzt der Disziplinarvorgesetzte nach Anhörung des Wahlvorstandes unverzüglich fest. Sie soll vier bis sechs Wochen nach Bestellung des Wahlvorstandes stattfinden.

§ 9

Zur Wahl des Vertrauensmannes können die Wahlberechtigten innerhalb von zwei Wochen nach der Bekanntgabe von Ort und Zeit der Stimmabgabe Wahlvorschläge machen.

§ 3

(2) Wählbar sind die Wahlberechtigten der Wählergruppe mit Ausnahme
... 4. derjenigen Soldaten, gegen die im letzten Jahr vor dem Tag der Stimmabgabe wegen Verletzung ihrer Dienstpflichten eine gerichtliche Freiheitsstrafe, eine gerichtliche Disziplinarmaßnahme oder Disziplinararrest unanfechtbar oder rechtskräftig geworden ist.

§ 13a

Vereinfachtes Wahlverfahren

(1) ... in der Grundausbildung wird der Vertrauensmann ... in einem vereinfachten Wahlverfahren gewählt. Der Disziplinarvorgesetzte setzt innerhalb von zwei Tagen nach der Bestellung des Wahlvorstandes und dessen Anhörung Ort und Zeit einer Versammlung der Wahlberechtigten zur Wahl des Vertrauensmannes der Wählergruppe fest. Diese Versammlung soll sieben bis zehn Tage nach Bestellung des Wahlvorstandes stattfinden.

(3) Nach Eröffnung der Versammlung der Wahlberechtigten kann jeder anwesende Wahlberechtigte mündliche oder schriftliche Wahlvorschläge machen ...

(4) Werden zwei oder mehr Bewerber vorgeschlagen, findet eine schriftliche Wahl statt ...

§ 20

(1) ... in der Grundausbildung endet die Amtszeit des Vertrauensmannes mit deren Ende.

testens eine Woche nach ... Beginn ... der Grundausbildung ... eine Versammlung der Wahlberechtigten zur Wahl des Wahlvorstandes einberufen. Die Wahl erfolgt durch Handaufheben.

§ 5

Ort und Zeit der Stimmabgabe setzt der Disziplinarvorgesetzte nach Anhörung des Wahlvorstandes unverzüglich fest. Sie soll vier bis sechs Wochen nach Bestellung des Wahlvorstandes stattfinden.

(3) Nach Eröffnung der Versammlung der Wahlberechtigten kann jeder anwesende Wahlberechtigte mündliche oder schriftliche Wahlvorschläge machen ...

(4) Werden zwei oder mehr Bewerber vorgeschlagen, findet eine schriftliche Wahl statt ...

§ 20

(1) ... in der Grundausbildung endet die Amtszeit des Vertrauensmannes mit deren Ende.

Dreißig Kriegsartikel der neuen Zeit für Officiere und Gemeine in despotischen Staaten

aus: Karl Heinzen, königl. preußischem Landwehrofficier außer Landes. (Neustadt, 1849)

Im folgenden drucken wir Auszüge von „Kriegsartikeln" von Karl Heinzen, königlich preußischer Landwehroffizier, ab. Dieser Mann aus dem Bürgertum, „radikaler Publizist", wie in historischen Nachschlagewerken zu erfahren ist, führt Kritik an der Armee. Wir veröffentlichen sie, weil wir den Lesern dieser Zeitung die Positionen und die „Kritik" der Bourgeoisie und deren „Unbehagen" deutlich machen über einen ihrer Offiziere außer Landes. Der Bourgeois läßt sich über die Disziplinierung in der Armee aus, dies sind Heinzens Hauptgesichtspunkte, die sozialen Interessen der Volksmassen interessieren ihn nicht. Das wird im Text deutlich. Die hatte er auch nicht, als er „wirtschaftlich bedrängt" war, ging er in die USA. So lösen die Bourgeois ihre Probleme.

Drill und Schikane in der Armee

Die Kleider meiner freien Jugend wurden mir ausgezogen und man steckte mich in ein buntes Wams, das noch nach dem Angstschweiß seines früheren Trägers duftete ... Man befahl mir, mein Geschirr – ich dachte wirklich an Pferdegeschirr dabei – in Ordnung zu bringen, mein Mordinstrument zu putzen und mir „Liebe zur Waffe" anzueignen. ... Die kommandirenden Gesichter, die sich rings um mich her so henkermäßig geberdeten, die Kriegsartikel, die Kasernenmauern, all das sah so liebreich aus, daß ich mir die Liebe zur Waffe gern angeschafft hätte, um die ganze Wirthschaft aus der Welt zu schaffen. ... Am anderen Tag begann das sogenannte Exerziren. Ich wurde mit einer Menge „Kameraden" in eine Reihe gestellt und dann gings an die Zubereitung meiner Gliedmaßen zum „Allerhöchsten Dienst". Ich hatte früher oft auf meinen geraden, gutgewachsenen Beinen gestanden, hier und dort, so oder so, aber das war alles nicht auf die rechte Weise zugegangen. Jetzt erst lernte ich „grade stehen", d.h. ein lebendiger Stock werden ... jetzt erst lernte ich „gradeaus" sehen. Mochte das „gradeaus" in eine Mistpfütze oder in ein Kerkerfenster führen, das war einerlei, ich hatte nicht zu *sehen*, sondern nur die Augen „gradeaus" zu richten, d.h. eine tote Wachsfigur vorzustellen ... Jetzt lernte ich „militärische Haltung". Ich mußte mich auf den Zehen balanciren, als sei es die höchste Pflicht eines „getreuen Untertanen", beim ersten Kommando auf die Nase zu fallen, mußte den Bauch einziehen, als sei ich von patriotischem Bauchgrimmen befallen; mußte den Hintern vorstrecken, als gölte es eine stete Bereitschaft zum Empfang von Stockprügeln; mußte die Brust herauswerfen, als sollten die feindlichen Kugeln an ihr abprallen ... und vor allen Dingen – ja das Vaterland wäre zu Grunde gegangen, wenn ich das nicht getan hätte – ich mußte die Hände gestreckt an die Beine legen, „so daß der kleine Finger genau die Hosennaht berührte."

Einst hörte man beim Exerciren ein dumpfes Gemurmel, Gewitterwolken zogen am Himmel herauf, die Erde erzitterte, die Menschen liefen beängstigt durcheinander, die Telegrafen geriethen in Bewegung, die Hunde bellten, alle Behörden kamen auf die Beine, kurz die Welt drohte aus den Fugen zu gehen. Niemand wußte den Grund dieser schrecklichen Unordnung aufzufinden. Ich ging patriotisch mit mir zu Rath. Endlich fragte ich mich: hast du wohl auch den kleinen Finger an der Hosennaht? Und siehe da, der kleine Finger hing einen halben Zoll von der Hosennaht entfernt. Ich erschrack sehr, faßte mich aber und zog in der Stille ganz unmerklich den kleinen Finger an die Hosennaht heran. Was geschah? Alles begann sofort sich zu beruhigen, und in einigen Tagen war das Vaterland wieder im Geleise und jeder Hund wieder in seiner Hütte ...

Die Hierarchie der Unterdrückung

Art. 17 Der Korporal oder Gefreite.

Die Schuhsohle, die der „Vorgesetzte" mit Füßen tritt, besteht aus zwei Lagen. Die untere, dickere Lage ist der Gemeine und die obere, dünnere ist der Korporal.

Art. 18. Der Unteroffizier.

Der Unteroffizier kann sich schon zu den Tretenden rechnen. Im Unteroffizier liegt die ‚eigentliche Exekutivkraft' des Mordsystems. Der Unteroffizier ist der Hetzhund, der die Herde zu Paaren treibt, er ist die Handhabe, womit die Maschinerie unmittelbar dirigiert wird ... Nach oben muß er totaler Dienstbote sein ... Er ist ein ganzes Leben hindurch Sklave und Sklavenhetzer, aber was er eigentlich sein sollte, ein Mörder und Mordhetzer, das wird er nicht einmal. Er ist bloß Sklave zur Disposition, er ist ein Säbel in der Scheide. Wenn er sich bei seinem seligen Ende fragt: was habe ich im Leben gethan? so gähnt und speit ihn die fußtretende Antwort an: du hast Rekruten malträtiert und hast Rekruten malträtiert.

Abschaffung des stehenden Heeres!

In despotischen Staaten ist die Bevölkerung in drei Theile getheilt: den einen bildet der Herrscher mit seinem Anhang, den zweiten bilden die Beherrschten oder das eigentliche Volk, den dritten bilden die Werkzeuge zur Beherrschung, und unter diesen Werkzeugen steht obenan das stehende Heer ... Wenn also ein Staat mit einem stehenden Heer bedeckt ist, so bildet dies in der Regel den Maßstab, um die Volksfreiheit zu messen. Der Maßstab ist ein ganz sicherer, wenn nicht neben dem stehenden Heer ein bewaffnetes, selbständiges Volksmilitär besteht, welches der herrschenden Gewalt Schonung des Volkes abnöthigt."

Atombombeneinsatz

Der amerikanische Sicherheitsberater Brzezinsky hat mit dem Einsatz von Atomwaffen gedroht. Wenn beide Supermächte ihre Atombomben einsetzen würden, dann könnten sie 10 % der Menschheit, also 400 Mio. Menschen umbringen. Wenige Tage später haben sich der US-Imperialismus und der Sozialimperialismus grundsätzlich über einen Kuhhandel zur Übertölpelung der Völker der Welt geeinigt. Angeblich hätten sie jetzt einen Durchbruch erzielt in den Genfer Abrüstungsgesprächen (SALT II). Dies könne – so US-Präsident Carter – womöglich in naher Zukunft zu einer „tatsächlichen Herabsetzung der gegenseitigen Bestände an nuklearen Fernwaffen" führen.

Beides – Atomdrohung und Kuhhandel – ist genau aufeinander abgestimmt. In den letzten Jahren haben die Völker der Welt die Machenschaften der beiden Supermächte immer besser durchschaut. Erklärungen dieser beiden über Abrüstung wird mit großem Mißtrauen begegnet. Das weiß auch der amerikanische Sicherheitsberater. Die Drohung mit dem Atomkrieg sollte einschüchtern, der Abrüstungskuhhandel demgegenüber zumindestens als kleineres Übel freudig akzeptiert werden. Aber haben Atomwaffen und Machenschaften der Supermächte verhindern können, daß der Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt einen großen Aufschwung genommen hat in den letzten Jahren? Das haben sie nicht. Im Gegenteil. Diese Machenschaften waren Öl auf das Feuer des Befreiungskampfes. Heute stehen die Imperialisten mehr denn je an der Wand und jammern über den „Nord-Süd-Konflikt", ihre inneren Widersprüche nehmen zu, sie sitzen auf einem Pulverfaß.

Vier Jahre lang haben sie in Genf miteinander gefeilscht. Die Sozialimperialisten wollten sich nicht in ihrer Fernrakete „SS 18", die US-Imperialisten nicht in ihren Langstreckenraketen „Cruise Missile" beschränken. Jetzt sollen die USA angeblich zugestanden haben, daß die Sowjetunion ihre „SS 18" modernisiert, dafür hat die Sowjetunion den USA eine größere Reichweite ihrer „Cruise missiles" zugestanden. Die ganze Begrenzung besteht im Ausbau des Waffenarsenals. Die USA haben heute in den vier Jahren noch nicht die Zahlen der „Begrenzung" des ersten Abkommens in Wladiwostok (SALT I) von 2400 Fernraketen erreicht, sie haben erst 2150. Ist der Rahmen groß, dann geht viel rein, wird er zu klein, dann macht man ihn größer. Nach dieser Logik feilschen die beiden imperialistischen Oberganoven, um hinterher auseinanderzugehen zur Fortsetzung der imperialistischen Konkurrenz und Kriegsvorbereitung. – (Z-Red.)

Polizei erschießt ausländischen Jugendlichen

Seesen. Am Donnerstag wurde der 18jährige Italiener Francesco Urru von einem Kripo-Beamten erschossen. Vorausgegangen war ein Prozeß gegen Francesco wegen einer Schlägerei, in dem er zu sieben Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt wurde. Nach der Verhandlung wollte er fliehen. Er trug Handschellen und blieb laut Augenzeugen nach ein paar Schritten stehen, drehte sich um und wurde von vorne erschossen.

Die Empörung der Volksmassen über diesen brutalen Polizeimord ist groß. Jugendliche versammelten sich an der Stelle, wo der Mord passiert war, zündeten Fackeln an und stellten Blumen auf. In einem Seesener Metallbetrieb (Züchner) sollen italienische Arbeiter die Arbeit aus Protest verweigert haben.

Die Bourgeoisie deckt ihren diensteifrigen Büttel. So Kripo-Abführer Rinke: „Der Beamte hat sich völlig korrekt verhalten." Die Bourgeoisie betreibt solche Morde, sie hetzt die Polizisten auf, schmiert die Offiziere und holt sich auch kriminelle Elemente in ihren Polizeiapparat. Sie will die Rebellion, insbesondere der Arbeiterjugend gegen ihre elende Lage, unterdrücken. Sie will ein Militärzuchthaus über die Arbeiterklasse und die Volksmassen errichten, um die Verschärfung der Ausbeutung, die wachsende Ausplünderung durchzusetzen und Ruhe im eigenen Land für den imperialistischen Krieg zu schaffen.

Der Mord an Francesco Urru wird nicht hingenommen. Die Stadtzelle Seesen des KBW führte am Samstag in der Seesener Innenstadt eine Kundgebung durch. 500 Flugblätter gegen den Mord wurden verteilt, 23 KVZ und vier Programme wurden verkauft. Es gab große Diskussionstrauben. Der Vorschlag der Kommunisten, eine Demonstration am Mittwoch durchzuführen, wurde begrüßt. Eine Rentnerin schlug vor, Unterschriften zu sammeln zur Vorbereitung der Demonstration. Sie wollte das auch selber unterstützen. Über 20 Arbeiter und Schüler machten einen Umzug hin zur Polizeiwache . Die Polizisten waren zersetzt, sie verkrochen sich in der Wache. Nur ein Polizeioffizier traute sich hervor. Der Stand des KBW wurde nicht angegriffen, obwohl Polizei da war, und das Recht auf unangemeldete Megaphonrede zum ersten Mal in Seesen durchgesetzt.

Rommel-Troika

Wilhelmshaven. Vor zwei Wochen ist der Kommandeur der Flotille der Minenstreitkräfte in Wilhelmshaven ausgewechselt worden, zwei Minensuchgeschwader wurden zusammengelegt. Für ihre acht Admirale, das sind mehr als an allen anderen Marinestandorten zusammengenommen außer Bonn, errichtet die Bundeswehr ein neues Marine-Amt für 25 Millionen.

Die Minenstreitkräfte werden auf das

Rommel-Troika

Wilhelmshaven. Vor zwei Wochen ist der Kommandeur der Flotille der Minenstreitkräfte in Wilhelmshaven ausgewechselt worden, zwei Minensuchgeschwader wurden zusammengelegt. Für ihre acht Admirale, das sind mehr als an allen anderen Marinestandorten zusammengenommen außer Bonn, errichtet die Bundeswehr ein neues Marine-Amt für 25 Millionen.

Die Minenstreitkräfte werden auf das
Troika-System umgerüstet. Das System besteht aus einem Kriegsschiff, das weite Strecken zurücklegen und kleinere Minensuchboote, die ferngesteuert unbemannt operieren können, an Bord aufnehmen kann.

Im Seekrieg können Minen zu verschiedenen Zwecken verwandt werden: Die eigenen Küsten können vermint werden als Schutz vor angreifenden feindlichen Truppen, fremde Küsten können entmint werden, um den Weg für die eigenen Landungstruppen freizumachen, oder vermint, um der feindlichen Flotte den Nachschub abzuschneiden. Das Troika-System soll dazu dienen, weit entfernt von den eigenen Küsten zu operieren, z.B. im Ringen mit den Sozialimperialisten um die Beherrschung des Nordmeers oder für Interventionen in Ländern der Dritten Welt.

Um sich auf den imperialistischen Krieg ideologisch vorzubereiten, rottet sich die Reaktion und ihre Offiziersbande in Zirkeln wie dem „Afrika-Korps", das in Delmenhorst kürzlich neugegründet worden ist und in Wilhelmshaven sein 25jähriges Bestehen gefeiert hat, zusammen. Auf den Spuren Rommels wollen die westdeutschen Imperialisten von neuem gegen Afrika ziehen. Wilhelmshaven bauen sie zur Zentrale für den imperialistischen Seekrieg aus.

Für den Kriegsfall – riesige Lebensmittellager

Oldenburg. Das Wehrbereichsversorgungsamt (WBV) II in Oldenburg hält einen ständigen Vorrat von 200 Artikeln, insgesamt 200 000 Tonnen Lebensmittel im Wert von 60 Mio. DM. Jährlich werden Lebensmittel für 12 Mio. DM an Truppenküchen und „karitative Einrichtungen" geliefert, das sind paramilitärische Organisationen wie THW, Rotes Kreuz usw., die im Kriegsfall versorgt werden.

Die Feldbäckereien des WBV produzieren heute täglich zwei Tonnen Backwaren, die fünf Monate gelagert werden, bevor sie an die Truppe gehen. Möglich ist eine Produktion von 38 Tonnen.

Das WBV in Oldenburg ist das größte in Westdeutschland, weil es günstig liegt. Einerseits liegt es in der „Panzerrollbahn" norddeutsche Tiefebene, andererseits ist es durch die Weser geschützt.

Die Kapitalistenklasse muß riesige Lebensmittellager halten, um für den Krieg gerüstet zu sein, weil sie sich nicht auf die Produktion der Arbeiter und Bauern stützen kann.

Die Krisen- und Notstandsprogramme der westeuropäischen Imperialisten dienen zur Ausplünderung der Volksmassen

„Konjunkturankurbelung", „Stimulierungsmaßnahmen", „Wirtschaftsbelebung durch verstärkte Investitionen", „Kostendämpfung" – so schallt es aus allen bürgerlichen Parlamenten der europäischen imperialistischen und kapitalistischen Staaten.

Spanien: „Wirtschaftsminister Fuentes hat offenbar Ministerpräsident Suarez davon überzeugt, daß nur durch ein Programm von Schweiß und Tränen Spanien wieder gesunden kann." Die Siege, die die Arbeiterklasse gegen den Franco-Faschismus errungen hat, sollen mit Unterstützung von Reformisten und Revisionisten im „Namen der Demokratisierung" zunichte gemacht werden, um Spanien für die Beherrschung durch das imperialistische, vor allem westdeutsche Kapital, reif zu machen. Am 10.10. hat eine Konferenz unter dem Vorsitz von Suarez unter maßgeblicher Beteiligung der Sozialistischen Partei und der revisionistischen KP sich u.a. auf folgende Maßnahmen geeinigt: Die Löhne sollen eingefroren werden auf eine Steigerung von 22%. Inflationsbekämpfung heißt das ganze, die Inflationsrate ist heute 30% in Spanien. Betriebe, die sich nicht daran halten, werden mit finanziellen Nachteilen bedroht, sie haben dafür das Recht, bis zu 5% ihrer Belegschaft zu entlassen. Weitere scharfe Drosselung der Kredite, was bisher schon zu Hunderten von Konkursen geführt hat, nach Schätzungen zum Ruin von 12000 bis 15000 Betrieben führen wird; „sparsamste Haushaltsführung" des Staates, aber Subventionen für die Exportwirtschaft, die Bauindustrie und die Landwirtschaft, die dort zur weiteren Konzentration des Kapitals führen werden; Entlastungen der Kapitalisten von den Abgaben für die Sozialversicherungen, die sie sowieso schon seit Monaten boykottieren; Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung, wobei es das Ziel der Regierung ist, die Arbeitslosenzahl auf 1 Million (bei 13 Millionen Lohnabhängigen) „zu stabilisieren". Das ganze Programm soll über Steuererhöhungen hereingeholt werden, „Liberalisierung und Demokratisierung"
„Liberalisierung und Demokratisierung"
der gesamten Wirtschaft heißt das, wobei vor allem eine „Neuregelung der Rechte und Pflichten der Arbeiter in den Betrieben" eingeführt werden soll.

Österreich: Seit Wochen hämmern die Presse und die bürgerlichen Politiker auf die österreichische Arbeiterklasse ein, daß mit Lohnerhöhungen dieses Jahr nichts drin sei. Die sozialdemokratische Bundesregierung hat jetzt ein kurzfristiges „Paket" zwecks „Sanierung der Staatsfinanzen" vorgelegt sowie „Bereitschaftsmaßnahmen" für 1978. Eingeführt werden soll eine sogenannte „Luxussteuer", das heißt die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 18% auf 30% für bestimmte Waren. Die Sozialdemokratie veröffentlichte diese Maßnahme demagogisch als eine für die „besseren Einkommensschichten bestimmte", die Massen sollten eingefangen werden für die Versteuerung von Traghubschraubern und Luxusbooten. Bei genauem Hinsehen wird aber deutlich, daß eine Menge Waren unter diese Steuer fallen, die zur Reproduktion der Ware Arbeitskraft dienen und die jetzt zum Luxus erklärt worden sind, wie z.B. Taschenuhren und Plattenspieler. Verschiedene weitere Erhöhungen sind geplant. Anhebung der Höchstbetragsgrundlage für die Krankenkassen, Erhöhung der Rezeptgebühren von 6 auf 15 Schilling, Einführung von Medikamentenkleinpackungen und die Anhebung des Pensionsbetrages, alles Maßnahmen, die mehr Steuern aus den Massen herausziehen sollen. Die „Bereitschaftsmaßnahmen" beinhalten ein „Konjunkturausgleichsbudget" sowie „Exportförderungsmaßnahmen", Gelder also, die den Kapitalisten direkt in den Rachen geschoben werden und über die Steuern eingetrieben werden sollen.

In den *Niederlanden* sind angekündigt worden: eine Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes für Erdöl, Gas und Kohle und andere Energieträger von bisher 4% auf den Normalsatz von 18% und die Erhöhung der Steuer für Zigaretten. Ansonsten soll die Regierung ein Konjunkturpaket ausarbeiten, worin auf alle Fälle „direkte Hilfen für die Wirtschaft erfaßt werden sollen".

Norwegen: Erhöhung der indirekten Steuern auf Benzin, Tabak und alkoholische Getränke sowie die Erhöhung der Tarife für Telefon und öffentliche Transportmittel einerseits, Senkung der Steuern auf Investitionen in der Industrie und im Bergbau um 18% andererseits. Das sieht der Haushaltsplan vor, den die sozialdemokratische norwegische Regierung dem neugewählten Parlament am 13.10. vorgelegt hat. – (Z-Red.)

Kapitalisten im Spekulationstaumel

Genscher in Peking / Außenhandel mit der VR China

„Ich sage nur China, China, China", leitete am vergangenen Sonntag der Sprecher der Sendung „Bonner Perspektiven" einen Bericht über die Reise Genschers nach Fernost ein. Ungeniert tragen die Imperialisten ihren Appetit auf den „Brocken China" zur Schau. Dieser Appetit regt sie zu den wildesten Spekulationen und eifrigsten Geschäftstätigkeiten an:

„Japans Ministerpräsident im Sog der China-Welle", stellte die „Süddeutsche Zeitung" vom 29.9. fest: „Im Verhältnis zu China haben die Veränderungen der letzten Monate, also insbesondere die vom 11. Parteitag der Kommunistischen Partei abgesegnete Priorität für eine erfolgsorientierte wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu einem modernen Industriestaat sogleich den Appetit der japanischen Wirtschaft auf einen nun viel konkreteren und aussichtsreicheren massiven Einstieg ins Chinageschäft geweckt. Selbst jahrelang abseits stehende Unternehmen ... bemühen sich nun, als ‚neue Freunde' mit den Chinesen groß ins Geschäft zu kommen."

Da möchten die westdeutschen Imperialisten nicht abseits stehen:

„Peking mißt dem Besuch Genschers große Bedeutung bei", führt die „Welt" am 12.10. aus: „Die chinesische Seite wird das Gespräch mit Sicherheit auf die wachsende Förderung von Rohöl und die Bedeutung dieses Faktors angesichts der fast unausweichlichen Energiekrise der Zukunft bringen. Der Wunsch, fortgeschrittene Technologie aus dem Westen, vor allem der Bundesrepublik, einzuführen, stößt rasch auf Zahlungsprobleme, für die sich mit Hilfe des Öls eine Lösung ergeben."

Chinesisches Öl! Einfuhr „fortgeschrittener Technologie", „vor allem der Bundesrepublik"! Zahlungsprobleme! – Die Imperialisten geraten in Eifer angesichts ihrer Gier, die chinesischen Reichtümer auszuplündern, den chinesischen Markt zu erobern, den sozialistischen Aufbau der Volksrepublik China zu zersetzen und zu zerstören. Worauf sie setzen, hat die „Frankfurter Allgemeine" am 12.9. ausgeführt:

„China wird sich deshalb wohl von seinen sehr konservativen Vorstellungen über solide Staatsfinanzen lösen, einen großen Wechsel auf die Zukunft ziehen und sich im Ausland stärker als bisher verschulden müssen. Das Vertrauen in die eigene künftige Entwicklung und die Richtigkeit des jetzt eingeschlagenen wirtschaftspolitischen Weges müßten der chinesischen Führung einen solchen Schritt jetzt möglich machen. Daß zumindest ernsthafte Erwägungen in diese Richtung angestellt werden, zeigten die hochrangigen Finanzdelegationen, die in letzter Zeit ins westliche Ausland entsandt wurden."

Der „Repräsentant für Asien und China-Experte der Bank of America" will gar wissen:

„Um den Devisenbedarf zu decken, will die Volksrepublik China noch in diesem Jahr Auslandsmittel in der Größenordnung von 1 Milliarde Dollar aufnehmen." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.8.77)

Die Volksrepublik China hat seit dem Sturz der „Viererbande" ihren Willen bekräftigt, das Tempo des sozialistischen Aufbaus zu beschleunigen, China bis zum Ende des Jahrhunderts in einen modernen Industriestaat zu verwandeln und dabei die imperialistischen Länder einzuholen und zu überflügeln: „Das ist eine Verpflichtung. Ihr habt eine so große Bevölkerung, ein so riesiges Territorium und einen solchen Reichtum an Naturschätzen. Außerdem baut ihr, wie man hört, den Sozialismus auf, der eigentlich überlegen sein sollte. Und wenn ihr dann nach alledem die USA in fünfzig oder sechzig Jahren noch immer nicht überholt habt, wie wollt ihr euch dann rechtfertigen? (...) Also, die Überflügelung der USA ist nicht nur möglich, sie ist eine absolute Notwendigkeit und Pflicht. Andernfalls würde unsere chinesische Nation die anderen Nationen der Welt enttäuschen, und unser Beitrag für die Menschheit wäre nicht groß", hatte der Vorsitzende Mao 1956 die chinesischen Volksmassen aufgefordert. „Die Revolution anpacken, die Produktion fördern", entsprechend dieser Richtlinie hat das chinesische Volk im Vertrauen auf die eigene Kraft ein unabhängiges und in sich geschlossenes Industrie- und Volkswirtschaftssystem aufgebaut und seine politische Unabhängigkeit verteidigt. Natürlich hat es Rückschläge gegeben. Die „Viererbande" hatte versucht, die Produktion zu sabotieren und lahmzulegen und die wirtschaftliche und damit auch die politische Unabhängigkeit der Volksrepublik China zu vernichten, das sozialistische China dem Imperialismus und Sozialimperialismus auszuliefern. Ihre Politik, alles „Ausländische" zu verteufeln und den Außenhandel der Volksrepublik China auf ein geringes Maß einzuschränken, steht dazu nicht in geringstem Widerspruch. Heißt denn der Aufbau einer unabhängigen Wirtschaft, sich von dem Rest der Welt abzukapseln und darauf zu verzichten, fortgeschrittenere technische und wissenschaftliche Entwicklungen zu nutzen? Sicher nicht, im Gegenteil. Als eine Konsequenz aus der Kritik der „Viererbande" betreibt die Volksrepublik China heute eine Ausweitung ihres Außenhandels, um, wie der chinesische Vizeministerpräsident Yü Tjiu-li vor kurzem ausführte, „alle positiven Faktoren im In- und Ausland in Bewegung zu setzen und die Beziehung zwischen Unabhängigkeit und Selbständigkeit sowie Vertrauen auf die eigene Kraft einerseits und dem Lernen vom Ausland andererseits richtig zu behandeln." (Peking Rundschau, Nr. 33, 16.8.1977)

Warum versetzt diese Ankündigung der Volksrepublik China, den Außenhandel zu erweitern, die Imperialisten in solche Spekulationstaumel? Was regt sie zu ihren Hoffnungen an? Es ist ihre Profitgier, die ihnen das Gesichtsfeld verstellt und ihnen die Augen trübt. *Sie* treiben den Handel als Krieg, in dem es gilt, den Konkurrenten auszustechen, den „Handelspartner" übers Ohr zu schlagen, ihm die Bedingungen zu diktieren, ihn unter Druck zu setzen. *Sie* sehen in der Ausweitung des Handels mit der Volksrepublik China ihre Chance, dem Land ihre Bedingungen aufzuzwingen, es zur Verschuldung auf Jahre und Jahrzehnte hinaus zu treiben und so mit der wirtschaftlichen seine politische Unabhängigkeit zu zersetzen und ihre Herrschaft erneut zu errichten. „Konservative Vorstellungen über solide Staatsfinanzen aufgeben", hetzt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung". Das hätte sie gern, wir glauben's wohl. Indes, die Ernüchterung der Imperialisten bleibt nicht aus; sie deutet sich ja jetzt schon an. Im Frühjahr schon waren die „hochrangigen Finanzdelegationen" im „westlichen Ausland", und immer noch warten die Imperialisten auf chinesische Kreditnachfrage. Sie werden weiter warten müssen, weil sie nicht begreifen, daß sich die Arbeiterklasse, die in der Volksrepublik China ihre Herrschaft errichtet hat, niemals und durch kein „verlockendes" Angebot in die Schuldknechtschaft der Imperialisten begibt.

„Auf der Grundlage der Prinzipien der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Vorteils und der Befriedigung der gegenseitigen Bedürfnisse müssen wir den wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Austausch mit anderen Ländern erweitern", schrieb im September die staatliche chinesische Planungskommission. Die Imperialisten springen darauf an, weil sie das „große Geschäft" wittern. Sollen sie! Sollen auch sie ihren Vorteil dabei haben – kurzfristig. Ganz unfreiwillig und gegen ihre eigentliche Absicht tragen sie dazu bei, daß das chinesische Volk im Bereich von Technik und Wissenschaft von fortgeschritteneren Entwicklungen lernt und sie für den beschleunigten Aufbau des Sozialismus nutzt. – (Z-Red.)

Der Kampf um die NATO-Nordflanke und die Plünderung der skandinavischen Länder

„Der noch häufig im kontinentalen Denken verharrende Mitteleuropäer muß verstärkt erkennen, daß die zur See hin offene Nordflanke mit den schwer zu sichernden Ostseezugängen und der schmalen Landbrücke ... ein schwieriger Punkt des Verteidigungssystems der NATO ist, wobei seine exponierte Lage eine ständige Bedrohung durch die Streitkräfte des Warschauer Pakts auf dem Lande, dem Wasser und der Luft zeigt." So stellt sich die militärische Austragung der imperialistischen Konkurrenz einem Schreiber der Europäischen Wehrkunde 12/76 dar. Das Denken muß endlich den Realitäten angepaßt, die Nordflanke als eigener Körperteil begriffen werden wie der eigene Arm. Die Imperialisten brauchen ihn zum Zuschlagen und Würgen.

Tatsächlich verbindet die westdeutschen Imperialisten eine goldechte Liebe zu Skandinavien. Diese Länder sind seine Schuldner. Aus der Tabelle

Handelsbilanz 1976	Dänemark Mrd. dKr.	Finnland* Mrd. Fmk.	Norwegen Mrd. nKr.	Schweden Mrd. sKr.
Gesamt	– 19,9	– 3,1	– 14,2	– 3,8
davon:				
EG	– 10,4	– 0,6	– 1,3	– 5,1
BRD	*– 7,7*	*– 1,4*	*– 2,4*	*– 7,8*
Comecon	– 0,8	– 0,6	– 0,4	– 0,3
UdSSR	– 1,0	– 0,4	– 0,02	– 0,9
USA	– 0,7	– 0,6	– 1,8	– 1,9
Auslandsverschuldung 1977 (Prognosen in Landeswährung ca.)	50 Mrd	23 Mrd (1976)	51 Mrd	30 Mrd

* Zahlen Januar – September

Quelle: Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Jahrgänge 1976/77

100 dKr.: 37,31 DM; 100 Fmk: 55,11 DM; 100 nKr.: 41,54 DM; 100 sKr.: 47,47 DM (am 13.10.77)

ist zu sehen, daß die BRD-Imperialisten die mit weitem Abstand Hauptverantwortlichen für die negative Handelsbilanz der skandinavischen Länder sind, die sie auch noch über die Währungsschlange an die Kandarre genommen hatten. Als Folge der ständigen Außenhandelsdefizite hat sich die Auslandsverschuldung dieser Länder ständig erhöht und beträgt in Norwegen schon 30% des Bruttosozialprodukts von 1976. Seit vor Norwegen (Ekofisk) Erdöl gefunden und ausgebeutet wird, und mit der Lieferung von Erdgas über Emden sind die Beziehungen der westdeutschen Imperialisten zu Norwegen noch „herzlicher" geworden. Sie waren es schon traditionell wegen des Eisenerzes, wegen Aluminium, Nickel und Papier. Im 2. Weltkrieg führte diese Liebe gegen den heftigen Widerstand Norwegens zur Besetzung des Landes durch deutsche Truppen („Unternehmen Wesermünde"), „um sich das Eisenerz und die Nordflanke zu sichern".

Das seit dem 1. Juli 1977 endgültig in Kraft getretene Freihandelsabkommen zwischen Schweden und der EG, das Zollfreiheit für die meisten Waren außer der Mehrzahl von Agrarerzeugnissen vorsieht, war eindeutig zum Vorteil der BRD-Imperialisten, die 1976 Rohstoffe im Wert von 1,36 Milliarden Mark aus Schweden einführten, aber Maschinen und Fahrzeuge im Wert von 5 Milliarden Mark ausführten. In der Folge der aufgetretenen Schwierigkeiten durch die steigende Auslandsverschuldung war Schweden im Mai dieses Jahres gezwungen, wie auch Dänemark, abzuwerten. Im Juni 77 wurde die Mehrwertsteuer von 17,65% auf 20,63% erhöht. Die sozialimperialistische Sowjetunion bringt sich vor allem über Svalbard (Spitzbergen) und über Finnland ins Spiel. Im Kontinentalsockel zwischen Spitzbergen und Nordnorwegen und in der Barentssee werden große Erdöl- und Erdgasvorkommen vermutet. In Svalbard wurden Anfang des Jahres große Uran- und weitere Kohlelager entdeckt. Schon heute beutet sie die Kohlevorkommen in Svalbard aus und unterhält von allen 39 Staaten des „Spitzbergenabkommens" von 1925 die größte Kolonie.

Nach diesem Vertrag haben alle Unterzeichnerstaaten das Recht, Svalbard auszuplündern, Norwegen darf diese Ausplünderung nur verwalten und muß darauf achten, daß keiner zu kurz kommt. In Finnland mißbraucht der Sozialimperialismus den Vertrag von 1948, der mit der revolutionären Sowjetunion nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges abgeschlossen wurde, als Finnland unter General Mannerheim im Bündnis mit dem deutschen Faschismus zu einer Speerspitze gegen die russische Revolution geworden war. Darin verpflichtet sich Finnland, nie mehr den deutschen Imperialisten finnisches Territorium als Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion zu öffnen. Heute dient dieser Vertrag den Sozialimperialisten dazu, sich Finnland in einem halbkolonialen Zustand zu halten und eine unabhängige Politik zu verhindern.



NATO und Warschauer Pakt

Als jetzt die Sowjetunion in der Barentssee Trawler aus EG-Ländern entern und verjagen ließ, wurden die in der NATO zusammengeschlossenen Imperialisten hellwach. Es geht nicht nur um die Reichtümer der skandinavischen Länder und des Nordmeers, sondern um den „übergeordneten strategischen Gesichtspunkt" der Sicherung der Seeverbindungslinien zwischen den USA und Europa. Kontrolliert der Sozialimperialismus die Nordflanke der NATO, so kann er den US-Imperialismus von seinen europäischen Kumpanen abschneiden. Kontrolliert die NATO den Raum zwischen Svalbard und Nordnorwegen, so kann sie die Sozialimperialisten im Nordmeer (Murmansk) einschnüren. Aus der Flanke wird eine Zange. Jeder der imperialistischen Räuber träumt von seiner idealen Ausganspositon. Die skandinavischen Völker werden nicht gefragt. Sie und ihre Reichtümer sind Mittel zum Zweck des Kampfes um die Weltherrschaft. Dieser Kampf entscheidet sich in Mitteleuropa. Immer deutlicher wird der Ruf nach „Flankensicherung" für die beste Ausgangsposition in diesem Ringen. Die Zahl der Flottenmanöver im Nordmeer hat seit 1970 ständig zugenommen. 1976 manövrierte die gesamte atlantische Flotte der NATO im „teamwork 76", die Sowjetunion konzentrierte ihre weltweite Flottenübung 1975 im „Okean 75" auf das Nordmeer und den Nordatlantik und zog 1976 erstmals Seestreitkräfte in der Nordsee zusammen.

Gestützt auf die NATO und im Bewußtsein des Gläubigers sucht der BRD-Imperialismus eine selbständige Rolle zu spielen, um „seine" Nordflanke in den Griff zu bekommen. Heute müssen die BRD-Imperialisten nicht einmal mehr wie im Zweiten Weltkrieg ein „Unternehmen Wesermünde" inszenieren, um die skandinavischen Länder zu besetzen. Sie sind schon da, in den Kommandostellen der NATO, wie im Hauptquartier Ostseezugänge (HQ BALTRAP) in Karup (Dänemark) und als NATO-Truppen „im Manöver". Das dänische und das norwegische Volk haben eine kämpferische Tradition gegen die deutschen Besatzer. Ihre Forderungen sind heute: Abzug aller fremden Truppen, raus aus der NATO! – (Z-Red.)

„Menschenrechte" und „Reformen" - Carter rüstet für den Krieg

„Reform" in der Sozialversicherung



Die Carter-Regierung ist in den Sattel gehoben worden, um unter dem Banner „Menschenrechte und Reformen" den US-Imperialismus kriegsbereit zu machen. Vorbild ist die Roosevelt-Regierung vor dem Zweiten Weltkrieg, die es unter ähnlicher Flagge binnen weniger Jahre zu einer massiven Lohnsenkung und Verwandlung des Landes in ein großes Militärzuchthaus für die Arbeiter brachte. Mit frommer Visage arbeitet sich Carter eiskalt voran. Die „Reformen" folgen Schlag auf Schlag.

Anfang August ließ er seinen Minister für Gesundheit, Erziehung und Wohlfahrt, Califano, „mit sofortiger Wirkung" die Bezahlung von Abtreibungen, die die ärmsten Familien der Arbeiterklasse vornehmen müssen, durch die Krankenversicherung stoppen. Vorher waren jährlich 250000 – 300000 solcher bezahlter Abtreibungen vorgenommen worden.

Kurz darauf, ebenfalls im August, trat die Regierung mit ihrem neuen Wohlfahrtsgesetzentwurf hervor.

Dies Gesetz teilt die Millionenarmee der Menschen, die aus der kapitalistischen Produktion als verbraucht, verstümmelt oder „überflüssig" ausgestoßen wurden und daher der staatlichen Fürsorge anheimfallen, in zwei Kategorien:
1. Entschuldigte, 2. Arbeitsfähige.

Wer nicht entschuldigt ist, ist arbeitsfähig und damit arbeitspflichtig. Verpflichtet zum staatlichen Arbeitsdienst sind alle außer Alten, Blinden und Versehrten. Für alleinstehende Mütter oder Väter, die ein Kleinkind zu versorgen haben, ist die halbtätige Arbeitspflicht eingeführt.

Ein Arbeitsfähiger steht dem Staat jederzeit und (wenn er Arbeiter ist) zu praktisch allen Bedingungen ganztägig zur Verfügung. Dafür kann er für eine vierköpfige Familie maximal 2300 Dollar im Jahr aus einer „Einkommenshilfe" der staatlichen Sozialversicherung erhalten. Das sind 430 DM im Monat. Für eine vierköpfige Familie!

Es ist klar, daß diese Familie davon nicht einmal einen Monat lang essen, geschweige denn wohnen und sich kleiden kann. Genau so soll es nach der christlichen Absicht der Gesetzesautoren auch sein. Die Arbeiter sollen durch den Hunger gezwungen werden, jede Arbeit anzunehmen. Das rettet sie aber noch nicht. Denn für jeden Dollar, den sie jetzt als Lohn verdienen, wird ihnen von der „Einkommenshilfe", die die Sozialversicherung dazu zahlt, ein halber Dollar wieder

geschweige denn wohnen und sich kleiden kann. Genau so soll es nach der christlichen Absicht der Gesetzesautoren auch sein. Die Arbeiter sollen durch den Hunger gezwungen werden, jede Arbeit anzunehmen. Das rettet sie aber noch nicht. Denn für jeden Dollar, den sie jetzt als Lohn verdienen, wird ihnen von der „Einkommenshilfe", die die Sozialversicherung dazu zahlt, ein halber Dollar wieder

abgezogen. Absolute Obergrenze für das Gesamteinkommen einer 4-köpfigen Familie sind 8400 Dollar im Jahr; darüber hinaus gibt es keinerlei Zuschuß mehr. Das wären 1600 DM im Monat – für eine Familie tatsächlich immer noch weniger als das Existenzminimum.

Wie sagte doch Carter, die Augen fromm zu Himmel gedreht? Endlich sei gesichert, daß „Arbeit immer profitabler ist als Wohlfahrt und ein privater, nicht-subventionierter Job immer profitabler ist als ein Job von der staatlichen Arbeitsbeschaffung."

Mit anderen Worten: „endlich" ist ein staatlicher Arbeitsdienst ohne jede Zweideutigkeit geschaffen und ist gesichert, daß die Löhne weit unter dem Existenzminimum bleiben. Im Augenblick wird im Repräsentantenhaus um die Einführung eines Mindestlohns gestritten. 2,95 Dollar, etwas über 6 DM sind im Gespräche, einige Herren Abgeordnete finden, damit werden die Arbeiter verwöhnt. Dieser Mindestlohn wird dann wohl für staatlichen Arbeitsdienst gezahlt. Etwa 1980 soll das ganze System in die Gänge kommen. Bis dahin will Carter als ersten Schritt 1,4 Millionen Arbeitsplätze im „öffentlichen Dienst" geschaffen haben, in die die Empfänger von „Einkommenshilfe" dann zwangsweise eingewiesen werden können. Das wird der US-Finanzbourgeoisie ein ausgezeichneter Rammbock sein, um den Angriff auf den Lohn und die Rechte der ganzen Arbeiterklasse zu schaffen – wenn der Angriff nicht zurückgeschlagen wird.

Inzwischen werden schon die nächsten Schritte vorbereitet. Teuer, sündhaft teuer sei dieses Reformprogramm, stöhnt Carter bereits. Man müßte was für die „Kostendämpfung" tun.

Daran ist jetzt gegangen worden. Diesmal hat die US-Finanzbourgeoisie Kongreßabgeordnete vorgeschickt, um den Ruf der Regierung nicht zu schnell zu ruinieren. Das Rezept

Inzwischen werden schon die nächsten Schritte vorbereitet. Teuer, sündhaft teuer sei dieses Reformprogramm, stöhnt Carter bereits. Man müßte was für die „Kostendämpfung" tun.

Daran ist jetzt gegangen worden. Diesmal hat die US-Finanzbourgeoisie Kongreßabgeordnete vorgeschickt, um den Ruf der Regierung nicht zu schnell zu ruinieren. Das Rezept

stammt aus der KZ-Küche des westdeutschen Arbeitsministers Ehrenberg, aber muß die westdeutschen Bourgeois schier noch vor Neid erblassen lassen.

„Mit ungewöhnlicher Eile und Einstimmigkeit", wie US-Zeitungen vermerkten, wurde eine Gesetzesvorlage durchgepeitscht, die das Rentenalter von 65 auf 70 Jahre anhebt. Für Staatsangestellte soll jede Altersbegrenzung überhaupt aufgehoben werden. Das Kalkül ist einfach und klar: Heute bekommt ein großer Teil der Rentner auch nach einem langen Arbeitsleben unter dem Joch des Kapitals nur eine so winzige Rente, daß sie bei allem Patriotismus davon nicht satt werden können. Zum Beispiel ist die Zahl der Rentner Legion, die allein im letzten Winter in ihren Dachzimmern und feuchten Wohnungen erstickt und elend zugrunde gegangen sind, weil sie die Gasrechnung an die Energiemonopole nicht zahlen konnten. Für die US-Bourgeoisie ist das aber noch zu wenig. Steinalte Pressezaren lassen junge Journalisten in den Zeitungen Woche für Woche sich die Finger wund schreiben darüber, daß „Amerika ergraut", das „Gespenst einer Greisenherrschaft" drohe usf. In den USA, diesem Eldorado von Recht und Gesetz, sei „festgelegt, daß das Recht auf einen Job nur von der Fähigkeit und nicht durch Hautfarbe oder Geschlecht bestimmt werden sollte – bis eine Person 65 wird. Jetzt dämmert die Idee, daß dies sowohl willkürlich als auch diskriminierend ist" (New York Times, 6.10.77).

Also „Freiheit" für den 65jährigen Arbeiter, der nach aller Schufterei nur eine Hungerrente vor sich hat, noch weiter zu arbeiten. Nichts kann sicherer dazu führen, daß der Rentenanspruch überhaupt „wegfällt", als weitere Lohnarbeit unter der Fuchtel des Kapitalisten.

Natürlich muß man dem Alten klar machen, daß man ihm eine Gnade tut

Also „Freiheit" für den 65jährigen Arbeiter, der nach aller Schufterei nur eine Hungerrente vor sich hat, noch weiter zu arbeiten. Nichts kann sicherer dazu führen, daß der Rentenanspruch überhaupt „wegfällt", als weitere Lohnarbeit unter der Fuchtel des Kapitalisten.

Natürlich muß man dem Alten klar machen, daß man ihm eine Gnade tut

und er nur geduldet ist. Neidvoll berichtet ein Professor Peters im „Wall Street Journal" über glänzende Erfahrungen der japanischen Konkurrenten in der Vernutzung und Beseitigung alter Arbeiter: Man gibt ihnen eine Teilzeitarbeit, aber ohne jeden Anspruch auf irgendeinen Kündigungsschutz „und sonstige Privilegien". Zugleich müsse man Mittel und Wege finden, „um Leute, die sich nicht anpassen können und mit Neuerungen nicht mehr Schritt halten, von ihrem Arbeitsplatz zu entfernen" (Neue Zürcher Zeitung, 24.9.77). Mit anderen Worten: es handelt sich um die Schaffung einer großen Masse alter Arbeiter unter oder über 65 Jahren, die vollkommen vogelfrei sind und mit letzter Kraft buchstäblich um ihr Leben arbeiten. Damit kann man dann eine Masse anderer Arbeiter, die ihre Arbeitskraft noch teurer verkaufen können, aufs Pflaster schmeißen und die ganze Klasse tief spalten.

Carter wäre nicht Carter, wenn er diesen neuen brutalen Angriff auf die arbeitenden Massen nicht als „Fürsorge für die Armen" verkaufen würde.

Am 5. Oktober 1977 geschah etwas Unerhörtes: der Präsident der Vereinigten Staaten begab sich in eines der riesigen Armenviertel seines Landes, nach Bronx in New York, wo es während des Strom-Black-out im Sommer zu Schießereien mit der Polizei gekommen war.

„Durch eine schwere Eskorte von Geheimagenten und Polizisten geschützt, reiste Carter in einer kugelsicheren Limousine durch Straßen, die wie ein Schlachtfeld aussahen." 75 Minuten lang soll Carter sich in Bronx aufgehalten haben. Begleitet wurde er von Wohnungsbauministerin Harris, der einzigen Repräsentantin der schmalen schwarzen Bourgeoisie der USA im Kabinett. In Süd-Bronx beträgt die Arbeitslosigkeit 85%. Der Empfang war heiß: „Die Anwohner standen am Rand und schrien: ‚Sagt ihm, wir brauchen Geld! Er soll Geld schicken!', und ein Mann brüllte zum Präsidenten rüber: ‚Gib einen Job, Mann, ich brauche einen Job!'" (International Herald Tribune, 6.10.77).

Dann dürften die Sicherheitsbeamten eilig zum Aufbruch gedrängt haben. Carter richtete an seine Begleitung die folgenden historischen Worte: „Gebt mir alle acht auf dieses Viertel!" Die amerikanische Arbeiterklasse wird das als eine handfeste Drohung verstehen müssen. – (Z-Red)

Mann, ich brauche einen Job!'" (International Herald Tribune, 6.10.77).

Dann dürften die Sicherheitsbeamten eilig zum Aufbruch gedrängt haben. Carter richtete an seine Begleitung die folgenden historischen Worte: „Gebt mir alle acht auf dieses Viertel!" Die amerikanische Arbeiterklasse wird das als eine handfeste Drohung verstehen müssen. – (Z-Red)

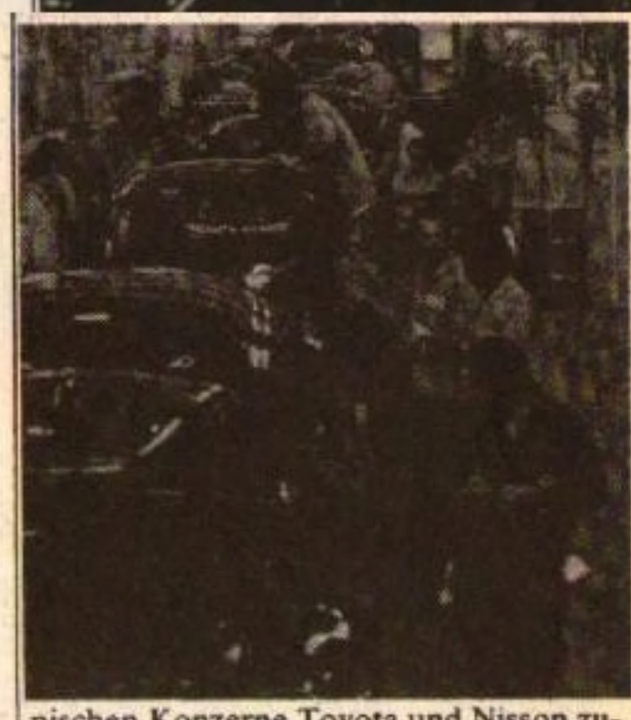
Maßnahmen der Andenpaktstaaten gegen die imperialistischen Automobilkonzerne

Ende August einigten sich die Länder des Andenpakts über ein gemeinsames Produktionsprogramm der Kraftfahrzeugindustrie der 5 Andenstaaten Bolivien, Peru, Kolumbien, Ecuador und Venezuela. Dies Programm sieht vor, daß die Produktion der PKW und LKW für die Andenländer durch eine planmäßige Aufteilung der Produktionsbetriebe in den 5 Mitgliedstaaten gemeinsam produziert werden. PKW bis zu 1050 ccm sollen in Kolumbien, von 1050 bis 1500 ccm in Kolumbien und Ecuador, von 1500 bis 2000 ccm in Peru und Venezuela, über 2000 ccm in Venezuela hergestellt werden; Geländewagen sollen in Kolumbien und Venezuela produziert werden, LKW von 3 bis 4,6 Tonnen in Ecuador, von 4,6 bis 6,2 Tonnen in Peru, von 9,3 bis 17 Tonnen in Kolumbien, Peru und Venezuela, und die Produktion von Schwerlastwagen über 17 Tonnen sollen Peru und Venezuela übernehmen. Die imperialistischen Konzerne, allen voran VW, Chrysler und Toyota hatten versucht, dieses Abkommen zu verhindern. „Denn die Automobil-Lobby in Peru, wo bereits jährlich rund 35000 Kraftfahrzeuge montiert werden, sah durch den Vorvertrag ihre Interessen bedroht und rechnete ihrer Regierung vor, daß die Verwirklichung der Übereinkunft ein jährliches Handelsbilanzdefizit von 100 Millionen Dollar bedeute." (Handelsblatt, 6.10.)

4 bis 7 Milliarden US-Dollar beträgt die Verschuldung Perus bei den Imperialisten. Allein 1977 sind davon 890 Millionen Dollar Zahlungen fällig, das sind 40 bis 50% der gesamten Exporterlöse des Landes. Um diese Schulden zahlen zu können, muß Peru weitere Kredite aufnehmen. Die Imperialisten im Internationalen Währungsfonds diktieren die Bedingungen, Haushaltskürzungen und verschärfte Abwertung. Um das Abkommen zu verhindern, haben die Imperialisten die peruanische Regierung unter Druck gesetzt, lange Zeit konnten sie es so hinauszögern. Trotz der Widersprüche ist es den Andenstaaten jetzt gelungen, dies Automobilprogramm zu beschließen und sich über die Aufteilung der Produktion zu einigen. Dies Abkommen richtet sich gegen die Ausplünderung und Ausbeutung der Andenländer durch die imperialistischen Konzerne und fördert den Aufbau der nationalen Wirtschaft der einzelnen Länder.

Die Automobilkonzerne der imperialistischen Länder stehen in scharfer Konkurrenz untereinander um die Ausplünderung dieser Länder. Chrysler beherrscht 32,1%, VW 28,1% und die japa-





nischen Konzerne Toyota und Nisson zusammen 35,2% des peruanischen Marktes. In Venezuela beherrschen die Japaner den Motorradmarkt, klagen die BRD-Imperialisten. „Die Bundesrepublik Deutschland vermochte ihren Lieferwert erheblich zu steigern, blieb aber im Verhältnis vor allem zu Japan weiterhin stark zurück ... Die deutschen Exporte entsprachen wertmäßig etwa 5% der japanischen Lieferungen." (Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Juni 77)

Die Fortschritte im Zusammenschluß der Länder Lateinamerikas setzen den expansionistischen Zielen der Imperialisten Schranken. „Der Gedanke, mit Hilfe einer (Montage-)Produktion nicht nur den kolumbianischen Markt, sondern auch diejenigen der anderen Andenmarktländer erreichen zu können, ist mit Vorsicht zu verfolgen ..., die Klauseln der Andenmarktvereinbarungen sehen den Schutz bestehender nationaler Industrien vor", klagen die westdeutschen Bourgeois über die dahinschwindenden Profitchancen in den Andenländern.

Die Länder Lateinamerikas haben diese „Gedanken" der Imperialisten längst durchschaut, das Kfz-Abkommen der Andenstaaten verbessert die Bedingungen, diese imperialistischen Plünderer endgültig aus ihren Ländern zu vertreiben. Schon im letzten Jahr haben die Andenpaktstaaten einen gemeinsamen Reservefonds mit 240 Millionen Dollar gegründet, um den Mitgliedsländern des Andenpakts Kredite zu gewähren und die weitere Verschuldung und Abhängigkeit der Länder von den Imperialisten zu verhindern.

Die kolumbianische Regierung erklärte am 29. August 1977, daß mit Billigung des Autoprogramms in Lima ein entscheidender Schritt zur Konsolidierung des Andenpakts getan worden ist. Der Zusammenschluß der Länder der Dritten Welt gegen die imperialistischen Plünderer und ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit stärkt den Kampf der Völker der Dritten Welt gegen den Imperialismus. – (Z-Red.)

Die RGW-Banken – Instrumente der Sozialimperialisten zur Ausplünderung und Unterdrückung fremder Völker

Die beiden RGW-Banken, die „Internationale Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit" (IBWZ) und die „Internationale Investitionsbank", haben sich seit ihrer Gründung als wichtige Hebel bei der Herausbildung der „internationalen Arbeitsteilung" unter der Fuchtel des Sozialimperialismus erwiesen. Beide waren sie von vornherein Instrumente der Sozialimperialisten, die nicht nur knapp ein Drittel aller Einlagen stellen, sondern auch alle führenden Funktionen wie z.B. die Verantwortlichen des Geschäftsrates an sich gerissen haben.

Die Internationale Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit wurde 1964 ins Leben gerufen und gleichzeitig damit eine neue Verrechnungseinheit, der Transfer-Rubel, der dem russischen Rubel gleichgesetzt ist, eingeführt. In der Zeitschrift des Moskauer Außenhandelsministeriums „Außenhandel" heißt es in der Ausgabe 7/77:

„Bekanntlich gewährt die IBWZ den Banken der Mitgliedsländer zwei Arten von Krediten in transferablen Rubeln: Verrechnungskredite zur Deckung des Bedarfs an Mitteln bei kurzfristiger Überschreitung der laufenden Zahlungen gegenüber den Zahlungseingängen und befristete Kredite zur Erweiterung des Warenumsatzes für Maßnahmen zur Spezialisierung und Kooperation der Produktion sowie für den Ausgleich der Zahlungsbilanz bei den gegenseitigen Verrechnungen und für andere Zwekke."

Die Sozialimperialisten schlagen dabei gleich zwei Fliegen mit einer Klappe: Der Transfer-Rubel kann weder gegen Gold noch gegen freie Devisen gewechselt werden noch kann er dazu verwandt werden, andere Produkte als die von RGW-Ländern zu kaufen. So dienen die Kredite einzig und allein der Förderung des Außenhandels zwischen den RGW-Ländern bzw. mit solchen Ländern, die in enger Beziehung zum RGW stehen und denen diese Bedingungen aufgezwungen werden können. Sie beschleunigen so die Verwandlung der RGW-Länder in Lieferanten für die Bedürfnisse der sozialimperialistischen Wirtschaft, während gleichzeitig die Entfaltung ihres Handels mit anderen Staaten gehemmt wird. Das ist das eine. Zum anderen zwingen die Bestimmungen die Mitgliedsländer dazu, der Sowjetunion Kredite zu gewähren. Denn diese hat in den letzten Jahren eine ständige negative Zahlungsbilanz mit den osteuropäischen Ländern zu verbuchen, die in den Jahren zwischen 1965 und 1975 insgesamt immerhin 700 Millionen Transfer-Rubel betrug. (Nach Radio Peking)

Das 1971 verabschiedete Komplex-Programm der RGW-Staaten legt fest, innerhalb der nächsten 20 Jahre „die kollektive Währung so zu verstärken, daß sie tatsächlich die Hauptfunktionen einer *internationalen* sozialistischen Währung voll zu erfüllen in der Lage ist". 1980 soll über die Einführung eines einheitlichen Währungskurses entschieden werden; außerdem sollte, so wurde beschlossen und seither in die Tat umgesetzt, der Transfer-Rubel auch bei der Verrechnung mit „Dritten Ländern" (!) verwandt werden. Fast gleichzeitig mit der Verabschiedung des Komplexprogramms hat die „Internationale Investitionsbank" ihre Tätigkeit aufgenommen: die Kreditvergabe für die Finanzierung von Investitionen für die Erweiterung der Roh- und Brennstoffbasis und für Maßnahmen zur Stärkung der „internationalen Arbeitsteilung, Spezialisierung und Kooperation". Der sowjetische Finanzminister Garbusov feierte in einem Prawda-Artikel (11.7.1970) den Beschluß zur Gründung als einen Schritt, der „dem Bedürfnis nach Konzentration und wirksamen Einsatz von Hilfsquellen und -geldern für wichtige Vorhaben im gemeinsamen Interesse der Mitgliedsländer" entspreche. Eine Milliarde Rubel wurden so „konzentriert" – in den Händen der Sozialimperialisten und zur Durchsetzung ihrer Vorstellungen von „internationaler Arbeitsteilung". Ein doppelt lukratives Geschäft: Erstens regelten die Sozialimperialisten mit Hilfe ihrer Herrschaft über die Internationale Investitionsbank den Bau zahlreicher auf ihre Interessen abgestimmte Industrieprojekte – bis Anfang 1976 waren es 44. Zweitens verschafften sie sich selbst billige langfristige Kredite. Während die IBWZ kurzfristige Kredite vergibt, sind die Kredite der Internationalen Investitionsbank langfristig, der Zinsfuß beträgt zwischen 2 und 5 Prozent. Diese Spanne wird dann auch voll ausgenutzt. Für die Kredite, mit denen die Gasleitung von Orenburg (Ural) zur sowjetischen Westgrenze gebaut wurde, genehmigten sich die Sozialimperialisten einen Zins von 2%; die anderen RGW-Länder, die Kredite in Anspruch nehmen – so z.B. die DDR für das Kombinat „Umformtechnik" in Erfurt, Rumänien für ein Waggonbauwerk in Caracal, Kuba für ein Zitruskombinat – müssen in der Regel 3 bis 5% zahlen.

1974 wird ein „Sonderfonds bei der internationalen Investitionsbank zur Kreditierung von Vorhaben der wirtschaftlichen und technischen Hilfe in Entwicklungsländern" gegründet, mit einem Kapital von 1 Milliarde Rubel. Mit den Einlagen aller RGW-Länder forcieren die Sozialimperialisten die Durchdringung und Ausplünderung der Länder der Dritten Welt. „Die RGW-Staaten sind sich hierbei der Notwendigkeit maximaler Nutzung der Vorteile, die die internationale Arbeitsteilung bietet, und deren weiterer Vertiefung bewußt", schreibt ein W. Beresin („Die Zusammenarbeit zwischen den RGW- und den Entwicklungsländern", Außenhandel 4/77). Das glaubt man diesem Herrn gern. Die Kredite werden fast ausschließlich in Projekte der Schwerindustrie gesteckt: Rohstoffgewinnung und Verarbeitung – Eisen, Stahl, Bauxit, Öl, Gas sowie Wasserkrafterschließung, und sie werden meistens durch Lieferungen von Produkten aus diesen Werken über Jahrzehnte hinweg zurückgezahlt: mit Zins und Zinseszins und bei Schleuderpreisen für die Rohstoffe und Produkte dieser Länder (vgl. z.B. KVZ 20.6.77, Sozialimperialisten plündern Guineas Reichtümer).

Bereits 1974 kündigte der russische Präsident der Internationalen Investitionsbank an, daß die Verrechnungseinheit des RGW – der Transfer-Rubel – auch zur Grundlage der „Zusammenarbeit" mit den Entwicklungsländern und damit zugleich auch zu einer Reservewährung für diese werden soll, die schließlich sogar an die Stelle des US-Dollars treten könne (Interview mit der Tass, 4.3.74). Mit dem „Sonderfonds", dessen Kapital zu 95% aus dem Transfer-Rubel und zu 5 % aus frei konvertierbarer Währung besteht, kommen die Sozialimperialisten dieser Absicht einen Schritt näher. Für Kredite der Internationalen Investitionsbank (IIV) können nur Anlagen, Maschinen oder andere Waren aus der UDSSR bzw. ihrem Machtbereicht gekauft werden. Kein Wunder, daß die Kreditvergabe der IIV im letzten Jahr ins Stocken geraten ist. Immer mehr Länder der Dritten Welt lehnen die Kredit„hilfe" der Sozialimperialisten und der von ihnen beherrschten RGW-Banken dankend ab. – (Z-Red)

„Sie machten uns viele Versprechen – mehr als ich erinnern kann – aber sie hielten nur eins: Sie versprachen unser Land zu nehmen und sie nahmen es“ (Sitting Bull)

Ende September tagte in Genf die Konferenz nicht regierungsgebundener Organisationen über „Diskriminierung der eingeborenen Völker 1977 in Amerika“ in Genf. Die Konferenz, an der mehr als 250 Delegierte teilgenommen haben, war eine Anklage gegen den Imperialismus, insbesondere den US-Imperialismus, der für die indianischen Völker in Amerika Elend, Hunger, Arbeitslosigkeit, Vertreibung und Tod bedeutet. Die Konferenz hat abschließend eine Resolution beschlossen, in der die Forderung nach Selbständigkeit und Unabhängigkeit und der Wille, den Kampf dafür entschlossen zu führen, dokumentiert sind.

Im Anschluß an diese Konferenz hat eine Delegation der indianischen Völker eine Rundreise durch einige europäische Länder begonnen, wo sie die gerechten Ziele der Völker, die sie vertreten, propagieren. In Westdeutschland tritt als Veranstalter dieser Rundreise, die hier soeben beendet worden ist, die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ auf.

Diese Gesellschaft vereint landauf landab bekannte Reaktionäre wie Albertz, Gollwitzer und andere Pfaffen. Sie waren bestrebt aus den Veranstaltungen eine Vorstellung von „Exoten“ zu machen und den Widerspruch der indianischen Völker zum US-Imperialismus darzustellen als Widerspruch zwischen dem „Menschen der Natur und der Technik“. Die Delegation der indianischen Völker haben sie versucht zu unterdrücken. Wir haben, nachdem es uns viel Mühe gekostet hat, herauszufinden, wann diese Veranstaltungen jeweils stattfinden, die Reden der indianischen Vertreter mitgeschnitten, ein Interview durchgeführt und uns die Dokumente der Konferenz in Genf geben lassen, woraus wir im folgenden Auszüge abdrucken.

„Wir werden als indianisches Volk, als Krieger aufstehen“

Auszüge aus der Rede von Clyde Balfour, Mitbegründer des 1968 gegründeten American Indian Movement (AIM)

„... Ich repräsentiere hier nicht nur die Ochipewa-Nation und den Völkermord, den gegen unser Volk betrieben wird, von einer Gruppe von Leuten, die, wie ich gehört habe, Ausgestoßene der europäischen Gemeinschaft waren; ich bin auch hergekommen und repräsentiere die Revolution, ich repräsentiere die Kinder in unseren Schulen, die heute über den natürlichen Lebensweg lernen, ich repräsentiere hier die Frauen der beiden Amerikas, die Frauen, die in den letzten paar Jahren eines der größten Sterilisationsprogramme gegen sich durchgeführt gesehen haben, die es je in der Geschichte gegeben hat. (....)

Die Menschenrechtskommission war in der Pine Ridge Reservation zwei Monate, bevor wir dorthin gegangen sind! Sie sagen, das FBI werde die mehr als 400 Morde untersuchen, die gegen das American Indian Movement begangen worden sind in dieser Reservation – sie sind noch da gewesen, zwei Monate vor Wounded Knee, während Wounded Knee, und sind noch immer da! Sie sagen, das US-Justizministerium werde die Lebensumstände der indianischen Menschen untersuchen – sie waren dort vor Wounded Knee, während Wounded Knee, sie sind noch immer da, und die Morde gehen weiter!

Als wir zu den Vereinten Nationen gekommen sind, haben wir über Völkermord gesprochen, und wir haben das dokumentiert. Wir haben Dokumente vorgelegt, wo niemand mehr bestreiten kann, daß es in der Vergangenheit Völkermord war, daß es jetzt Völkermord ist, und daß sie es planen, in 35 Jahren unsere natürlichen Reichtümer voll und ganz unter unserem Land weggezogen zu haben! Um das zu tun, müssen sie die eingeborenen Völker der westlichen Hemispähre ausrotten.

Nach Süddakota sind die ganzen staatlichen Behörden geschickt worden, um die Geschehnisse zu beobachten, zu vermitteln. Dort in der Pine Ridge Reservation wird nichts getan. Und kürzlich haben wir herausgefunden, daß ein Grund, warum nichts getan wird, den Mord an Indianern zu stoppen, ist, daß sie Uran entdeckt haben. Zwei indianische Frauen haben kürzlich eine Untersuchung durchgeführt, die eine war examinierte Ärztin. Die andere hieß Maria Sanchez und war eine nördliche Cheyenne. Die Untersuchung ging über Sterilisation. Sie haben herausgefunden, daß bis zu 45 % aller eingeborenen Frauen in gebärfähigem Alter sterilisiert worden sind ohne ihre Zustimmung. Über diesen Völkermord werden wir der Welt berichten.

Die Methoden sind feiner geworden. Laßt mich ein paar Statistiken aufführen, damit ihr versteht, warum sie die Indianer ausrotten wollen. Mehr als 80% aller Kohle,allen Öls, allen Gases, Gold, Silber, all das, was Amerikaner stolz macht, im reichsten Land der Erde zu leben, 80% all dieser Reichtümer sind auf unserem Land,in unserer Nation, in unseren Grenzen. Wir werden als indianisches Volk. als Krieger aufstehen, wir werden uns vor unsere Frauen stellen, wir werden diese Ausbeutung und Ausplünderung beenden.(...)“



Die „Gesellschaft für bedrohte Völker“

Bericht über den Verlauf einer Veranstaltung

Was auf dieser Veranstaltung von der „Gesellschaft“ geboten wurde, war das Verächtlichmachen der indianischen Völker und ihres Kampfes und Hetze gegen die westdeutschen Volksmassen. Den Reden der indianischen Delegation wurden vier Reden der „Gesellschaft“ vorgezogen. Ein Redner stellte die indianische Delegation so vor: „Ich weise euch darauf hin, daß diese Indianer weder mit Winnetou verwandt sind, noch auf dem Kriegspfad sind, noch mit hiyhiyhiy durch die Straßen laufen.“ Außer den „Gesellschaftern“ selbst trägt sich auch niemand mit solchen Gedanken. Dann erklärte der Redner, er hätte einen Reisenden im Zug beim Anblick der indianischen Vertreter sagen hören: „Justav, kieck mal. Ick glaube wir sind im Urwald.“ In solchen Äußerungen erschöpfte sich die Rede und machte von vornherein den reaktionären Charakter der „Gesellschaft“ klar. Hinzu kam ein überfüllter Raum, eine nicht funktionierende Mikrofonanlage und Übersetzungen der Rede, die, damit sie richtig wiedergegeben wurden, aus dem Publikum heraus korrigiert werden mußten, was immerhin möglich war. – (Bezirk Bremen-Unterweser)

„Wir haben vollkommen logische und rationale Lösungen, für die wir kämpfen“

Auszüge aus einem Gespräch der KVZ mit George Erasmus, Delegierter der Dene in Genf

„Ich heiße Erasmus und komme aus Nordkanada von dem Volk der Dene. Die Dene sind seit mindestens 30 000 Jahren in Kanada.

Unser Volk sandte mich und einen anderen Vertreter nach Genf, um Probleme der einheimischen Völker Nordkanadas vorzubringen. Diese Probleme sind ähnliche Probleme, die alle einheimischen Völker in Nord-Mittel-und Südamerika haben. Die einheimischen Völker sind kolonisiert, das Land ist ihnen geraubt, die Bodenschätze ihres Landes sind ausgebeutet und geraubt worden von nicht einheimischen Nationen. Die Einheimischen wurden wie Untermenschen behandelt. In Kanada hatten die eingeborenen Völker bis 1959 kein Wahlrecht. Wir konnten nicht in den Staatsdienst, wir durften kein Eigentum erwerben. Unser Land wurde vollständig entwikkelt, während wir nicht als gleichwertige Bürger anerkannt wurden.

Die Dene leben jetzt in Reservaten im südlichen Kanada, auf kleinen Stücken Land, reich an Bodenschätzen, die von den Multinationalen Konzernen ausgebeutet werden sollen.

Es gibt unglaubliche Ausbildungsverhältnisse. Eine hohe Zahl beendet die Schule und fliegt heraus, ganz wenige beenden die höhere Schule und nur etwa 25 bis 30 sind bisher auf die Universität gegangen.

Die Erziehung der einheimischen Völker ist sehr rassistisch. Die Geschichte wird so dargestellt, als seien wir ein Volk, das nie eine Zivilisation gehabt hätte von vielen tausend Jahren. Unsere Gebiete werde als Grenzgebiete („Frontier“), die durch multinationale Konzerne ausgebeutet und in der schwere Industrie angesiedelt wird, bezeichnet. Wir wollen als Nation anerkannt werden mit eigener Kultur, sozial, politisch, religiös. Wir kämpfen für unser Recht auf Selbstbestimmung.

Was in den Geschichtsbüchern dargestellt wird, ist die vollständige Ablehnung der Humanität der ursprünglichen Völker Kanadas.

Die Kapitalisten sind nach Nordkanada gekommen, haben dort ihre Goldminen errichtet und die Umwelt zerstört. Es gibt zwei Goldminen, wo ich lebe. Es gibt keine „non native people“. Die Goldmine hat die Umwelt zerstört, und die Menschen, die ein Leben entsprechend den traditionellen Vorstellungen leben wollen, sie können nicht existieren, weil dort Viehzucht nicht mehr möglich ist. Man kann keine Beeren und keinen Fisch mehr essen. Wir sind ein sehr reiches Land, wo nur 50 Tsd. Menschen leben. Wir sind so reich, daß ganz Kanada davon leben könnte.

In den Gefängnissen von Nordkanada sind im Verhältnis zur Bevölkerungszahl die Indianer am stärksten vertreten. Unser Volk lebt in den schlechtesten Behausungen, im allgemeinen weit unter dem Wohnstandard, ohne Elektrizität und Wasserversorgung. Unser Volk ist ohne Beschäftigung. In einigen Gemeinden oder Reservaten sind 80 oder 90 % arbeitslos. Für die Einheimischen ist die Lage die, daß sie Jobs machen müssen, die andere nicht machen würden. Sie müssen die minderwertigste Arbeit machen bei äußerst niedrigen Löhnen.

Mein eigenes Volk, das aus Nordkanada kommt, und das in diesem Gebiet die Mehrheit der Bevölkerung stellt, ist in der folgenden Lage: Es gibt – obwohl es die Mehrheit stellt, keine Selbstverwaltung. Unser Land wird wie eine Kolonie behandelt, es gibt eine Verwaltung, die ihre Anweisungen aus Ottawa erhält. In den letzten 10 Jahren wurde die Verwaltung direkt nach Nordkanada verlegt. Dadurch kamen 7000 Beamte mit ihren Familien nach Nordkanada, keine einheimischen Beamte, sondern weiße, die eine Verwaltung über uns errichteten. Der einzige Anspruch, den Kanada auf die „North West Territories“, die 1 Mio. Quadratmeilen Land und nochmals ebensoviel Seen und Wasser umfaßt, geltend machen kann, leiten sie ab aus zwei Verträgen (Verträge 8 und 11). Wir haben vor Gericht feststellen lassen, daß diese Verträge völlig „froginant“ sind, Sie bedeuten nichts, nichts für das Volk, für die sie geschrieben sind.

In Kanada gibt es in der Zentralregierung eine riesige Verwaltung für „Indian Affairs“. Sie erhält ein Riesenbudget, um die eingeborenen Völker zu verwalten. Dieses Büro für „Indian Affairs“ wird vollständig besetzt durch Nicht-Eingeborene. Die Masse des Geldes fließt in die eigene Verwaltung, um die eigenen Programme zu verwalten. Nur das wenigste von dem Geld, mit dem sie sich selbst verwalten und auf sich selbst vertrauen können, kommt in den einheimischen Gemeinden an.

Die kanadische Regierung hat definiert, was eine Nation ist. Das Hauptproblem ist, daß wir nicht als Nation anerkannt werden. Eine Sache, die wir in Genf der Welt klarmachen wollten, war, daß die wahren Nationen die Ureinwohner Amerikas sind.

Kanada hat den Rassismus institutionalisiert. Es hat sich das Recht genommen zu definieren, was eine eingeborene Person ist und was nicht. Es gibt sowas wie einen „treaty Indian“ und einen „Non-treaty Indian“, die gesetzlich nicht als Einheimische anerkannt werden,obwohl deren Vorfahren schon 30000 Jahre dort leben.

Die Bundesregierung kam an mit Programmen für gesetzlich anerkannte Indianer. Dann kam sie mit anderen Programmen für nicht anerkannte Indianer. Wenn unser Volk zusammenkommt und sagt: wir sind ein Volk und wir wollen unsere Programme selbst machen, dann kriegen wir kein Geld. Wir kriegen nur Geld, wenn wir getrennt bleiben und uns bekämpfen. Vor kurzem haben wir insbesondere in Nordkanada einen großen Sieg errungen. Vor 5 bis 7 Jahren organisierten wir den Kampf gegen das kapitalistische Hauptabenteuer in unserer Heimat. Es ging um einen gewaltigen Energiekorridor durch das Mac Kenzie Valley, was heute noch zu sehr großen Teilen Urland ist.

Eine Gas- und Erdölpipeline, Eisenbahnen, Autostraßen,Dämme, Minen, das alles war geplant für das Mac Kenzie Valley. In dem Mac Kenzie Valley ist mein Volk immer noch das Haupt-

Fortsetzung Seite 15

Chronologie zum Kampf der Indianer Nordamerikas

1492 landet Columbus statt in Indien in Nordamerika

Im **16. Jahrhundert** wird vor allem von Spanien und Frankreich aus der nordamerikanische Kontinent für die europäischen Kolonialisten erforscht.

Zu Beginn des **17. Jahrhunderts** fängt die systematische Kolonisierung Nordamerikas an (neben Spanien, Frankreich und den Niederlanden, tritt jetzt auch England als die aufstrebende europäische Industrienation als Kolonialherr auf).

1622 vereinigen sich erstmals 30 indianische Stämme der Powhatan-Föderation und wehren sich gegen die immer weiter ins Land vordringenden weißen Siedler, nachdem die Indianer anfänglich mit Nahrungsmitteln den Weißen geholfen hatten, überhaupt zu überleben. Der Aufstand der Indianer wird blutig niedergeschlagen, nach ersten Erfolgen für die Indianer und sie in ein Reservat gesteckt.

1622-1676 werden die Powhatan, Pequot, Wampanoag und die anderen indianischen Stämme der Ostküste, die sich immer wieder gegen die massenhaft vordringenden Weißen zur Wehr setzen, besiegt und weitgehend ausgerottet, sodaß heute kaum noch ihre Namen bekannt sind.



1754-1783 englisch-französischer Krieg, in dem England den Nordwesten Amerikas unter seine Kontrolle bringt. Erstmals biologische Kriegsführung von seiten der Engländer eingesetzt: sie verteilen mit Pocken infizierte Decken an die Indianer, die auf seiten Frankreichs kämpfen, um mit Epidemien die Indianer zu zerstören.

1776-1783 Unabhängigkeitskrieg zwischen den amerikanischen Siedlern und England, den indianischen Stämmen werden von den Siedlern kurzfristige Zugeständnisse gemacht, um sie von einem Eingreifen in den Krieg abzuhalten.

1790-1832 die Indianerstämme des Mittleren Westen und des Nordwesten schließen sich zu einem mächtigen Bündnis unter dem Shawneehäuptling Tecumseh zusammen und schlagen mehrmals vernichtend die amerikanischen Truppen. 1813 wird dieser Indianerbund geschlagen und zerfällt. Die restlichen Stämme am Mississippi, die Fox und Sauk, werden 1832 entscheidend geschlagen und der mittlere Westen ist „frei“ von Indianern bis auf die Seminolen in Florida, die nie endgültig besiegt werden und gegen die die USA 1842 den Krieg einstellt.

1830 tritt der „Indian Removal Act“ in Kraft, der die „Umsiedlung“ aller Indianerstämme östlich des Mississippi festlegt.



Mit der Ausrottung der Büffel waren die Indianer einer wesentlichen Existenzgrundlage beraubt. Die Büffel lieferten ihnen Fleisch, Kleidungs- und Wohnungsmaterial

1838 werden 18000 Cherokesen auf dem „Trail of Tears“ (Pfad der Tränen) zwangsweise umgesiedelt, 4000 finden allein auf dem Weg den Tod.

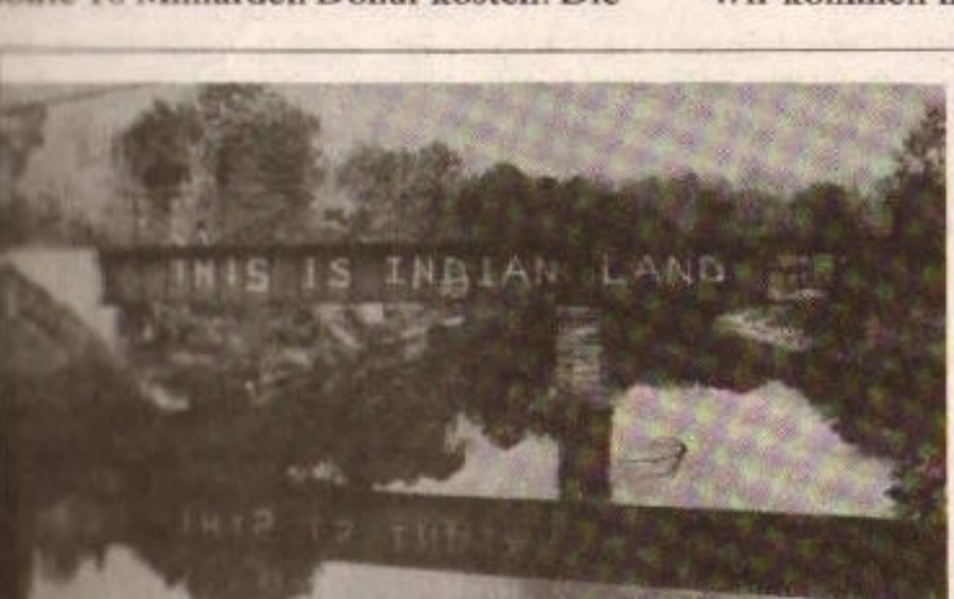
1848 wird die „ewige Grenze“ zwischen Indianerland und den USA

Fortsetzung von Seite 14

volk. 80% des Volkes leben heute noch ein traditionelles Leben. Dies würde vollständig zerstört und unsere Möglichkeit zerstört werden, weiterhin ein traditionelles Leben zu führen und es würde die Bevölkerungszusammensetzung zerstören, denn immer wenn es solche Entwicklungen gibt, strömen andere als einheimische Menschen ins Land. Die Regierung hat die Pipeline seit der Jahrhundertwende geplant. Es ist ein sehr alter Plan, denn sie wußten daß es dort Gas, Öl usw. gibt. Wir haben die Sache in die Hand genommen, und die Entscheidung für den Bau verhindert. Wir organisierten in ganz Kanada den Kampf, in jeder größeren Stadt. Es gab den Zusammenschluß von Interessengruppen, den großen Kirchen, Arbeiterorganisationen, Studenten von den Universitäten, andere Eingeborenengruppen, Frauengruppen, von jedem, der gegen die Pläne war. Es gab eine große Volksbewegung gegen die Pipeline in ganz Kanada und die Pläne wurden vollständig gestoppt. Viele Menschen haben nicht verstanden, was wir versuchten, und warum wir den Bau der Pipeline verhindern wollten. Der Bau der Pipeline war symbolisch für das, was mit den einheimischen Völkern in Amerika geschah. Die Pipeline war das größte kapitalistische Abenteuer, das je in Nordamerika geplant wurde. Es sollte 10 Milliarden Dollar kosten. Die Pipeline wird jetzt immer noch geplant, aber sie wird woanders gebaut. Der Grund, warum wir den Kampf organisiert haben, ist: Das Recht der einheimischen Völker auf Selbstbestimmung. In unserem besonderen Fall: Wir waren die Mehrheit im Mac Kenzie Valley, die von dieser Pipeline betroffen war. Unsere Position war, daß es keine Pipeline gibt, solange unsere Rechte nicht erfüllt sind und wir nicht die Möglichkeit der Selbstregierung erhalten würden. Nicht als ein selbstständiges Land, sondern als Selbstregierung innerhalb des Staatenbundes Kanada.

Wir kommen nach Europa, um klar zu machen, daß das Land, das vorgibt für die Menschenrechte einzutreten und von Demokratie redet, und das davon redet, daß die Menschenrechte in anderen Ländern nicht gewahrt werden für die einheimischen Völker, uns unterdrückt. Wir haben keine Selbstbestimmung, wir haben keine Mittel, um eine Ökonomie nach unseren eigenen Erfordernissen aufzubauen, unter denen die Selbstbestimmung der Menschen möglich ist. Rassismus wird vollständig gegen uns praktiziert. Wir kommen nicht hierher, um zu klagen, wir haben vollkommen logische und rationale Lösungen, für die wir kämpfen."

Karte des Reservatslandes der Indianerstämme in den USA (Aus: To live on this earth. Doubleday 1972)





Indianische Reservate

- In den USA leben heute ca. 800000 Indianer in 276 Reservaten, die über die „Büros für indianische Angelegenheiten" kontrolliert werden.
- Drei Viertel der indianischen Völker sind von den westeuropäischen Kolonialisten und den US-Imperialisten ausgerottet worden, 97 Prozent ihres Landes wurde von ihnen geraubt.
- Ca. 40 Prozent der Indianer in den USA sind arbeitslos.
- Das durchschnittliche Jahreseinkommen beträgt 1500 Dollar und liegt um 50 Prozent unter der offiziellen Armutsgrenze.
- Die durchschnittliche Lebenserwartung der Indianer beträgt 45 Jahre, der US-Durchschnitt liegt offiziell bei 72 Jahren.
- Die Kindersterblichkeit ist um 50 Prozent höher als im übrigen Amerika.
- TBC tritt 7mal häufiger, Hirnhautentzündung 20mal häufiger auf als im US-Durchschnitt.
- 95 Prozent aller Reservatswohnungen sind Behelfsunterkünfte, teilweise leben 7 bis 8 Personen auf einem Raum.
- Das Analphabetentum liegt über 30 Prozent, teilweise in den Reservaten bei 70 Prozent.

(Nach Angaben des AIM, American Indian Movement)

USA sind arbeitslos. ka. dian Movement)

Die Konferenz hatte drei Kommissionen eingesetzt, die Kommission für Rechtsfragen, für Fragen der Wirtschaft und für Fragen des kulturellen und sozialen Lebens. Im folgenden Auszüge aus den Berichten der Kommissionen:

Bericht der Kommission für Rechtsfragen

Die Landfrage

Alle waren sich einig, daß die Lösung der Landfrage grundlegend für die Erreichung der Ziele der eingeborenen Völker ist.

Überall in Nord-, Zentral- und Südamerika sind die eingeborenen Völker, und häufig sind sie es heute noch, zum Teil oder ganz ihres Landes beraubt worden. Gewöhnlich werden sie in Gebieten zurückgelassen, die für ihre Lebensbedürfnisse völlig unzureichend sind, geteilt in Parzellen, die ihr Volk aufsplittern, und sie sind des Bodens beraubt worden, der am fruchtbarsten ist und über die reichsten Bodenschätze verfügt.

In einigen Fällen hat das Herausziehen des Wassers und anderer Ressourcen des Landes das Leben der einheimischen Völker direkt bedroht, und nachdem die Resultate über das Risiko bekannt waren, kann dies als Völkermord bezeichnet werden.

Überall haben die Gerichte und die bestehenden Gesetze sich als unzureichend herausgestellt, um die Ziele der eingeborenen Völker zu erfüllen. Nur eine politische Lösung ist möglich. Falls dies friedlich erreicht werden kann, ist die erste Forderung, daß die Regierungen der Staaten die Organisationen der einheimischen Völker anerkennen und mit ihnen in Verhandlungen treten.

Bericht der Kommission für Wirtschaft

Multinationale Konzerne

Um die steigende Nachfrage nach Materialien und Rohstoffen und ihnen anhaftendes Profitstreben zu befriedigen, haben die multinationalen Konzerne die Entwicklung und Ausbeutung der eingeborenen Völker und der Ressourcen beschleunigt. Eine Schlüsselrolle in diesem Prozeß in Lateinamerika ist die US-Wirtschafts- und Militärhilfe (US A.I.D., Weltbank, die internationale Entwicklungsbank usw.).

Diese Ausbeutung der wichtigen Rohstoffe ist das angestrebte Ziel. In den USA allein umfaßt das Land der Eingeborenen 30 Prozent aller Kohlereserven, 90 Prozent aller Uranreserven und 50 Prozent aller Energiereserven. Indianisches Land in den USA hat 2,7 Milliarden Dollar in Öl und Gas produziert. Die Entwicklung und Ausbeutung dieser Reserven ist in einer alarmierenden Weise vorangetrieben und gesteigert worden. Regierung und Energieunternehmen planen jetzt in den nördlichen Feldern der USA allein 42 Kraftwerke, um die Anforderungen der östlichen städtischen Zentren zu erfüllen. Die Kraftwerke sind jetzt (implemented) ohne Konsultation der Einwohner auf das Land gestellt worden, das die Reservate umgibt, oder in den Reservaten selbst. Spezifische Fälle solcher unerlaubter Industrieansiedlungen sind das James Bay Hydroelektrische Projekt (Kanada), die Kohleförderung in und um das nördliche Cheyenneterritorium herum, die Ausbeutung von Öl und Gas und anderen Mineralien an der Alaska Nordküste, das Tukuriprojekt, das die Parakanan, Pucuri und Mae Maria eingeboren Reservate betrifft und das Hydroelektrische Projekt in Guany, das sich über das ganze Gebiet der Akawaio zieht.

Auswirkungen dieser Entwicklung sind der Gebrauch und der Verkauf nicht wiederherstellbarer Rohstoffe, insbesondere des Wassers. Wasser wird als eine grundlegende Energiequelle benutzt, zum Transport von Energierohstoffen und in dem industriellen Prozeß. In den nördlichen



Bestehende und geplante Öl- und Gas-Pipelines

Gebieten bestehen Pläne für 13 Wasserkraftwerke. Wasser ist elementar für das Überleben der eingeborenen Nationen und ist vertraglich garantiert. Wasser ist ein grundlegendes Recht. Jetzt ist Wasser durch die industrielle Verschmutzung ein Werkzeug zum Völkermord ..."

Bericht der Sozial- und Kulturkommission

Die Vertreibung der Indianer von ihren traditionellen Heimstätten, die Vernichtung ihrer Zeremonienplätze, die Verschmutzung ihres natürlichen Lebensraums durch die Industrie, all dies macht die Fortsetzung ihrer Kultur unmöglich, nicht nur weil ihre physische Basis zerstört wird, sondern weil ein solches Vorgehen den Werten, die die Indianer besessen haben, Gewalt antut. (...)

Das Überleben der eingeborenen Kultur und dadurch der physischen Integrität der eingeborenen Gemeinschaft ist vor allem durch das Aufzwingen und die Förderung auswärtiger Werte, des Glaubens und der Ideale unter der indianischen Bevölkerung bedroht.



Es liegen offenkundige Beweise vor über den erzwungenen Charakter dieser kulturellen Übertragungen, insbesondere über die riesige Unterstützung, die den verschiedenen christlichen Niederlassungen dafür gegeben wurden. Es muß klargestellt werden, daß der Kommission kein einziger Ausdruck von mangelndem Respekt gegenüber den Christen und ihrer Religion zu Ohren gekommen ist, aber es wurde festgestellt, daß auf keinen Fall zugelassen werden kann, daß den christlichen Missionen Unterstützung und Ermächtigung gegeben wird, mit der sie ihre geistige Herrschaft über die Indianer errichten könnten und damit deren eigene Lebenskraft untergraben. (...)"

Aktionsprogramm

Auszüge

Die Konferenz empfiehlt:

– daß die traditionellen Gesetze und Gebräuche der eingeborenen Völker respektiert werden sollen, einschließlich der Rechtssprechung durch eigene Gerichte und Prozesse, um ihre Gesetze und Sitten zu schützen;

– daß die besonderen Beziehungen der eingeborenen Völker zu ihrem Land verstanden und anerkannt werden sollen als Grundlage für all ihre Belange, Sitten, Traditionen und Kultur;

– daß die Rechte aller eingeborenen Nationen und Völker zu ihrem Land zurückzukehren und es zu kontrollieren, zu einem solchen Minimum ausreichenden und fruchtbaren (suitable) Landes, das ihnen eine ökonomisch unabhängige Existenz ermöglicht in Verbindung mit ihren eigenen Sitten und Traditionen, und das ihre volle Entwicklung aufgrund eigener Leistung möglich macht;

– daß das Eigentum der eingeborenen Völker unangetastet bleibt, was das Eigentum und die Kontrolle aller natürlichen Reichtümer einschließt. Land, Landrechte und natürliche Ressourcen der eingeborenen Völker sollen nicht genommen werden können und ihre Landrechte sollen nicht begrenzt oder geändert werden können ohne ihre vollständige und bewußte Zustimmung;

– daß das Recht der eingeborenen Völker, ihr Land in Gemeinschaft zu besitzen und zu bebauen in Verbindung mit ihren eigenen Traditionen und Kultur international und national anerkannt werden und vollständig durch Gesetze geschützt sein soll.

Erklärung von Prinzipien zur Verteidigung der eingeborenen Nationen und Völker der westlichen Hemisphäre: Auszüge

(...)

In Kenntnis der Tatsache, daß den Völkern Bedingungen aufgezwungen werden, die es unterdrücken, verleugnen oder zerstören, die Kultur, die Gesellschaft oder Nation zerstören, an die sie glauben oder in der sie Mitglied sind;

wird beschlossen, daß

1. Die eingeborenen Nationen und eingeborenen Völker als Nationen anerkannt werden unter das internationale Recht und die fundamentalen Rechte einer Nation fallen sollen, vorausgesetzt das Volk wünscht, als Nation anerkannt zu werden, namentlich:

a) eine ständige Bevölkerung zu haben,
b) ein definiertes Territorium zu besitzen,
c) eine Regierung zu haben,
d) die Möglichkeit zu haben, mit anderen Staaten Beziehungen aufzunehmen.

Anm.: Dokumente der „Internationalen Konferenz über Diskriminierung gegen eingeborene Völker 1977 in Amerika", 20. bis 23. September 1977, Genf. Die Dokumente sind bisher nicht veröffentlicht, die Übersetzungen sind von uns.
Karikaturen aus: „Akwesasne" (indianische Zeitung)

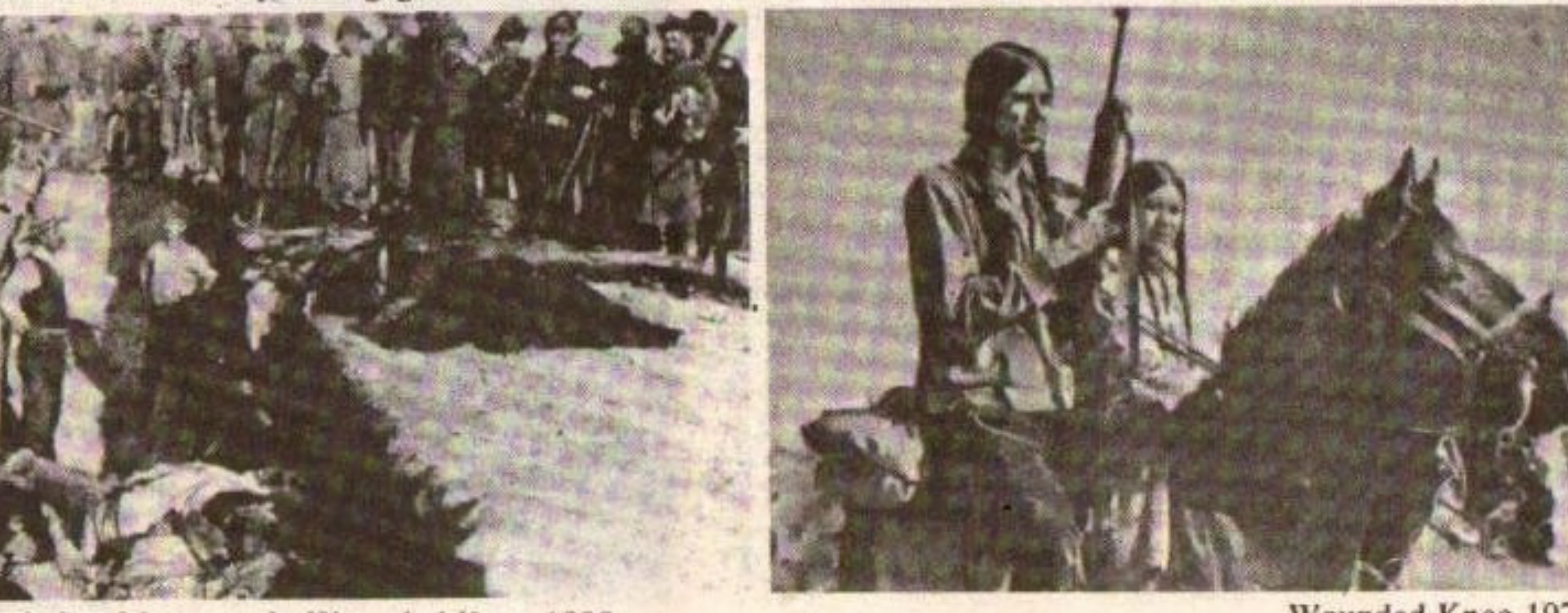
weiter nach Westen geschoben, da Goldfunde in Kalifornien gemacht wurden und die Expansion nach Westen beschleunigten.

1851-1880 Kampf der Prärieindianer gegen die vordringenden Weißen. Den Sioux, Cheyenne, Arapaho und den anderen Prärieindianern gelingt es lange Zeit, die amerikanischen Truppen und Siedler aufzuhalten und zeitweise auch zurückzudrängen. Unter den Häuptlingen Sitting Bull, Red Cloud, Crazy Horse und anderen werden ganze Abteilungen der US-Armee geschlagen und aufgerieben, wie etwa die Vernichtung der 7. Kavallerie unter dem berüchtigten Indianerschlächter Custer am Little Big Horn 1876. Aber auch die Prärieindianer können der immer wachsenden Überzahl des Feindes nicht widerstehen und unterliegen. Die letzte Gruppe um Sitting Bull (45 Krieger und 140 Frauen und Kinder), von Zehntausenden von US-Soldaten gejagt, wird 1881 gefangen genommen und in die Reservation geschleppt, wo der große Häuptling 1890 ermordet wird.

1862-1886 findet die letzte Vernichtungsschlacht gegen die Indianer statt. In einem erbitterten Guerillakrieg wehren sich die Apachen gegen die in ihre Länder eindringenden Armeen der USA. Selten mehr als 100 Krieger, liefern die Apachen den Regierungstruppen und der Miliz einen hartnäckigen und langwierigen Kampf, indem oft auf seiten der Weißen eine 50fache Übermacht die Indianer jagte, oder sogar wie beim Kampf gegen Geronimound seine 24 Krieger 5000 Soldaten (ein Drittel der US-Armee), 500 Kundschafter, mehrere tausend Mann Bürgermiliz und Tausende mexikanische Soldaten über ein halbes Jahr brauchten, um die Apachen zu schlagen und in Reservation zu bringen.

1886 sind nahezu alle Indianer in Reservationen eingesperrt.

1890 mit dem Massaker von Wounded Knee, als 350 Sioux, Männer, Frauen und Kinder um den Häuptling Big Foot niedergemetzelt wurden von der neu aufgestellten 7. US-Kavallerie, die bei der Schlacht am Little Big Horn von den Indianern zerschlagen wurde, ist diese erste Periode des Kampfes der Indianer zu Ende.



Indianisches Massengrab, Wounded Knee 1890

Wounded Knee 1973

Das Ende des letzten und die erste Hälfte unseres Jahrhunderts ist für die Indianer geprägt durch eine Reihe juristischer und gesetzlicher Festlegungen, die nach ihrer militärischen Niederwerfung den weiteren Landraub und die systematische Vernichtung der indianischen Stämme zum Ziel hat.

In den 50er Jahren schließen sich immer häufiger einzelne Indianerstämme zusammen, vertreten gemeinsam ihre Rechte. Ab 1963 reißen die Landbesetzungen, gewaltsame Verteidigung ihres Eigentums und ihrer Rechte, die Demonstrationen und der Widerstand gegen die staatliche Willkür und Ausrottungspolitik, gegen Justizterror und Gewalttaten nicht mehr ab. Höhepunkte dieser Aktionen waren die Besetzung der ehemaligen Gefängnisinsel Alcarraz (1969), der „Zug der gebrochenen Verträge" mit der Besetzung des Büros für indianische Angelegenheiten in Washington (1972) und die Besetzung und gewaltsame Verteidigung von Wounded Knee (1973).

29. Buchmesse: Gegenwartsbewältiger der Bourgeoisie

Zum 29. Male fand in der vergangenen Woche in Frankfurt die Buchmesse statt. 4537 Verlage stellten aus. Sie kamen aus 75 Ländern. Mit 1068 kamen knapp ein Viertel der Aussteller aus der BRD.

179000 Bücher wurden ausgestellt. Beinahe die Hälfte von ihnen – genauer: 84000 – waren Neuerscheinungen. In der BRD wurden 1976 mit 37628 in der Erstauflage erschienenen Büchern noch nicht einmal halb soviele Neuerscheinungen registriert. Die westdeutsche Bourgeoisie feiert das als großen und internationalen Erfolg – in Erwartung anhaltender Geschäfte. Als Durchschnittsergebnis je verkauftes Buch gibt der Börsenverein für den Deutschen Buchhandel für das letzte Jahr einen Betrag von 20,52 DM an. Es ist offensichtlich, daß schon dieser Durchschnittspreis für den Verbrauch des Arbeiterhaushaltes eine Schranke bildet.



Die einfachen Taschenbücher, die in diesen Durchschnittspreis eingehen, machen mit 12,7% der Titel im Jahre 1976 gerade ein Achtel der Titelproduktion des Jahres aus. Die übrigen sieben Achtel der Titel, also 87,3%, davon kann man gewiß ausgehen, gehen nur in Ausnahmefällen in den Konsum der Arbeiterbevölkerung ein. Es ist der Markt der Bourgeoisie und den Teilen der Mittelklassen, die ihrer Lebensweise nahekommen. So kostet z.B. die Bestseller-Liste, die der „Spiegel" regelmäßig erheben läßt und die 10 Titel jeweils umfaßt, zusammengenommen 270 DM, 27 DM je Buch.

An diesen schlichten Tatsachen über den Buchmarkt kann man leicht messen, welche von den Bourgeoispolitikern bei Messeeröffnung beschworene „Offenheit, Liberalität und Toleranz" auf diesem Markte herrscht. Es sind Bourgeois-Hoffnungen, Bourgeois-Absichten, Bourgeois-Wünsche, die diesen Markt beherrschen. Das sind auch die Maßstäbe, nach denen die Feuilletonisten der Bourgeoisie messen. Und da herrscht keine sonderliche Zufriedenheit:

„Fazit: Gewiß keine oder noch keine neue Blüte, der Nachwuchs läßt auf sich warten, doch hat uns die deutsche Literatur in diesem Herbst alles in allem keineswegs im Stich gelassen",

ist das Ergebnis von Marcel Reich-Ranicki in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung". Zu seinen Neuentdeckungen gehört z.B. der „Bildungsroman" mit dem Titel „Der Schleiftrog":

„Die Generation, die von der Ära Adenauer geprägt wurde, die sich in der Studentenrevolte von ihren Voraussetzungen befreien wollte, ist historisch geworden und beginnt ihre Vergangenheit aufzuarbeiten."

Mit diesen Worten preist der Verlag das Werk an. Das sei neue Gegenwartsliteratur, heißt es, und sei ein Fortschritt. Es ist schon klar, wohin dieser „Fortschritt" gehen soll, den da die „neue Gegenwartsliteratur" nahelegt: geradewegs zur Treueerklärung gegenüber der Bourgeoisie.

Der Germanistik-Student, der auf über 200 Seiten seinen Bildungsweg bis fast kurz vor dem Dokturhut mitteilt und ihn in einer Situation der Verwirrung abbrechen läßt – oder, wie es die Bourgeois ausdrücken werden: „Flucht vor dem eigenen, schlechten, schwachen usw. Ich", der Wirklichkeit –, beschreibt seine „Befreiung" im Schlußkapitel dieses Buches:

„Der große Tag der Rückkehr zu mir, zu dem, wo ich bei mir war und für mich selbst, die Rückkehr zu meinen Gefühlen, meinen Sorgen, meiner Wirklichkeit, der große Sieg meiner Subjektivität, die Befreiung von Gertruds Vernunft und dem Gehorchen, die Freiheit von den politischen Sollvorstellungen, vom Zwang und Müssen, vom Gezeter und den Vorschriften, wie ich sein fühlen denken und handeln sollte, die Freiheit und Rückkehr zu mir, der große Tag mußte gefeiert werden.

Ich stand auf und trat an das Bücherregal, zog den Marx heraus und ließ nur die ‚Frühschriften' stehen, warf den immer nur postulativen Habermas gleich mit auf den Boden, griff mir die alten und die neuen ‚Ansichten einer zukünftigen Germanistik' und die predigerschwarzen Bände von ‚Literaturwissenschaften und Sozialwissenschaften', das ‚Argument' und was sonst noch da stand, stapelte alles auf, packte die Gewerkschaftszeitungen dazu und schleppte den Kram in den Keller, stopfte den roten Berg zwischen die fauligen Kartoffeln und die abgefahrenen Autoreifen ..."

Ist das nicht eine großartige „Tendenzwende"? Von Graß Jahre zuvor vom „rechten Wege" abgeführt, von „Gertrud" verführt, etwas in die Nähe der Jusos und dann schließlich mit heranreifender Doktorentscheidung endlich wieder auf den richtigen Pfad gekommen. Da ist denn auch die „dicke Zigarre" nicht mehr weit, und die Rechtfertigung ist unter Rückgriff auf Schiller schließlich schnell gefunden:

„... woran liegt es, daß wir noch immer Barbaren sind? Der zahlreichere Teil der Menschheit wird durch den Kampf mit der Not viel zu sehr ermüdet und abgespannt, als daß er sich zu einem neuen und härteren Kampf mit dem Irrtum aufraffen sollte ..."

Was hier als „Gegenwartsliteratur" vorgeführt wird, entspricht den jahrelangen Bemühungen der Bourgeoisideologen, -professoren und Pfaffen, die revolutionäre Bewegung in der Jugend zu zersetzen, sie zu entwaffnen und mit tausend Fäden unter den Einfluß der Bourgeoisie zu bringen.

Während die Bourgeoisie mit ihren Erwägungen über einen Versuch, den Marxismus-Leninismus zu verbieten und die Organisation der Arbeiterklasse zu verhindern, eingesteht, daß sie die Wissenschaft und Organisation der Arbeiterklasse fürchtet, soll diese „Gegenwartsliteratur" die passende Ergänzung liefern. Zu diesem Zwecke ist die Bourgeoisie auch nicht kleinlich und läßt den einen oder anderen „Linken" zu Wort kommen. Zum Beispiel Peter Mosler, 1965 in den SDS in Tübingen eingetreten, heute „freier Schriftsteller und Journalist":

„In meinen über sieben Monate andauernden Recherchen habe ich mit Leuten gesprochen, in denen ein bestimmter Typus von Lebensschicksalen repräsentiert ist ... den Revolutionär, ... den Linken, ... den Renegaten ..."

All das wird präsentiert unter dem Titel „Was wir wollen, was wir wurden. Studentenrevolte – 10 Jahre danach".

Was diesen bürgerlichen Literaten die ganze Zehnjahresbetrachtung hindurch stört und wogegen sich seine „Bilanz" richtet, ist die schlichte Erfahrung, daß sich die Arbeiterklasse organisieren muß und organisiert für ihr Ziel, Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung durch die Bourgeoisie, Errichtung der kommunistischen Gesellschaft. Er entscheidet sich schließlich, nicht weit entfernt von der



Methode des Reaktionärs Scheuch („Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft"), dagegen Front zu machen:

„Seit der Gründung der Parteien hat sich die Entfremdung unter Linken wieder Respekt verschafft. In den neuen Organisationen tritt dem einzelnen der Chef groß und disziplinär entgegen, ausgestattet mit grenzenloser Gewalt – wie ein Bild aus den mächtigen Institutionen Schule, Universität und Betrieb, aus denen die Rebellen im antiautoritären Aufbegehren geflohen waren."

Gewiß hätte dieser Versuch, die Organisation der Arbeiterklasse zu verteufeln, dem ehemaligen SDS-Mitglied und heutigen „freien Schriftsteller" noch nicht die Finanzierung von „sieben Monaten andauernder Recherchen" und schließlich den Verlag seines Buches eingetragen, wenn dabei nicht noch eine weitere „Erkenntnis" und der Bourgeoisie gerade in den gegenwärtigen Versuchen der Verschärfung der Reaktion nützliche Idee geboren worden wäre:

„Die Studentenbewegung hat sich nie zu der Haltung bekannt, das Unabgegoltene der bürgerlichen Revolution aufzuholen. So kam es auch zu dem größten Versäumnis der Protestbewegung: daß es ihr nicht gelang, eine radikaldemokratische, sozialistische Partei zu gründen, die den beiden großen Staatsparteien hätte Paroli bieten können",

erklärt Mosler und gesteht damit ein, daß es keineswegs darum geht, ob Organisation oder nicht, ob Partei oder nicht, sondern wessen Interessen die Politik dieser Partei bestimmen sollen und welche Klasse durch sie vertreten wird: ob die Arbeiterklasse mit Hilfe ihrer Partei ihre Interessen verficht und erkämpft oder ob eine linke bürgerliche Partei die Arbeiterklasse daran zu hindern versucht.

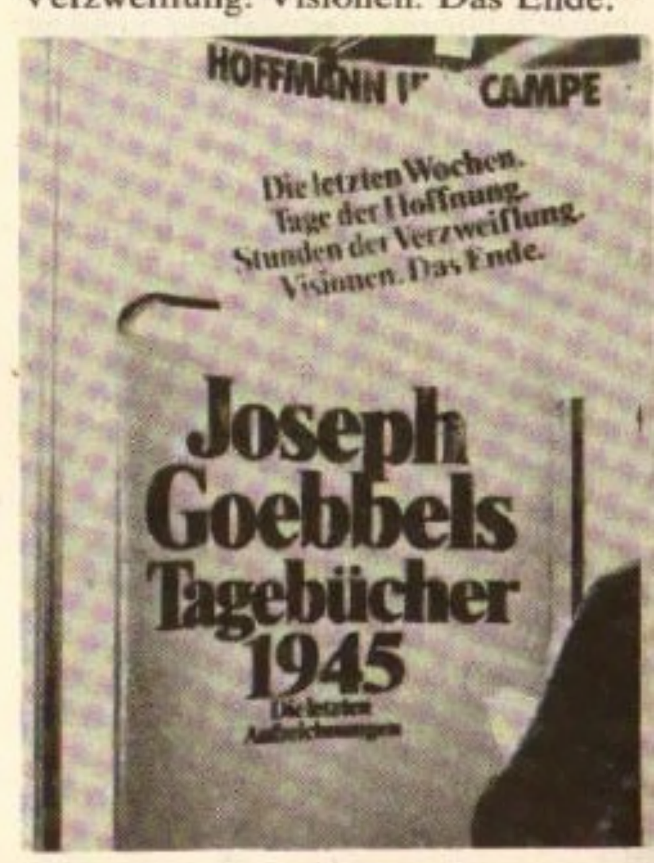
Das publizistische Wirken Moslers für eine solche linke bürgerliche Partei verschafft ihm den Platz unter der „kritischen Gegenwartsliteratur" und die entsprechende Förderung durch die Kapitalisten.

Von dieser Sorte Gegenwartsliteratur erhofft sich die Bourgeoisie die gleiche Wirkung, wie sie sich von dem dritten Aufruf ihres Polizeilautsprechers erwartet, jetzt endlich den Platz zu räumen und die Segel zu streichen. Aber geradesowenig, wie sich die Bourgeoisie auf die Aufrufe ihrer Polizeilautsprecher in den Auseinandersetzungen des Klassenkampfes verlassen würde, ist ihre publizistische Tätigkeit auf solche Literaten und „Gegenwartsbewältiger" beschränkt.

Die Ziele der Reaktion werden auf allen Gebieten gestützt. Zum Beispiel die mit der Verabschiedung des Krankenversicherungskostendämpfungsgesetzes aufgenommene ideologische Flankierung der Sterbehaus-Einrichtungen: das „schöne Sterben" ist Thema fast aller Verlagsangebote auf der Buchmesse:

„Die Gesellschaft verdrängt das Thema Tod. Die Ärzte sehen in ihm eine Niederlage, die Menschen wollen ihr eigenes Ende und das anderer nicht wahrhaben ... Demgegenüber umspült uns neuerdings eine Welle von Büchern mit aufregenden Titeln zum Thema ‚Tabu Tod'",

propagiert der Luchterhand-Verlag. Und noch zahlreicher als die „Bewältigung der Gegenwart" ist die Erinnerung an die Vergangenheit aufgelebt: Dutzende von Büchern über Hitler, Bormann, Goebbels usw. werden angeboten und gelten als gegenwärtige oder potentielle „Bestseller" der Bourgeoisie. So zum Beispiel: „Der Sekretär Martin Bormann, der Mann, der Hitler beherrschte". „Joseph Goebbels – Tagebücher 1945", angekündigt mit der Anzeige „Die letzten Wochen. Tage der Hoffnung. Stunden der Verzweiflung. Visionen. Das Ende."



Obzwar die Bourgeoisie im Besitze der Produktionsmittel und herrschende Klasse ist, kommt sie nicht um das Eingeständnis herum, daß trotz der beinahe vollständigen Monopolstellung ihrer durch und durch reaktionären Ideen auf dem offiziellen Büchermarkte doch diese Ideen keineswegs in der Lage sind, sich in eine Kraft zu verwandeln, die das Rad der Geschichte aufzuhalten vermag. Im Gegenteil, um das Rad der Geschichte auf- und sich an der Macht zu halten, greift die Bourgeoisie heute zu direkten Verbots- und Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Verbreitung revolutionärer Literatur.

Die Bourgeois brauchen solche Superveranstaltungen wie die Frankfurter Messe, um die Propaganda ihrer reaktionären Ideen und Ziele auszurichten und an den Mann zu bringen, weil sie in Konkurrenz zueinander stehen.

Die Arbeiterklasse und die Volksmassen verstehen es, die Verbreitung der revolutionären Literatur entsprechend ihren Interessen zu besorgen, ohne deshalb einen einzigen Buchladen zu betreten, weil sie sich über ihre Interessen einig sind, sich gegen die Bourgeoisherrschaft zusammenschließen. Daran werden weder Verbotsversuche und -maßnahmen noch ein „Friedenspreis" für den „Marx-Kritiker" Kolakowski etwas ändern. – (Z-Red.)



Am Stand des Buchvertriebs Hager. Gegen die Reaktion der Bourgeoisie wird auf der Buchmesse der Klassenkampf des Proletariats durch die revolutionäre marxistisch-leninistische Literatur und durch Plakate propagiert.

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)